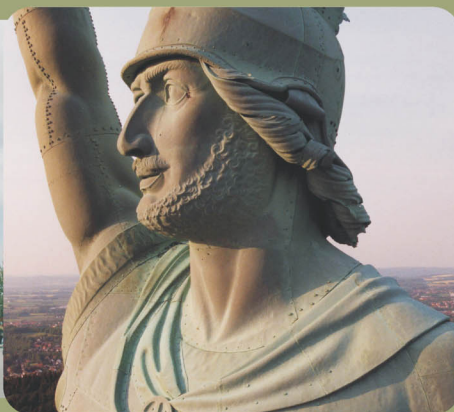


ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

begründet
1808



Aus dem Inhalt

Andreas W. Stupka:
Strategische Lehren aus
1809

Harald Pöcher:
140 Jahre offizielle Beziehungen
zwischen Japan und Österreich

**Eberhard Birk,
Deutschland:**
Die Schlacht im Teutoburger
Wald

**Heinz Brill,
Deutschland:**
Die NATO-Osterweiterung und der
Streit um Einflussphären in Europa

ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

In dieser Onlineausgabe

Andreas W. Stupka

Strategische Lehren aus 1809

Unzeitgemäße Betrachtungen zur Wehrhaftigkeit

Eberhard Birk

Die Schlacht im Teutoburger Wald

Strategische Überlegungen zur „clades variana“

Harald Pöcher

140 Jahre offizielle Beziehungen zwischen Japan und Österreich

Mehr als nur Sushi, alpiner Schilaf und klassische Musik

Heinz Brill

Die NATO-Osterweiterung und der Streit um Einflussphären in Europa

Zusätzlich in der Printausgabe

Irans Ahmadinedschad - Mit der Bombe spielen oder mit den Gelehrten beten

Größenwahn oder legitime Politik einer Regionalmacht?

Heino Matzken

Zur politischen und militärischen Lage in Afghanistan:

Mit dem Islam gegen den islamistischen Terror

Ulrich Stahnke

Dreißig Jahre Kosten- und Leistungsrechnung im Österreichischen Bundesheer

Entwicklung eines betriebswirtschaftlichen Instrumentes

Dietmar Hübsch

Der Friedensvertrag von St. Germain-en-Laye 1919

Martin Prieschl

sowie zahlreiche Berichte zur österreichischen und internationalen Verteidigungspolitik

Strategische Lehren aus 1809

Unzeitgemäße Betrachtungen zur Wehrhaftigkeit

Andreas W. Stupka

Mander, es isch Zeit - war das verabredete Signal zur Völkserhebung, und Andreas Hofer setzte im Frühjahr 1809 mit diesen Worten einen Schlussstrich unter jene trügerische Friedenszeit, die Tirol seit dem Jahre 1805 in bayrischem Gewahrsam verbracht hatte. Die Tiroler erhoben sich gegen die neuen Herren, kämpften ein ganzes Jahr lang um ihre Freiheit und unterlagen letztendlich der bayrisch-französischen Übermacht, nachdem der Frieden von Schönbrunn die Unterstützung durch Österreich beendet hatte und das Land auf sich allein gestellt war. Der Befreiungskrieg war zweifelsohne gescheitert, und es stellt sich nunmehr die Frage, welche Lehren für das Heute aus diesen Vorgängen zu ziehen sind. Der vorliegende Beitrag ist daher zunächst dazu angetan, der tapferen Tiroler jener Tage und ihrem Kampf um die Freiheit zu gedenken, v.a. aber auch politisch-strategische und militärwissenschaftliche Erkenntnisse zu analysieren, die für gegenwärtige verteidigungspolitische Fragestellungen gelten können.

Liberté liberté chérie, combat avec tes défenseurs!¹⁾

Mit den Schlagworten von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ war die Revolution in Frankreich angetreten, das Herrschaftssystem des Absolutismus vom Thron zu stoßen und dem Bürger alle politischen Rechte zu gewähren. Es war der Wille zur Befreiung von der politischen Bevormundung und Willkür durch einen vom Volk abgehobenen Herrscher; der Motor, der die Bevölkerung antrieb, zu den Waffen zu greifen. Es war die Sehnsucht nach Gleichstellung aller Einwohner des Landes, ohne Bevorzugung einer Schicht Auserwählter, die ihre Exklusivität durch nichts zu rechtfertigen wussten als durch die Reflexion auf die ruhmreichen Taten der Ahnen in längst verblichenen Heldenzeitaltern. Die Sonderstellung der Adelschicht entbehrte daher vielfach ihrer Grundlage; Ähnliches galt für den hohen Klerus. Es war aber auch die Forderung nach Brüderlichkeit, die alle derselben Kultur zurechenbaren Menschen in einem Staatsgebilde vereinen sollte, unter der Herrschaft der Bürger im Sinne des *Citoyen*.

Götzendämmerung in Frankreich

Den Ausschlag gegeben für die Revolution hatten jedoch nicht diese Sehnsüchte und ideologischen Forderungen, die durch Philosophen wie Jean Jacques Rousseau aufbereitet worden waren, sondern die kaum mehr ertragbaren Lebensumstände, die das Volk von Frankreich in jenen Tagen vor der Revolution zu gewärtigen hatte. Die widrigen klimatischen Umstände hatten zu Missernten geführt, in deren Folge große Hungersnöte ausgebrochen waren. Die Staatsführung war nicht in der Lage, die wirtschaftliche Misere in den Griff zu bekom-

men, wodurch es immer öfter zu verzweifelten Versuchen der hungernden Bevölkerung gekommen war, Steuern und sonstige Abgaben zu umgehen. Die essenziellsten Bedürfnisse der Menschen zur Sicherung des Überlebens wurden durch das Regime mit repressiven Maßnahmen beantwortet, was letztlich auch den Sturm auf die Bastille, das verhasste Staatsgefängnis, als Ausgangspunkt des revolutionären Treibens auslöste.

Letztendlich hatte die Revolution gesiegt, das alte Herrschaftssystem war entfernt worden, und die Staatsform hatte sich zur Republik hin verändert. Nun könnte dieses Treiben in Frankreich ein Einzelfall geblieben sein, wären da nicht Parameter im politisch-strategischen Kontext existent gewesen, die aus dieser Revolution und ihren Folgen einen Paradigmenwechsel hatten entstehen lassen. Zunächst war Frankreich kein unbedeutendes Ländchen, sondern während der Zeit des Absolutismus der europäische Hegemon gewesen. Die französische Kultur galt an den Höfen Europas als jenes Vorbild, dem sie nacheiferten. Heer und Flotte des französischen Königs geboten Ehrfurcht genug, um Frankreichs Macht im Zweifelsfalle auch militärisch durchsetzen zu können. Als zweiter Parameter steht das absolutistische Herrschaftssystem, das, nach dem Vorbild des Sonnenkönigs, in den meisten europäischen Staatswesen als etabliert galt. Die europäischen Herrscherhäuser hatte nach dem ersten Schock über die Vorgänge in Frankreich und einer gewissen Genugtuung über den Sturz des eitlen Vorbildes die Angst ergriffen. In ganz Europa begannen Einzelne, die Ideen der Revolution zu verbreiten. Es musste also etwas geschehen.

Sehr bald hatten daher die europäischen Großmächte begonnen, jede auf ihre Art, manchmal im Bündnis und dann auch wieder im Alleingang, den Schaden zu begrenzen. In der historischen Betrachtung wird dies als die Epoche der Koalitionskriege zusammengefasst. Das revolutionäre Frankreich sieht sich also neben den inneren Auseinandersetzungen auch äußeren Anfeindungen ausgesetzt, die eine Verteidigung erforderlich machen. Da die alte Armee noch auf den König vereidigt worden war und sich nach dem Sturz der Monarchie de facto aufgelöst hatte, musste ein neues System konzipiert werden, das heute unter der völkerrechtlichen Bezeichnung „levée en masse“ firmiert. Jeder Bürger war also dazu aufgerufen, seine französische Heimat zu verteidigen.

Frankreich galt zu jener Zeit als das bevölkerungsreichste Land in Europa, und so schien dieses Ansinnen zur Aufstellung einer Heeresmacht vernünftig. Auch die noch mangelnde militärische Ausbildung der einzelnen Soldaten wurde durch diese Maßnahme in zweifacher Hinsicht wettgemacht: Erstens kämpften die „befreiten“ Bürger mit Begeisterung für den Erhalt ihrer Freiheit, ihnen gegenüber standen Berufssoldaten, gut trainierte Kampfmaschinen gewissermaßen, jedoch ohne

inneren Antrieb. Zweitens waren der Bürger viele, der teuren Kampfmaschinen wenige, sodass es den Bürgen immer öfter gelang, sich mit ihren Massenheeren durchzusetzen.

Der Weltgeist reitet durch Europa

All das wäre den Franzosen jedoch nicht gelungen ohne das Genie jenes Korsen, der sich als Offizier bereits während der Revolution bei der Verteidigung Frankreichs ausgezeichnet hatte und nun als neuer Herrscher die strategischen Prinzipien zur Existenzhaltung des eigenen Gemeinwesens anzuwenden und auf die militärische Dimension der Politik umzusetzen verstand wie kaum ein anderer. Napoleon Bonaparte erkannte sehr genau die Wirkmächtigkeit eines strukturierten Bürgerheeres und die damit verbundenen Möglichkeiten. V.a. aber sah er die Gelegenheit, den Stellenwert Frankreichs in der Welt wieder auf den rechten Platz zu rücken, allerdings unter den geänderten Vorzeichen mit revolutionärem Gedankengut. Der Zeitgenosse Carl von Clausewitz analysiert diese Umstände und ihre Folgen: „Während man nach der gewöhnlichen Art die Sachen anzusehen, auf eine sehr geschwächte Kriegsmacht sich Hoffnung machte, zeigte sich im Jahr 1793 eine solche, von der man keine Vorstellung gehabt hatte. Der Krieg war urplötzlich wieder eine Sache des Volkes geworden, und zwar eines Volkes von 30 Millionen, die sich alle als Staatsbürger betrachteten ... Nachdem sich in Bonapartes Hand das alles vervollkommen hatte, schritt diese auf die ganze Volkskraft gestützte Kriegsmacht mit einer solchen Sicherheit und Zuverlässigkeit zertrümmend durch Europa, dass, wo ihr nur die alte Heeresmacht entgegengestellt wurde, auch nicht einmal ein zweifelhafter Augenblick entstand.“²⁾

Verteidigung durch Angriff war die Devise. Das eigene System sollte Bestand und Stabilität erlangen, indem es in den anderen europäischen Ländern implementiert wurde - einerseits mit Gewalt, sofern die Völker und ihre Fürsten nicht bereit waren dies anzunehmen, andererseits wurden die Willigen belohnt, wie beispielsweise das Kurfürstentum Bayern, das als treuer Verbündeter ab 1805 in den Rang eines Königreiches aufsteigen durfte. Frankreich sollte also durch die Verbreitung seiner Ideen durch entsprechende Wehrhaftigkeit, Verbündung und Verbrüderung sicher gemacht werden.³⁾ Damit wurde der koalitionsangreifende in die Rolle des Verteidigers gedrängt, mit dem Ziel, durch die Soldaten die revolutionären Ideen verbreiten zu lassen und Frankreich wieder als Vorbild geltend zu machen. „Mit der ungeheuren Macht seines Charakters hat er [Anm.: Napoleon] sich dann nach außen gewendet, ganz Europa unterworfen und seine liberalen Einrichtungen überall verbreitet.“⁴⁾

Für die Europäer galt es zunächst, diese neue Form des Kriegsführens mit Massenheeren zu begreifen, bis letztendlich daran gegangen werden konnte, Napoleon die Stirn zu bieten und seine Herrschaft über Europa mit vereinten Kräften in der so genannten Völkerschlacht von Leipzig 1813 zu besiegen und dann noch einmal die hunderttägige Elegie von 1815 in Waterloo zu beenden. Der Krieg musste dazu durch das Volk getragen sein, als Befreiungskrieg gegen die französischen Besatzer, und er musste v.a. gewollt werden, als Bürde gern getragen sein, für die eigene Freiheit. In diesem Sinne ist Clausewitz zu verstehen, wenn er verlangt: „Der Krieg ist mehr für den Verteidiger als für den Eroberer da, denn der Einbruch hat erst die Verteidigung hervorgerufen und mit ihr den Krieg.“

Der Eroberer ist immer friedliebend (wie Bonaparte auch stets von sich behauptet hat), er zöge ganz gern ruhig in unseren Staat ein - damit er aber dies nicht könne, darum müssen wir den Krieg wollen und also auch vorbereiten [...]“⁵⁾

Zuvor aber, vor der Einsicht in die neue Form des Kriegsführens, waren die Europäer in vielen Auseinandersetzungen mit den Franzosen hilflos gewesen. Der Sieg Erzherzog Karls 1809 bei Aspern hatte zwar den Nimbus der Unbesiegbarkeit des Korsen gebrochen, aber schon bei Wagram war dieser Triumph wieder verspielt. Reguläre europäische Truppen vermochten in jener Zeit den Franzosenheeren nicht zu trotzen, sie wurden geschlagen und den Ländern ein harter Frieden diktiert. Lediglich zwei Formen des Widerstandes, von der britischen Überlegenheit als Seemacht abgesehen, vermochten Napoleon nachhaltig die Stirn zu bieten: erstens die Volkserhebung und zweitens die Ausnutzung des Raumes. Die schier unendlichen Weiten Russlands boten sich für diese zweite Strategie in hervorragender Weise an. Der Griff Napoleons nach Moskau sollte nicht wegen der Unfähigkeit seiner Truppen fehlschlagen, sondern an der Bewältigung des Raumes scheitern. Kutusows Strategie der verbrannten Erde zwang die Franzosen, auf ihrem Feldzug die Versorgung der Truppen aus Mitteleuropa heraus zu organisieren. Die immer länger werdenden Versorgungswege, die ständig Angriffen von russischen Kommandos ausgesetzt waren, waren v.a. im Winter nicht mehr aufrechtzuerhalten. Der verlustreiche Rückzug aus Russland bildete schließlich den Anfang vom Ende der napoleonischen Ära.

Auf der anderen Seite Europas hatten ab 1808 die Spanier ihren Volksaufstand gegen die Franzosenherrschaft begonnen.⁶⁾ Den Volksheeren Frankreichs traten also die Bürger gegenüber und wehrten sich gegen die Besatzungsmacht. Dieser Krieg in Spanien wurde mit unerhörter Grausamkeit geführt und endete schließlich 1814 mit einem Sieg der Aufständischen, denen es mit britischer Unterstützung gelungen war, über diesen langen Zeitraum hinweg gegen die regulären Truppen durchzuhalten. Eine große Anzahl der französischen Truppen wurde zur Bekämpfung dieses Aufstandes in Spanien gebunden. Die Methode der Volkserhebung in allen ihren Facetten, vom zivilen Ungehorsam über terroristische und subversive Tätigkeiten bis hin zum Kleinkrieg, bietet sich an, wenn die regulären Kräfte zurückgedrängt sind und das Land bereits besetzt ist. Allerdings ist diese Form der Kriegführung in der Regel durch äußerste Brutalität gekennzeichnet, die keine Rücksicht auf die Zivilbevölkerung nimmt, da grundsätzlich jeder, der nicht der Besatzungsmacht angehört, als Feind betrachtet werden muss.

Auch der den Kleinkrieg führenden Kriegspartei ist dieser Umstand bewusst, sodass es keine leichte Entscheidung darstellt, der eigenen Bevölkerung diese Art des Kämpfens als Bürde aufzuladen. Es kann also davon ausgegangen werden, dass nur ein auf brutale Ausbeutung, usurpatorische Willkür und Demütigung ausgerichtetes Besatzungsregime, das sich gewissermaßen als alles bestimmende Oberschicht gebärdet, jenen Freiheitsdrang erzeugt, der auch bereit ist, die äußersten Härten in Kauf zu nehmen. Damit schließt sich hier der Kreis zur Revolution des geknechteten Volkes gegen eine Tyrannei, die ebenfalls nur dann ausbricht, wenn Ausbeutung, Willkür und Demütigung ein Maß annehmen, das ein gedeihliches Überleben nicht mehr gewährleistet erscheinen lässt. Es geht

also in der Volkserhebung um die Freiheit im Sinne einer Erlösung aus der brutalen Knechtschaft und nicht in erster Linie um die politische Mitbestimmung in umfassender Weise, wie wir sie heute in der Demokratie vorfinden.

Der Souverän hat die Aufgabe, allen seinen Bürgern ein Leben in Glück und Zufriedenheit zu ermöglichen,⁷⁾ dies gilt für alle ihm anvertrauten Gebiete. Regiert der Souverän aus Selbstzweck, muss er früher oder später mit einer Revolution rechnen; behandelt er ihm zugefallene besetzte Gebiete würdelos und macht sie zum Tummelplatz für Ausbeutung und Willkür der neuen Herren, ist die Erhebung der indigenen Bevölkerung nur eine Frage der Zeit. Besonders leicht kann eine Stimmung in den besetzten Gebieten kippen, wenn der eingestammten Bevölkerung ihre eigene Kultur weggenommen und ihre Lebensverhältnisse an die der neuen Herren unmittelbar und mit Brachialgewalt angepasst werden soll.

Die Ideen der Französischen Revolution waren von vielen Europäern begrüßt worden, aber die Vehemenz, mit der sie auf die Bürger nun einprasselten, v.a. unter der Begleitmusik des Krieges und der Umgestaltung der Landkarten, die vielen Gemeinwesen die alten Wurzeln ausgerissen hatte, ging den Menschen viel zu rasch. V.a. unter der religiösen Landbevölkerung fielen diese Ideen nicht immer auf fruchtbaren Boden, ihre zwanghafte Umsetzung wurde als kulturelle Enteignung empfunden, die Besatzer wurden als Ungläubige oder Heiden betrachtet. Und es kam ein gewaltiges Maß an Ausbeutung in den eroberten Gebieten hinzu, da die Kriege der Revolution ja auch finanziert werden mussten.

Die Verhältnisse im bayrischen Tirol

Auch in Zentraleuropa war schon ab 1796 Krieg geführt worden, Friedensschlüsse und Kriegserklärungen lösten sich in kurzer Folge immer wieder ab. Napoleon war es gelungen, die Preußen 1806 bei Jena und Auerstedt vernichtend zu schlagen, zuvor hatte Österreich im Rahmen des so genannten 3. Koalitionskrieges bereits eine herbe Niederlage in der Schlacht von Austerlitz einstecken müssen. Der darauf folgende Frieden von Pressburg, abgeschlossen am 26. Dezember 1805, zwang Österreich zur Abtretung weiträumiger Gebiete. Tirol und Vorarlberg fielen damit an Bayern. Sehr lange schon hatte der nördliche Nachbar begehrlische Blicke auf das Land geworfen.

Im Jahre 1363 war Tirol durch Vererbung sehr zum Missfallen der bayrischen Wittelsbacher an Österreich gefallen und zählte seither zu den habsburgischen Kronländern; während der Zeit des Silberbergbaus im Mittelalter galt es sogar als das Kronjuwel schlechthin. Die Habsburger hatten es immer sehr gut verstanden, „ihre Tiroler“ bei der Stange zu halten, und gewährten ihnen Sonderrechte, die die Leute im Gebirge ihre besonderen Eigenheiten und ihre Lebensart erhalten ließen. Nicht zuletzt wegen dieser Sonderrechte, die hinsichtlich der staatspolitischen Konzeption bereits föderalistische Prinzipien vorwegnahmen, standen die Tiroler in besonderer Treue zu Österreich und zur Dynastie der Habsburger.

Im Spanischen Erbfolgekrieg war Bayern als Verbündeter Frankreichs aufgetreten, und eine bayrische Heeresmacht mit französischer Verstärkung war 1703 zur Inbesitznahme Tirols in Innsbruck einmarschiert. Die rasch aufgebotene Tiroler Landesverteidigung stellte sich mit Schützen und Landsturm dem Besatzer entgegen, und Bayerns Kurfürst Max Emanuel

sah sich zum Rückzug veranlasst. Mordend und brennend verließ er das Land, die Tiroler stießen nach, und es traf im Gegenzug die bayrische Bevölkerung in den Grenzregionen, „als nun vom Tegernsee bis zum Lech Klöster, Dörfer und Höfe in Flammen aufgingen, Viehherden weggetrieben und Häuser ausgeraubt wurden.“⁸⁾ Diese als „Boarischer Rummel“ in die Geschichte eingegangene Auseinandersetzung war in den Tiroler Köpfen noch fest verankert, als das Land hundert Jahre später an Bayern fiel.

Der vom Kurfürsten mittlerweile zum König avancierte bayrische Herrscher Max I. Joseph wollte seinem neuen Land gegenüber grundsätzlich ein guter und wohlwollender Landesvater sein und versicherte schriftlich, dass er den Tirolern ihre Rechte und Freiheiten belassen und „zugleich Uns stets bestreben werden, ihren Wohlstand im höchsten Grad zu befördern.“⁹⁾ Allerdings lagen die Ansichten zwischen dem aufgeklärten Bayernherrscher und v.a. der erzkonservativen Landbevölkerung in Tirol weit auseinander. Zunächst aber waren es eher wirtschaftliche Angelegenheiten, die den Unmut in den besetzten Gebieten erregten: So ging die Besetzung mit einer massiven Geldentwertung einher, wodurch weite Teile der Bevölkerung in eine neue Armut gestürzt wurden. Typische Formen des Handels, wie der traditionelle und für ein Gebirgsland meist überlebenswichtige Hausiererhandel wurden verboten. Hinzu kam eine drastische Erhöhung der Steuern zur Finanzierung der Kriegsschulden, die das Wirtschaftsleben in Tirol noch weiter einbrechen ließ.¹⁰⁾

Bayern war ein aufgeklärtes Land, der Herrscher manchen Ideen der Französischen Revolution gegenüber aufgeschlossen und der bayrische Staat im Sinne eines aufgeklärten Absolutismus als Einheitsstaat strukturiert, ähnlich wie Österreich unter Maria Theresia oder Joseph II. Den Unterschied machten allerdings jene föderalistischen Aspekte, die die österreichischen Herrscher schon aufgrund der Größe des Landes einzugestehen hatten, und damit die Duldung kultureller Eigenheiten, weshalb dieses österreichische Herrschaftsgebilde auch in schwierigen Zeiten ein gewisses Maß an Stabilität vermitteln konnte.

Dies lag v.a. auch an der jahrhundertealten, nach föderalistischen Prinzipien ausgerichteten Konstruktion des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“, das erst im Zuge der napoleonischen Kriege zu bestehen aufgehört hatte. Die Bayern als ein nicht unwesentlicher Teil dieses Reiches - immerhin stellten sie einen Kurfürsten - vermochten die Nachfolge als Herrscher in Tirol nicht in dieser gönnerhaften Weise anzutreten, wie Wien das jahrhundertlang praktiziert hatte.

Für die eher freisinnige Stadtbevölkerung änderte sich wenig, getroffen wurden v.a. die Menschen auf dem Land und die Kirche an sich. Die Auflösung von Klöstern und die Einmischung der neuen Herren bei der Besetzung von kirchlichen Stellen trugen jedenfalls nicht zur harmonischen Einbindung Tirols in den bayrischen Herrschaftsverband bei. Mit Verordnungen und Verboten wurden die religiösen Bräuche und öffentlichen religiösen Übungen abgeschafft: „Die Christmetten, von alters her eine der schönsten Gottesdienstformen im Lande, zu denen um die Mitternachtsstunde der Christnacht die Bevölkerung von den höchsten Berghöfen zur Dorfkirche eilt, wurden verboten, ebenso das dem Landwirt so vertraute Wetterläuten, die Bittprozessionen und ähnliche Einrichtungen.“¹¹⁾ Dabei ging es weniger um die essenziellen

Glaubenssätze, die dadurch nicht berührt waren, sondern vielmehr um das Kulturgut und die Tradition, die durch klein-kariertes Erlassen von Gesetzen gefährdet schienen. Seitens der Bevölkerung wurden diese Anordnungen als Willkürakte und repressive Zwangsmaßnahmen empfunden.

Tirol wurde zudem in drei Verwaltungsdistrikte, die so genannten Kreise „Inn, Eisack und Etsch“ aufgeteilt, der Name des Landes sollte also gänzlich verschwinden. Der Tiroler sollte möglichst rasch zum „Homo Bavaricus“ umgeformt werden; die Sturheit und Überheblichkeit der bayrischen Beamten gegenüber den „hinterwälderischen Tirolern“ taten ihr Übriges, um den Volkszorn entsprechend zu schüren und gegen diese „gottlose Bande“⁽¹²⁾ der Besatzer Widerstand hervorzurufen. Die zentralistische Staatsverwaltung hatte also das neu erworbene Gebiet als einen Bestandteil Bayerns integriert. Dies bedeutete auch die Aufhebung aller zunächst schriftlich durch den König gewährten Eigenheiten der Tiroler Landesverfassung. Besonders empfindlich reagierte die Bevölkerung auf die Heranziehung ihrer Söhne zum bayrischen Militärdienst - war doch den Tirolern durch das Landlibell von 1511 seitens der Habsburger die Befreiung vom regulären Militärdienst zugesprochen worden: Tirol sollte sich nach den österreichischen Vorstellungen beim Herannahen des Feindes selbst verteidigen und brauchte daher keine Truppenstellungen für das Reich zu leisten. Zur damit statuierten Landstumpfpflicht sollten alle vier Landstände herangezogen werden, was de facto die Einführung der allgemeinen Verpflichtung zur Verteidigung bedeutete.⁽¹³⁾

Diese aus militärstrategischer Sicht sehr kluge Anordnung fußt auf den eingesehenen Eigenheiten des Gebirgskampfes, den reguläre Truppen nur nach einer speziellen vorbereitenden Ausbildung zu führen vermögen. Die besonderen Anforderungen des Gebirgskrieges hinsichtlich Witterung, Gelände, Gefechtstechnik und Logistik bedürfen einer soliden Kenntnis bei den verantwortlichen Offizieren und besonderer Führungsfähigkeiten auf taktischer und operativer Ebene, die nicht von allen Truppen automatisch aufgrund ihrer militärischen Ausbildung beherrscht werden. Gebirgstruppen stellen daher eine besondere Waffengattung dar, die einen wesentlich höheren Ausbildungsaufwand erfordert als reguläre Infanterie oder Jägertruppen. Tirol mit seinen Alpenpässen ist ein strategisch wichtiges Land, weshalb einerseits dessen Inbesitznahme durch andere Mächte immer im Raum stand und das Land daher eines entsprechenden Schutzes bedurfte. Andererseits erschien die Verteidigung mit regulären Truppen, aus Innerösterreich rasch entsandt in Zeiten der Not, als wenig Erfolg versprechend. Die Aufbietung von Kämpfern aus dem Land, mit entsprechender Naturverbundenheit und Geländekenntnis versehen, belastbar und gut ausgebildet im Umgang mit der Waffe, erschien als die zweckmäßigste Lösung. Auch diese Anordnung trug wesentlich zum Treueverhältnis gegenüber dem Kaiser in Wien bei und bewährte sich in zahlreichen Kriegen.

Für die Bayern stellte sich die Situation anders dar, verlangte doch der Franzosenkaiser ständig neue Kontributionen an Geld und Soldaten für seinen Krieg gegen Europa. Als die Bayern Anfang 1809 begannen, erste Aushebungen durchzuführen, flohen die jungen Burschen in die Wälder oder ins Ausland, das bayrische Militär wurde wegen erster gewalttätiger Widerstände in Alarmbereitschaft versetzt, und

vereinzelte läuteten bereits die ersten Sturmglocken.

Eine wesentliche politisch-strategische Erkenntnis kann aus dem bisher Gesagten bereits gezogen werden, nämlich dass der Souverän immer dann mit Revolutionen und Erhebungen rechnen muss, wenn er gegen das Volk regiert und die existenziellen Bedürfnisse gefährdet erscheinen. Aufstände haben eine radikale Veränderung bzw. Verbesserung der politischen Verhältnisse zum Ziel und sind immer verbunden mit gewalttätigen Ereignissen, die bis hin zum Krieg reichen können. Da radikale Ansätze grundsätzlich radikale Entgegnungen erzeugen, hat der Souverän, um gemäß seiner Verpflichtung für das Volk regieren zu können, in dieses hineinzuhören und seine Bedürfnisse wahrzunehmen.

Es geht also im Grunde um die Gestaltung politischer Maßnahmen, die so gesetzt werden müssen, dass sie von der Mehrheit der Bevölkerung auch mitgetragen werden können. Im Tirol des Jahres 1809 stießen drei wesentliche Parameter zusammen: Die wirtschaftliche Situation stellte sich für die Bevölkerung als äußerst prekär dar; die Verbote im kulturellen und religiösen Leben wurden als Wegnahme der Identität und damit der eigenen Freiheit perzipiert; die politisch-administrativen Maßnahmen und die Einziehung zum bayrischen Militär wurden als totale Unterwerfung interpretiert. Dieser radikale Mix und weniger der bloße Patriotismus bildete die Grundlage für den Kampf der Tiroler um ihre geliebte Freiheit.

Aux armes, citoyens, formez vos bataillons!⁽¹⁴⁾

Nach vierjähriger bayrischer Besatzungszeit war zu Beginn des Aufstandes von der einstigen Organisation der Landesverteidigung wenig übrig. Da zudem alle Vorbereitungen streng geheim vorgenommen werden mussten, war im ersten Ansatz an eine Formierung von Einheiten nach den alten Mustern nicht zu denken. Allerdings hatten sich die Anführer des Aufstandes unter dem Kommando Andreas Hofers nach Wien begeben, um sich abzustimmen. Da auch der Hof einen Krieg für günstig erachtete, sollten sich die Tiroler nach der offiziellen Kriegserklärung Österreichs an Frankreich und alle seine Verbündeten, die dann im April 1809 tatsächlich erfolgte, erheben und den einmarschierenden österreichischen Truppen zueilen. So geschah es denn auch im ersten Ansatz, und Bayern und Franzosen wurden aus Tirol hinausgeworfen.

Der kommandierende österreichische General, Feldmarschallleutnant (FML) Johann Gabriel Marquis von Chasteler de Courcelles, trachtete, unmittelbar nach der Übernahme der österreichischen Herrschaft, das alte Landesverteidigungssystem wieder einzuführen, und erließ daher am 18. April 1809 folgenden Aufruf: „*Das Landsturmpatent von 1805 gibt Euch die Regeln, nach denen der Landsturm organisiert werden soll [...] Der aufgebotene Landsturm ist demnach vorläufig in Landwehrebataillone zu 6 Kompagnien, jede zu 150 bis 180 Mann einzuteilen. [...] Die Schützen sollen ebenfalls in Kompagnien zu 120 bis 160 Mann eingeteilt werden. [...] Ein Landwehrebataillon besteht demnach aus einer Schützenkompagnie und 6 Landwehrkompagnien.*“⁽¹⁵⁾

Essenziell für den Freiheitskampf war dieses seit alters her in Tirol gepflogene Landesverteidigungswesen. Ohne dessen Grundlage wäre die Volkserhebung in diesem Ausmaß und in dieser Qualität nicht möglich gewesen. V.a. hätten sich die Tiroler nicht zur offenen Schlacht auf dem Bergisel gegen

reguläres Militär stellen können, sondern hätten den Aufstand möglicherweise stärker kleinkriegsartig oder terroristisch anlegen müssen. Nur die vorhandenen Kapazitäten einer wehrwilligen, v.a. aber auch wehrfähigen Bevölkerung erbrachten diese nachhaltige Wehrhaftigkeit des Jahres 1809. Es lohnt sich daher, einen Blick auf dieses Wehrsystem zu werfen.

Das Landlibell und die Volksaufgebote

Kaiser Maximilian hatte das bereits erwähnte Landlibell im Jahre 1511 als Fundamentalgesetz erlassen, dem zahlreiche Zusatzverordnungen bis ins Jahr 1805 gefolgt waren. Ziel war es, das Gebirgsland selbstständig verteidigungsfähig zu machen. Zu diesem Zweck sollten bis zu 20.000 Mann für den Kriegsdienst und v.a. an der Waffe als Scharfschützen ausgebildet und in eigenen Schützenkompanien gefasst werden. Von diesen so genannten Scharf- und Standschützen waren ab dem Jahr 1700 etwa 1.500 Jäger und Zielschützen als ständige Organisation angeworben; sie bildeten die so genannte Landmiliz. Insgesamt gliederten sich die Schützen in 12 bis 16 Kompanien. Beim Herannahen des Feindes wurden diese aufgeboten und zur Verteidigung des Landes herangezogen.

Sollten sich bei der Aufbietung Engpässe oder andere Schwierigkeiten ergeben, sah das Sturmpatent von 1647 die Erhebung der Bewohner in den bedrohten Regionen „in Masse“ vor.¹⁶⁾ Dies sollte geschehen, sobald die so genannten Kreidenfeuer entzündet worden waren und die Sturmglocken läuteten. Diese Kreidenfeuer galten als ein einfaches Verbindungsmittel zwischen den einzelnen Talschaften und bestanden aus je einem trockenen und einem feuchten Holzstoß, in der Regel in den höheren Regionen aufgerichtet, um sowohl bei Tag als auch bei Nacht Signal geben zu können.

Die Verteidigungsmacht war also grundsätzlich zweigeteilt, einerseits in die Schützenkompanien und andererseits in den Landsturm. Die Bewaffnung der Schützen bestand aus Jagd- oder Scheibenwaffen, die den Schussleitungen von Militärwaffen überlegen waren. „*Ein geübter Schütze konnte noch auf 200 Meter genau treffen, während die Soldaten nur durch Salven aus der geschlossenen Reihe heraus auf etwa 100 Meter Wirkung erzielten, und das nur dann, wenn der Gegner in geschlossenen Formationen anrückte, die ein breites Ziel boten. Das war aber bei den Tirolern nie der Fall.*“¹⁷⁾ Auch waren die Waffen zu Hause bei den Bedarfsträgern gelagert und fanden im alltäglichen Leben Verwendung, wodurch die Schützen als besonders versiert im Umgang mit ihren Stutzen galten. Schießen galt zudem als „Volkssport“, weshalb eine große Zahl von Schießständen vorhanden war, die auch während der bayrischen Besatzungszeit weiter genutzt wurden.

Viele dieser Schützen, zu denen auch die reicheren Bauern zählten, zogen mit mehreren Gewehren in den Krieg, flankiert durch Waffenknechte als Träger und zum Nachladen. Der Landsturm hingegen formierte sich nach dem Zusammenlauf auf dem Dorfplatz in Heerhaufen unterschiedlicher Größe. Die Bewaffnung bestand entweder ebenfalls aus Schusswaffen, aber auch aus selbstständig mitgebrachtem und für den Krieg umfunktioniertem Arbeitsgerät wie Dreschfliegeln, Sensen oder Nahkampfwaffen, die in den vorbereiteten Rüstkammern ausgegeben wurden. Über schwere Geschütze verfügten die Volksaufgebote grundsätzlich nicht.

Die Kampfweise der Volksaufgebote war an den Gebirgskrieg angepasst. Die Schützen hielten den Feind aufgrund der

überlegenen Waffentechnik auf Distanz oder fügten ihm beim Herannahen bereits schwere Verluste zu. Die Angehörigen des Landsturmes taten es ihnen zum Teil gleich oder agierten als Sturmchargen. Ihr Kampf wurde zudem mit großem Enthusiasmus geführt, da es galt, möglichst rasch die gegnerische Schussdistanz von 100 Metern zu unterlaufen und sich mit Nahkampfwaffen auf den Feind zu stürzen. „*Man kann sagen, dass es im Jahr 1809 der Tiroler Landsturm war; der am 12. April, 29. Mai und 13. August* [Anm.: gemeint sind die ersten drei erfolgreichen Treffen auf dem Bergisel] *das Land vom Feind befreite. Mit meist alten Gewehren, oft auch unbewaffnet, ohne militärische Ausbildung zog er ins Feld. Jeder war Kämpfer für sich, deckte sich, pirschte sich an den Gegner heran und schoss. Es gab für ihn kein Kommando. [...] es kam immer rasch zum Nahkampf, der nur mit dem Gewehrkolben ausgetragen wurde. Mit dieser dem Gelände angepassten Kampfweise waren die Tiroler Kämpfer dem Feind weit überlegen, während die nur für das Flachland gedrillte Truppe im Gebirge immer in der Hinterhand blieb.*“¹⁸⁾

Die Organisationsgröße der Volksaufgebote war die Kompanie, allerdings schwankte v.a. bei den Landsturmeinheiten ihre Zahl beträchtlich. Landsturmeinheiten wurden nach den Gerichtsbezirken zusammengefasst und in Bataillone und Einheiten gegliedert. Allerdings ließen die Führungs- und Organisationsstrukturen ein bataillonsweises Vorgehen nicht zu. Die Heerhaufen formierten sich zudem spontan, traten mit den gegnerischen Truppen ins Gefecht oder legten Hinterhalte und kehrten nach einem Gefechtserfolg wieder an ihre Höfe oder Arbeitsstätten zurück. Lediglich für die so genannten Schlachten auf dem Bergisel waren aus allen Teilen Tirols die Kämpfer zusammengeströmt; in den ersten beiden Treffen wurden sie noch durch österreichisches Militär unterstützt.

Das reguläre Militär

Durch das Fundamentalgesetz war also die Landesverteidigung in Tirol gänzlich anders strukturiert als in Österreich. Es sind daher die Volksaufgebote von den ebenfalls in Tirol eingesetzten österreichischen Truppen zu unterscheiden. Für den Krieg in Tirol war das so genannte Tiroler Korps vorgesehen, das sich unter der Führung von FML Chasteler in Linientruppen, also stehendes Heer, und Landwehrtruppen unterschied. Die Linientruppen (sieben Infanteriebataillone und ein Jägerbataillon sowie 14 Kanonen und drei Haubitzen) mit ihrer gediegenen Ausbildung und Kriegserfahrung galten als der Kern der regulären Truppen. Hinzu kamen noch insgesamt zehn Landwehrbataillone. Die Infanteriebataillone waren zu je dreien in zwei Regimentern zusammengefasst, von denen jedes unmittelbar noch über zwei zusätzliche Grenadierkompanien verfügen konnte. Die Organisationseinheit darüber war die Brigade. Auch die Landwehr, das Jägerbataillon und die Artillerie waren in zwei Brigaden strukturiert. Insgesamt also bestand das Tiroler Korps aus drei Brigaden. Das Basisorganisationselement war die Kompanie, die grundsätzlich 166 Mann im Stand hatte. Es ergibt sich somit ein Gesamtstand des Korps an Grenadieren, Infanteristen und Jägern bzw. Landwehrsoldaten von 3.652 Mann, wohlgemerkt ohne Artillerie und Train.¹⁹⁾

Die Landwehr war erst 1808 mit dem so genannten Landwehrpatent eingeführt worden und daher in weiten Bereichen für den Krieg von 1809 noch nicht einsatzbereit. Ähnlich

der Landmiliz sollten auch hier vorbereitete Einheiten im Rahmen von Zuzügen aufgeboden werden können zur Unterstützung des stehenden Heeres. Die Französische Revolution hatte dieses System aus Ermangelung an regulären Truppen geboren, und nun wurde es von den europäischen Mächten übernommen und trug wesentlich zur Nationsbildung bei. Der Landwehrsoldat war gewissermaßen der bewaffnete Bürger des Gemeinwesens, der selbst die Waffe in die Hand nimmt, um sich zu wehren und dies nicht einer ausgewählten Kriegerkaste überlässt. Allerdings befand sich die Landwehr zu jener Zeit noch am Beginn ihrer Entwicklung. Wie jedes komplexe System braucht auch der Aufbau von Milizstrukturen einen entsprechenden Zeitrahmen, der aufgrund der Kriegereignisse jedoch nicht gegeben war.

In erster Linie mangelte es an Ausrüstung, entsprechender Bewaffnung und geeigneten Offizieren. Insgesamt wurden in Österreich jedoch 149 Landwehrebataillone aufgestellt, sie umfassten 152.000 Soldaten.²⁰⁾ Ihr Kampfwert war, obwohl manche Bataillone tapfer gekämpft haben, eher als gering einzustufen. „Die Landwehr war nicht als eine übliche militärische Institution gedacht, sondern sollte einer allgemeinen Volkserhebung gleichkommen, an der nicht nur die ärmeren Schichten, sondern auch die wohlhabenden Klassen in verstärktem Maße teilnehmen sollten.“²¹⁾ Innerhalb der Landwehr wurden allerdings die bereits kriegserfahrenen Männer in Freiwilligenbataillone zusammengefasst, sie galten als die Elite innerhalb der Landwehr. Das im Tiroler Korps eingegliederte Salzburger Jägerbataillon Nr. 2 gehörte in diese Kategorie und focht in den ersten beiden Treffen erfolgreich auf dem Bergisel mit.

Insgesamt waren es allerdings nur Teile der österreichischen Truppen, die an der Befreiung des Landes mitwirkten; der Großteil des Tiroler Korps war nach den verlustreichen Kämpfen der Österreicher im bayrischen und italienischen Raum zu deren Verstärkung und zur Verteidigung von Wien abgerückt. So trugen Landsturm und Standschützen in allen Schlachten und Gefechten die Hauptlast der Kämpfe, ab Juni 1809 waren sie gänzlich auf sich allein gestellt und ohne Unterstützung durch reguläres Militär. Hierin zeigt sich abermals deutlich, dass der Kampf im Gebirge oder überhaupt der Gebirgskrieg nur mit speziell dafür ausgebildeten Truppen erfolgreich geführt werden kann. Zudem müssen die eingesetzten Soldaten über entsprechende Geländekenntnisse verfügen und soweit wie möglich aus dem Raum stammen. Die Konzeption einer Landwehr gewinnt also gerade in Ländern mit hohem Gebirgsanteil eine besondere Bedeutung.

Wehrpflicht und Miliz

Im Tiroler Landesverteidigungswesen tritt uns auf den ersten Blick eine andere Form der Wehrpflicht entgegen als jene, die wir heute kennen. So wird in Österreich heute automatisch jeder männliche Staatsangehörige etwa im 17. Lebensjahr einer Stellung zugeführt. Dort wird er gemustert und es wird damit festgestellt, ob er für den Wehrdienst grundsätzlich tauglich ist. Danach kann er sich entscheiden, wie er diesen Dienst leisten möchte - ob mit der Waffe oder als Wehrersatzdienst (landläufig: Zivildienst). Jedenfalls aber besteht eine Verpflichtung zur Dienstleistung. Es schwingt in dieser Auslegung immer ein gewisser Zwang mit. Diese so an die Bürger herangetragene Form der Allgemeinen Wehrpflicht

wird daher immer öfter als entbehrliche Bürde empfunden, wobei zwei Gründe dafür maßgeblich erscheinen: Zunächst ist Österreich heute in die EU eingebettet, und es besteht an den Grenzen keine unmittelbare Bedrohung, die die Aufbietung von Reserven notwendig machen würde. Die im europäischen Umfeld militärisch zu lösenden Aufgaben wären, so meint man, mit einem professionell vorbereiteten und hochmodern ausgerüsteten Berufsheer effizienter zu bewältigen. Der zweite Grund betrifft die bestehende Ungleichbehandlung von männlichen und weiblichen Staatsbürgern, die in Zeiten von Gleichberechtigung und Quoten (Stichwort: Bundesgleichbehandlungsgesetz) bei vielen Bürgern die Frage der Wehrgerechtigkeit aufkommen lassen.

Grundsätzlich scheinen diese Argumente auch stichhaltig zu sein, jedoch wird dabei meist nicht bedacht, dass aus staatspolitischer Sicht die Frage der Landesverteidigung niemals hinsichtlich des Ob, sondern immer lediglich in Bezug auf das Wie zu stellen ist. Ein Staat muss sich und seine Politik verteidigen können, und dies im äußersten Notfall durch den Einsatz seiner bewaffneten Macht. Ist dies nicht der Fall, kann dieses Gemeinwesen nicht als Staat bezeichnet werden, da seine Existenz nicht gesichert ist - jede kleine Krise kann ihn bereits erlöschen lassen. Dazu Hegel: „Eine Menschenmenge kann sich nur einen Staat nennen, wenn sie zur gemeinschaftlichen Verteidigung der Gesamtheit ihres Eigentums verbunden ist. Es versteht sich hierbei eigentlich von selbst, aber es ist nötig, angemerkt zu werden, dass diese Verbindung nicht bloß die Absicht hat, sich zu verteidigen, sondern dass sie, die Macht und das Gelingen mag sein, welches es will, durch wirkliches Wehren sich verteidigt.“²²⁾ Kommt die Frage nun also auf das Wie der Landesverteidigung, so tritt aus staatspolitischer Sicht sehr deutlich der Souverän als jener hervor, dem die Verteidigung des Gemeinwesens zukommt. Aus demokratiepolitischer Sicht ist demnach die Wehrhaftigkeit aller Angehörigen des Gemeinwesens essenziell. Denn im demokratischen Staat ist das Volk der Souverän und es macht der Bürger die Politik, daher muss ihm auch das Recht eingeräumt werden, seine Politik zu verteidigen, und in weiterer Folge muss er das Recht bekommen, im Militärhandwerk ausgebildet zu werden, soll sich die Verteidigung effizient gestalten. So argumentiert ist der anfängliche, implizit mitgedachte Zwang verschwunden. Beseelt von dieser Idee, dass das Wehren ein Bürgerrecht darstellt, werden die Bürger von sich aus zu den Waffen eilen.

Exakt an dieser Stelle sind wir wieder beim Landwehr- und Milizgedanken des angehenden 19. Jahrhunderts, der auf unserer modernen Grundlage eines demokratischen Staatswesens noch viel mehr Bedeutung erlangt als in jener Zeit. Das Landlibell ist von der allgemeinen Wehrpflicht in der Form ausgegangen, dass es eine Verpflichtung gibt, das Land zu verteidigen, und alle sollen daran teilhaben. Freiheit, Kultur und Eigenständigkeit sind Werte, für die es sich zu kämpfen lohnt. Diese Werte betreffen alle Angehörigen des Gemeinwesens. Daraus haben sich die Standschützen und der Landsturm generiert. Jedem Tiroler wurde also vermittelt, dass er wehrhaft zu sein hat, wenn das Land nicht untergehen soll. Er muss Mut und Willen aufbringen, sich wehren zu wollen, und er muss dafür etwas tun, nämlich sich entsprechend vorbereiten - trainieren! Es wäre sehr kurzsichtig gewesen, auf einen momentanen Friedenszustand zu reflektieren und damit das Verteidigungssystem zu ändern. Längere Friedenszeiten

hat es immer schon gegeben, wobei die Dauer des Friedens in einem hohen Ausmaß auch von der Verteidigungsfähigkeit der einzelnen Gemeinwesen abhängig war. Ein Nachlassen der Wehrhaftigkeit lädt Begierige immer dazu ein, auf das Gemeinwesen zuzugreifen - leichte Beute gewissermaßen.

Dies gilt im Besonderen für die EU, da sie durch den Zusammenschluss sehr reicher Gemeinwesen gekennzeichnet ist. Zur Erhaltung von Frieden und Stabilität bedarf es daher innerhalb dieser Union einer effizienten Militärmacht, die in der Lage ist, nach außen wirksam zu werden und das Umfeld nötigenfalls zu befrieden, wie dies durch die so genannten Friedensmissionen bereits passiert. Dazu sind leistungsfähige, rasch einsatzbereite Truppen notwendig, die als stehende Streitkräfte bereitzuhalten sind. Allerdings genügen diese Kräfte für eine Verteidigung des Unionsgebietes nicht, weshalb dahinter Reserven aufzubauen sind. Sie dienen einerseits der Verstärkung der stehenden Streitkräfte, nehmen aber andererseits die Verteidigung des Landes in allen Krisensituationen - von der Naturkatastrophe bis zum Abwehrkampf - wahr.

Dies entspricht dem Prinzip der Landwehr, das in dieser Mischform von stehenden Streitkräften und Miliz in Österreich etabliert wird. Dabei ist es allerdings wichtig, dass alle Bürger das Recht erhalten, das Land zu verteidigen - es darf also der weiblichen Bevölkerungshälfte dieses Recht nicht vorenthalten werden. Eine Gleichstellung im Rahmen der Wehrpflicht würde darüber hinaus die Diskussion um die Wehrgerechtigkeit beenden. Wesentliche politisch-strategische Erkenntnis ist die Notwendigkeit, zunächst vermittels gezielter wehrpolitischer Information den Bürger über sein Recht auf das Wehren aufzuklären und durch geeignete politische Maßnahmen diesen Weg zu unterstützen. Ein weiterer Schritt ist die Attraktivitätssteigerung des Wehrgedankens im alltäglichen Leben, zunächst durch eine gezielte Ausbildung im Rahmen des Grundwehrdienstes und in weiterer Folge durch Maßnahmen, die eine permanente Weiterbildung im Rahmen der Miliz ermöglichen.

Als Vorbild für derartige Maßnahmen könnte beispielsweise das System der US-Nationalgarde herangezogen werden oder auch das Tiroler Schützenwesen aus jenen Tagen des Freiheitskampfes. Noch heute werden in Tirol Landesschießen organisiert und der Schießsport im Sinne der Landesverteidigung gepflogen: „Die sportlichen Aktivitäten sind über das ganze Land [Anm.: gemeint sind Nord-, Süd- und Osttirol in gleicher Weise] auf verschiedenen Schießständen verteilt. Diese Idee geht auf die seinerzeitige Einberufung der Kämpfer im ganzen Land zurück. Und zum Gedenken an diese streitbaren Männer treffen sich die Schützen bei diesem Landesschießen zum sportlichen Wettkampf.“²³⁾ Die US-Nationalgarde bildet im Gegensatz zu den Streitkräften, die nur außerhalb der USA zum Einsatz gelangen, die amerikanische Landwehr ab. Dabei sind die Aufgaben der US-Nationalgarde in erster Linie die so genannte *Homeland Defense*, also die klassische Landesverteidigung, und in weiterer Folge der *Military Support to Civil Authorities* - die Assistenzleistung für zivile Behörden.²⁴⁾ Die Landesverteidigung ist also in den USA primär in den einzelnen Bundesstaaten organisiert, wodurch Heimvorteil und Identifikation mit dem jeweiligen Land ausgenutzt werden. Die US-Streitkräfte dienen dem weltweiten Einsatz als Großmacht. Für Europa wären derartige Strukturen ebenfalls sinnvoll. Die österreichische Landesverteidigung des Jahres

1809 hat diesen Weg bereits vorgezeichnet. Landwehr und Standschützen sowie Landsturm waren jene Elemente, die der unmittelbaren Landesverteidigung zu Diensten sein sollten, die k.u.k. Armee diente der Landesverteidigung sowie der Durchsetzung österreichischer Interessen im Rahmen des weltweiten Einsatzes einer Großmacht.

Marchons, marchons! Qu'un sang impur abreuve nos sillons!²⁵⁾

Lange vor der Erhebung des Volkes hatte es geheime Treffen gegeben, wie der Aufstand durchzuführen sei. Grundsätzlich rumorte es in der Bevölkerung ob der ungeliebten bayrischen Tyrannei, es war also anzunehmen, dass einem Aufruf durch die meisten Landesbewohner Folge geleistet werden würde, eine Ausnahme bildeten lediglich die Bürger in den größeren Städten. Verstärkt wurde dies durch das österreichische Propagandamaterial, das auch die Rechtmäßigkeit der Erhebung bekräftigen sollte: „Die Tiroler hätten ein Recht auf Notwehr; hieß es da, ja sie seien sogar verpflichtet, heiligste Werte zu verteidigen. Auch wurde behauptet, dass Bayern den Friedensvertrag gebrochen habe, als es die Tiroler Verfassung beseitigte [...] und habe deshalb moralisch den Anspruch auf Tirol verwirkt. Die Tiroler seien ihm [Anm.: dem bayrischen König] nicht mehr zur Treue verpflichtet.“²⁶⁾ Durch das Land ziehende Agenten heizten die Stimmung weiter an, und in den Gasthäusern wurden Spottlieder wie dieses gesungen:

„Der Bayer hat das Land verheeret,
wie eine Sau die Flur zerstört.

Franz [Anm.: Kaiser Franz von Österreich], leg dem Untier
Ringe an,

damit es nicht mehr wühlen kann.“²⁷⁾

Die Besatzer hatten den Schießsport nicht unterbunden und erst viel zu spät die Abgabe der Waffen angeordnet. Zudem wurde dieser Anordnung im Sinne eines zivilen Ungehorsams auch kaum Folge geleistet. Demnach konnte davon ausgegangen werden, dass genügend Material zur Bewaffnung der Bevölkerung verfügbar sein würde. Als einzige Schwachstelle war die de facto nicht vorhandene militärische Ausbildung im Rahmen von Exerzierreglement und Truppenführung zu beurteilen, die jedoch wegen der Besonderheiten des Gebirgskampfes durch Anpassbarkeit und Geländekenntnis der einzelnen Kämpfer weniger stark ins Gewicht fiel. Allerdings zeigte sich alsbald eine weitere Schwäche, und zwar in der schlaff organisierten Führung der kämpfenden Einheiten und der daraus resultierenden geringen Gefechtsdisziplin, die letztendlich im letzten Befreiungsversuch im November 1809 nicht unwesentlich zur Niederlage beitrug.

Zunächst jedoch, in den Vorbereitungen, verlief alles sehr nach Plan. Träger der geheimen Informationen und vielfach auch Anführer waren in jenen Tagen die Gastwirte: Einerseits waren die Gaststuben Kommunikationszentren ersten Ranges und es galt als relativ unverdächtig, dort die diversen geheimen Treffen zu organisieren. Die Wirte waren in den Dörfern verwurzelt, galten meist als Vertrauenspersonen und als besser gebildet. Andererseits waren sie oftmals die einzigen Dorfbewohner, die wegen ihrer Einkaufsfahrten weit im Lande herumkamen und so problemlos Nachrichten austauschen und Botschaften überbringen konnten. Die Gastwirte bildeten damals sozusagen das Informationsnetzwerk. Es ist aus dieser Sicht daher nicht weiter verwunderlich, dass zahl-

reiche Anführer der Volkserhebung - oder aus der bayrischen Sicht die Revolutionsführer - Gastwirte waren, allen voran der Sandwirt Andreas Hofer, der spätere Oberkommandierende des Volksaufstandes.

Es geht los

Die erste Befreiung Tirols im April 1809 war mit den österreichischen militärischen Absichten gegen Frankreich akkordiert. Ziel war es, durch die Volkserhebung eine möglichst große Zahl an bayrischen Truppen in Tirol zu binden und v.a. eine Nord-Südverschiebung des Feindes über die Alpenpässe zu verhindern. Der Hauptkriegsschauplatz war Süddeutschland, und ein Nebenstoß sollte nach Italien geführt werden. Die gute Vorbereitung des Aufstandes ließ diesen zu einem Erfolg werden. Relativ rasch wurden die bayrischen Einheiten überwältigt, bayrische Beamte im ganzen Land gefangen genommen und die Amtskassen beschlagnahmt. Lediglich um Innsbruck wurde heftig gekämpft.²⁸⁾ Ende April konnte FML Chasteler die Gesamtregierung in Tirol übernehmen. Seitens der Tiroler hatte es in diesem ersten Ansatz keinen gemeinsamen Oberbefehl gegeben, sondern alles war nach dem vorbereiteten Plan abgelaufen.

Anders als in Tirol verlief der Feldzug für die Österreicher weniger erfolgreich, und Erzherzog Karl wurde mit der Hauptarmee in Deutschland geschlagen. Der darauf folgende Rückzug der österreichischen Truppen betraf Tirol insofern, als auch große Teile des Tiroler Korps nach anfänglichen Gefechten gegen die Franzosen im Unterinntal Richtung Wien zurückbeordert wurden. Franzosen und Bayern gingen nun unter dem Kommando des Generals Pierre François Joseph Lefebvre, Marschall von Frankreich und Herzog von Danzig, mit brutaler Härte Richtung Innsbruck vor. Dabei kam es Mitte Mai um die Stadt Schwaz zu heftigen Gefechten, die eine totale Vernichtung des Städtchens durch Plünderung und Inbrandsetzung zur Folge hatten. Die unvorstellbaren Gräueltaten, die v.a. die bayrischen Truppen unter der Zivilbevölkerung anrichteten, ließen den Widerstand erst richtig aufkommen. Dazu ein Schreiben Hofers: „*Wegen einer Capitulation ist gar nicht zu denken. Das Volk sampt dem Grafen von Leiningen hat ganz die Gesinnung, sich bis auf den letzten Mann zu vertheidigen.*“²⁹⁾ Am 25. Mai hatten sich etwa 5.000 Mann des Aufgebotes und rund 1.100 reguläre österreichische Truppen bei Innsbruck auf dem Bergisel zur Schlacht gestellt.³⁰⁾ Das Treffen endete unentschieden in einem heftigen Gewitterregen.

Hier zeigten sich auch bereits erste Schwächen der Führungsstruktur. Andreas Hofer war zwar jetzt als „Oberkommandant“ eingesetzt, aber es gab keinen Schlachtplan, sondern lediglich die Weisung Hofers: „*Wenn ihr die Bayern trifft, so schlagt drauflos und werft sie den Berg hinab!*“³¹⁾ Es war der Volkszorn über die Gräueltaten des Feindes, der die Kämpfer antrieb, sie kamen ohne besondere Aufforderung freiwillig, um die erlittene Schmach zu sühnen. Eine Schilderung der Ereignisse aus dem Jahre 1833 stellt dies sehr authentisch nach und wurde unter dem Eindruck von Zeitzeugenberichten niedergeschrieben: „*Wörgl, Rattenberg, das schöne Schloss Rothholz, und mehrere blühende Ortschaften, die der Feind den Flammen Preis gab, leuchteten gleich ungeheuren Brandsäulen dem Volke auf seinem Zuge. Schauerlich malte sich das Glutbild der Verwüstung am fernen Himmel und in*

den Fluten des Inns, dessen Ufer in diesen verhängnisvollen Stunden von dem Blute vieler schuldloser Greise, Weiber und Kinder getränkt wurde. Sie fielen unter dem Schlachtmesser erbitterter Feinde, und ihre letzten Klage töne, mit dem Sturmgeläute der Glocken zu schauerlichen Akorden verschmolzen, riefen jene Scharen wackerer Landesvertheidiger herbei, um Zeugen und einst Rächer der blutigen Thaten zu seyn, die der Feind an ihren Brüdern verübte. Fern sey es von uns, das Schreckensbild aus jener Zeit mit der Ausmalung der einzelnen Gräuelt zu vollenden, die damals vollbracht wurden. Die Wunden sind bereits verharscht, welche die Völker um eines einzigen Mannes Herrsch- und Ruhmsucht willen einander schlugen.“³²⁾

Orientierungsrahmen für die einzelnen Sturmhaufen war ebenfalls die Kompanie. Manchmal hatte die jeweilige Einheit einen anerkannten Führer an der Spitze, dem alle nacheiferten, wie beispielsweise einen Joseph Speckbacher oder den Kapuzinerpater Joachim Haspinger. Vielfach jedoch agierte jeder einzelne Kämpfer nach einer gewissen Beliebigkeit, der ein „Abstimmungsentschluss“ zu Beginn der Gefechte zugrunde lag, worin die allgemeine Angriffsrichtung und eine grobe Gruppierung festgelegt worden waren, alles andere wurde im Gefecht entschieden. Für Änderungen während des Gefechtes bedurfte es jedoch der Abstimmung unter den Bauern. Offiziere waren zwar vorhanden - sie wurden von den Einheiten gewählt. Ihre Aufgaben lagen jedoch weniger in der Führung der Kompanie während des Gefechtes, sondern im Rahmen der administrativen Abwicklung vor und nach den Kämpfen; ihre militärische Eignung war bei der Wahl in der Regel nicht ausschlaggebend.³³⁾ An eine straffe militärische Führung oberhalb des Einheitsniveaus war daher nicht zu denken, sondern die Anweisungen beliefen sich auf Zeitleisten, Gruppierung und Reservenbildung.

Diese Führungsschwächen wurden durch Kampfeifer und Mut wettgemacht, ging es doch in erster Linie darum, möglichst viele Gegner zu erledigen. So warfen sich diese Sturmhaufen mit Todesverachtung auch auf numerisch überlegene bayrische Kontingente und schlugen sie in die Flucht. So schreibt Marschall Lefebvre seinem Kaiser: „*Sire! Es sei also gesagt, dass ich meinen ersten Rückzug im Leben vor rasenden Bauern antreten musste. [...] Diese Wilden in Tirol stiegen mit rasendem Geschrei ins Inntal hernieder, das Kreuzifix an der Spitze, mit ihren Priestern, rasend wie die Tiger. Ich erwarte Ihre Befehle Majestät, auch wenn ich mich unter den Ruinen Innsbrucks begraben lassen muss.*“³⁴⁾ Eine gewisse Furcht lösten beim Gegner auch die Mordwerkzeuge des Landsturmes aus, die Beile, Sensen und Mistgabeln im Nahkampf und v.a. der gezielte Schuss auf weite Entfernung. Der französische General Broussier schreibt einem Freund über die psychischen Zustände seiner Soldaten auf dem Kriegsschauplatz Tirol: „*Stell Dir vor, dass ein Glockenschlag [gemeint ist das Sturmgeläut] diese Kerle mehr erschreckte als die Kanonen von Wagram; der Anblick eines Bauern in Joppe und mit dem Karabiner erschreckte sie mehr als die Felder von Wagram!*“³⁵⁾

Nach dem ersten Unentschieden beschlossen die Tiroler noch einmal zum Kampf anzutreten, und dazu erließ Andreas Hofer eines seiner berühmten Rundschreiben, die sehr schnell im ganzen Land kundgetan wurden: „*Für Gott, den Khayser und das thayre Vatterland! Morgen in der Frueh ist der löste*

[Anm.: letzte] *Angriff. Wier wollen die Boaren mit der Hilff der göttlichen Muetter fangen und erschlagen, und haben uns zum liebsten Herzen Jesu verlobt. Kombt uns zu Hilff, wollt ihr aber gscheiter seyn als die göttliche Firsichtigkeit, so werden wir es ohne enk auch richten.*“³⁶⁾ Am 29. Mai, nach dem Heranführen von einigen Verstärkungen, beginnt die zweite Bergisel-Schlacht und dauert bis in die Nacht hinein. Schließlich entkommen Bayern und Franzosen über ein Schlupfloch bei Hall der Einschließung in Innsbruck. Die Tiroler nehmen am nächsten Morgen die Stadt in Besitz und begehen einen Führungsfehler: Sie feiern den Erfolg, verfolgen aber die Fliehenden nicht. Dadurch verblieb die starke Festung Kufstein in bayrischer Hand, ein Stachel, der ständig Truppen binden sollte. Andreas Hofer sah seine Aufgabe als erledigt an, überließ das Regieren dem österreichischen Intendanten, Freiherr von Hormayr, und kehrte ins heimatische Passeiertal zurück.

Zur Frage der Disziplin

Die Niederlage der Österreicher bei Wagram und der dann folgende Waffenstillstand von Znaim stellten die Tiroler auf sich alleine, da nunmehr die Franzosen und Bayern wieder zurückkehrten und die letzten österreichischen Truppen das Land verlassen mussten. Marschall Lefebvre marschierte am 30. Juli kampflos in Innsbruck ein. Jedoch war das Land deswegen noch lange nicht erobert, und so ordnete er eine Besetzung der südlichen Landesteile an. Allerdings waren mittlerweile Verteidigungsanstrengungen erbracht worden: Als besonders effizient erwiesen sich die aufgeschichteten Steinlawinen. Zahlreiche große Kontingente konnten durch die Sperrung der Straßen und eine damit verbundene Einkesselung aufgerieben werden, die signifikante Bezeichnung eines solchen Schluchtabschnittes bei Franzensfeste in Südtirol als „Sachsenklemme“ erinnert an die damaligen Geschehnisse.

Franzosen und Bayern waren im gesamten Land Tirol in kleinkriegsartigen Gefechten schwere Niederlagen beigebracht worden, und es war eine asymmetrische Art der Kriegführung. Überall dort, wo die das Reglement gewohnten Soldaten sich demgemäß bewegen konnten, waren sie gegenüber den Tirolern im Vorteil, aber derlei Plätze gab es in Tirol nur wenige. So sammelten sich nach dem Rückzug des Marschalls Lefebvre aus Südtirol in der Mitte des Monats August rund 18.000 Schützen und Landstürmer um die Landeshauptstadt, voller Zuversicht und Kampfeswut. Etwa ebenso viele Soldaten der Franzosen und Bayern waren in der Stadt, niedergeschlagen und erschöpft. Hofer setzte den 13. August um 08:00 Uhr als Angriffszeitpunkt fest. Der Feind sollte eingeschlossen und zur Kapitulation oder zum Abzug gezwungen werden. Dazu gab es die Einteilung in linken und rechten Flügel und Zentrum. Hofer hielt einige Landsturmkompanien als Reserve zurück, die Gefechtsführung oblag den Unterkommandanten, die sich mit Hurra in den Kampf stürzten.

Marschall Lefebvre agierte defensiv, auch in den Ebenen vor Innsbruck, anstatt mit den gut ausgebildeten Truppen die Initiative durch Angriffe auf seine Seite zu ziehen und an die Tiroler heranzugehen, die dort im Nahkampf den bayrischen Bajonetten in der Regel unterlegen waren. Erst am Nachmittag führten die Bayern einen Angriff gegen die Anhöhen des Bergisels. Das Zentrum der Tiroler geriet dadurch in Bedrängnis,

und Hofer führte daraufhin alle seine Reserven ins Gefecht, wodurch er die Krise meisterte und den Gegner in die Talebene zurückwarf. Der Marschall hatte es verabsäumt, seinerseits die bereitgestellten Reserven rechtzeitig heranzuführen, die nach einer Verstärkung des Erfolg versprechenden Angriffes das Zentrum der Tiroler hätten durchstoßen können. Diese zwei entscheidenden Führungsfehler, die defensive Ausrichtung und der Nichteinsatz der Reserven, kosteten Lefebvre vermutlich den Sieg. Am 15. August begann der neuerliche Rückzug der Franzosen und Bayern aus Tirol.³⁷⁾

Landsturm und Schützen hatten sich in diesen Kämpfen hervorragend bewährt. Ohne Abstützung auf reguläre Militäreinheiten war es ihnen gelungen, das Land zu befreien. Aber die Verluste, insbesondere auch unter der Zivilbevölkerung, waren beträchtlich. V.a. zeigt sich am Beispiel des Freiheitskampfes, dass Repressalien ein unwirksames Mittel zur Einschüchterung der Bevölkerung und des Gegners sind. Nachdem sich die Bayern wie bereits erwähnt mit den Tirolern im Frühjahr 1809 bei Schwaz schwere Gefechte geliefert hatten, gaben die Bayern als eindeutige Repressalie die Stadt zur Plünderung und Verwüstung frei und brannten sie schließlich nieder. Die erhoffte Einschüchterung trat dadurch jedoch nicht ein, der Volkszorn steigerte sich ins Grenzenlose, da jeder Sturmhaufen und jede Schützenkompanie befürchten musste, dass ihre Ortschaft dasselbe Schicksal ereilen könnte.

Die Tiroler kämpften also mit dem Mut der Verzweiflung als ihrer stärksten Triebfeder, das schweißte sie auch zusammen. In Ermangelung jeglicher militärischer Ausbildung nach einer vierjährigen Besatzungszeit mussten Schlachtpläne und sonstige Führungsmaßnahmen sehr einfach gehalten werden, Gefechtserfolge wurden dadurch oft nicht entsprechend ausgenutzt. Für die Landstürmer gab es nur den Angriff, im Sinne eines „Drauflos“, war dieser abgeschlossen, sahen sie in der Regel keine Verpflichtungen; allzu oft gingen die Kämpfer dann nach Hause oder feierten zuerst einmal ihren Sieg.

Diese Unerfahrenheit in militärischen Belangen, gepaart mit mangelnder Disziplin auch nach den Kämpfen, ließ dem Feind immer wieder die Möglichkeiten offen, sich neu zu formieren oder einer Vernichtung zu entkommen. Basis für den Erfolg im Gefecht bildet die militärische Disziplin. Alle Elitetruppen dieser Welt bauen ihren Erfolg in erster Linie auf diese Disziplin. Zur effizienten Führung von Gefechten bedarf es jedoch neben einer gediegenen charakterlichen Ausbildung des kontinuierlichen Trainings der Kämpfer, erstens um die Soldaten in den Einheiten aneinander zu gewöhnen und zweitens ihnen Gefechtsaufgaben von Sicherung, Verfolgung, Aufklärung, Überwachung usw. beizubringen. Verteidigung und Angriff müssen wie das Schießen permanent geübt werden. Daraus lässt sich ableiten, dass Landwehrmiliztruppen regelmäßiger Übungen bedürfen. Die einmalige Ausbildung und anschließende Beordnung in Reserveeinheiten ohne Übungsverpflichtung lässt das Gelernte bald vergessen. Zudem bietet diese Form der Reservenbildung den Offizieren keine Möglichkeiten, mit ihren Truppen zu üben.

Die Offiziere selbst sind zielgerichtet auf die Führung des Gefechts hin auszubilden. Die Wahl von Offizieren ohne Rücksicht auf militärisches Können erweist sich als kontraproduktiv, Abstimmungen u. dgl. über die Gefechtsführung wirken sich auf den Gefechtserfolg negativ aus. Zudem müssen Offiziere über die notwendige Autorität verfügen,

um Disziplinlosigkeiten ahnden zu können. Die Offiziere müssen also entsprechend geschult und die Mannschaften diszipliniert sein. In diesen Punkten geben die Ereignisse des Volksaufstandes von 1809 kein gutes Beispiel ab. Zahlreiche Gefechte hätten die Tiroler durch disziplinierte Kampfführung für sich entscheiden können, die so verloren gingen. Disziplin erzeugt zudem Vertrauen und Sicherheit in das Handwerk, weshalb bei Reserveeinheiten und Miliz größter Wert auf die Disziplinierung während der Ausbildung zu legen ist.

Allons enfants de la Patrie, le jour de gloire est arrivé!³⁸⁾

Tirol war nach diesem Sieg nun völlig auf sich allein gestellt. Grundsätzlich war das Land noch immer ein Teil Bayerns, allerdings war im Rahmen des Krieges und v.a. nach der Vertreibung der Besatzungsmächte die Zugehörigkeit des Landes zu Österreich proklamiert worden. Es galt während dieser Zeit noch immer der Waffenstillstand von Znaim, und die Tiroler konnten berechnete Hoffnungen hegen, dass das Land wieder Österreich zufallen würde; zudem hatte sich Kaiser Franz sehr deutlich in diese Richtung geäußert.³⁹⁾ Da keine österreichischen Beamten und Militärs zur Verfügung standen, die die Regierungsgeschäfte für Tirol hätten übernehmen können, aber die Ordnung nach den schweren Kämpfen rasch wieder hergestellt werden musste, um ein Abgleiten in die totale Anarchie - oder in die Verhältnisse eines „failing state“, um die gängige Terminologie zu verwenden - zu verhindern, übernahm Andreas Hofer als „Treuhand des Kaisers“ mit einigen Vertrauten aus zumeist bäuerlichen Kreisen die politische Führung des Landes, „so gut i's dermachen kann“.⁴⁰⁾

Diese in politischen Angelegenheiten nur mäßig gebildeten Personen waren mit dieser Aufgabe schwer überfordert und handelten nach ihrem Gutdünken, das sich auf eigene Erfahrungswerte aus dem Dorfleben und die dort vorherrschenden Sitten und Gebräuche stützte. - Die liberaler eingestellte Stadtbevölkerung von Innsbruck bezeichnete sie daher als das „Bauernregiment in der Hofburg“. So erließ Hofer beispielsweise Sittengesetze für die Stadtbevölkerung, die v.a. den Damen eine „züchtigere“ Bekleidung vorschrieben. Überhaupt war das Verhältnis zwischen den freisinnigen Stadtbewohnern von Innsbruck und der konservativen Landbevölkerung während der gesamten Erhebung nicht unproblematisch. Hofers Hauptziel allerdings war es, dass die „tyrolische Nation“ wieder zum „Glück seiner alten Grundverfassung unter dem milden österreichischen Scepter“ zurückkehren müsse.⁴¹⁾ Alleine aus dieser Haltung ist erkennbar, dass seitens des bayrischen Besatzungsregimes schwere Fehler in der Behandlung der Bevölkerung begangen worden waren und der gesamte Aufstand unter anderen Vorzeichen wahrscheinlich hätte verhindert werden können, denn nirgendwo sonst in Europa kam es während dieser Zeit zu derart gewaltigen Volkserhebungen, die dem spanischen Muster folgten. Dabei war die spanische Erhebung von 1808 durch die Kriegspropaganda der Koalition als nachzuahmendes Vorbild für den Krieg gegen Napoleon von 1809 bezeichnet worden, man hatte überall in den besetzten Gebieten für Volkserhebungen massiv geworben.

Für Bayern und Frankreich war an eine Wiedereroberung Tirols vorerst nicht zu denken, denn trotz des Waffenstillstandes waren die Truppen noch auf den einzelnen Kriegsschauplätzen gebunden. Auch die Tiroler blieben kampfbereit,

hielten die Pässe besetzt und zahlreiche Schützen als quasi stehendes Heer bereit. Ein Ende dieses ungewissen Zustandes brachte der Frieden von Schönbrunn zwischen Frankreich und Österreich am 14. Oktober 1809. Kaiser Franz musste in diesem für Österreich harten Frieden unter anderem auch auf Tirol verzichten. Noch am selben Tag ordnete Napoleon die Unterwerfung Tirols an, mit einer Streitmacht in der Stärke von 50.000 Mann sollte das Land in die Knie gezwungen werden.

Die immer deutlicher durchscheinende Hoffnungslosigkeit, mit dem Krieg auf sich allein gestellt zu sein, in einigen Gebieten der Verzicht der Besatzer auf Vergeltungsmaßnahmen und die allgemeine Kriegsmüdigkeit ließen viele Tiroler eine Beendigung der Kämpfe in Erwägung ziehen. Es bildeten sich zwei Lager heraus, die einen, die für die Einstellung der Kampfhandlungen plädierten, und die anderen, die darin eine Schande sahen. V.a. aber sahen Letztere noch eine realistische Chance, den Krieg um Tirol mit einem Sieg zu beenden.

Andreas Hofer war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr Herr der Lage; der Friedensschluss von Schönbrunn und die Wiederbesetzung Innsbrucks durch französische Truppen ab 24. Oktober hatten ihm psychisch einen schweren Schlag versetzt. Verzweiflung und Ratlosigkeit bestimmten hinfert sein Handeln, er war zwischen den Lagern hin und her gerissen, stimmte einmal einer Kapitulation zu, widerrief sie dann wieder und schwankte so in seinen Anordnungen, dass sich die Unsicherheit auch auf die kämpfenden Teile übertrug und manche von ihnen den Krieg eigenständig beendeten. Letztendlich stellte er sich am 1. November noch einmal den Franzosen und Bayern zur Schlacht - es sollte noch einmal ein Tag des Ruhmes für Tirol werden: „*Die allgemeine militärische Lage vor dem letzten Bergiseltreffen war nicht hoffnungslos. Wären ein wohldurchdachter Angriffsplan und eine einheitliche, energische Führung vorhanden gewesen, hätte sich ein entscheidendes Gefecht mit dem voraussichtlich gleichen Erfolg für die Landesverteidiger wie die übrigen Bergiseltreffen entwickeln können. Denn die Zahl der Kämpfer war wohl vorhanden, aber der Mangel an Ordnung, Geschlossenheit und zum Teil auch an Kampfesstimmung und an tüchtigen Unterführern ließ es nur zu einzelnen Gefechten kommen.*“⁴²⁾

Chaotische Zustände und unklare Befehle in der Gefechtsführung, gepaart mit der ohnehin immer mangelhaften Disziplin der Landstürmer, wurden durch die nunmehr hinzukommende Kriegsmüdigkeit negativ verstärkt. Das Feuer des Freiheitskampfes brannte nur mehr mit kleiner Flamme, verflogen waren der wilde Enthusiasmus und das unbändige Vorwärtsdrängen aus den Sommertagen. Zudem hatte auch der Gegner gelernt und riss von Beginn an die Initiative an sich. Die Bayern waren nun diejenigen, die angriffen, und innerhalb von zwei Stunden war das Treffen zu ihren Gunsten entschieden. Einige kleinere Gefechte in den Folgetagen konnten keine Wende mehr erzielen - der Krieg war verloren. Bis in den Dezember hinein wurde stellenweise noch gekämpft; deshalb griffen auch einige französische Kommandanten mit Repressalien sehr hart durch. In den meisten Landesteilen jedoch war Ruhe eingekehrt. Napoleon ließ das Land dreiteilen, der Norden blieb bei Bayern, der Süden fiel an das Königreich Italien, der Raum Osttirol an die Illyrischen Provinzen. Die Bayern vermieden ein rigoroses Abrechnen und versuchten die Lage

zu beruhigen. Dennoch erhöhten sie die Steuerlast noch mehr, schlossen die Innsbrucker Universität, auch die Dienstpflicht beim Militär blieb.⁴³⁾ Die Anführer des Aufstandes wurden steckbrieflich verfolgt. Viele Schützenkommandanten wurden von den Exekutionskommandos hingerichtet. Während es manchen unter ihnen, wie Speckbacher und Haspinger, gelang, Tirol zu verlassen und nach Österreich ins Exil zu gehen, blieb Andreas Hofer im Land, versteckte sich, wurde verraten, gefangen genommen und außer Landes verbracht. Napoleon selbst ordnete seine unverzügliche Hinrichtung an. Hofer wurde am 19. Februar 1810 in der norditalienischen Festung Mantua nach kurzer Gerichtsverhandlung durch ein Exekutionskommando erschossen.

Epilog

Nach der Niederwerfung Napoleons fielen alle Teile Tirols mit dem 26. Juni 1814 wieder an Österreich, mit dem Jahr 1816 wurde das Land sogar noch vergrößert, hinzu kamen Gebiete des ehemaligen Erzbistums Salzburg, wie beispielsweise das Zillertal. 1823 schließlich transportierten Soldaten der Kaiserjäger die Gebeine Andreas Hofers von Mantua nach Innsbruck; eine feierliche Bestattung in der Hofkirche war die Folge und gab den Ausschlag für die Heldenverehrung des Freiheitskämpfers von 1809.⁴⁴⁾ Die Tiroler haben um ihre Freiheit gekämpft, die Erhaltung ihrer Kultur und ihrer Eigenheiten. Man mag nun im Nachhinein darüber hadern, ob dies die vielen Opfer rechtfertigt oder nicht. Allerdings können die Ergebnisse aus diesem Volksaufstand nur als Lehre für die kommenden Zeiten herangezogen werden. Und wenn es soweit ist, wird zunächst die Frage gestellt werden: Kann man Willkür, Ausbeutung und brutale Knechtschaft weiter ertragen oder nicht? Wenn man nach eingehender Beurteilung zum Schluss kommt, dass es notwendig ist, aufzustehen und sich zu wehren, dann muss man bereit sein, auch die Konsequenzen hinzunehmen. Es erübrigt sich also eine Diskussion im Nachhinein, wenn sie nicht auf Zukünftiges hinzielt.

Militärstrategisch gesehen war der Volksaufstand beispielgebend, hatten doch die Tiroler Napoleon und seinen Verbündeten langen und zähen Widerstand entgegengebracht, wie sonst kaum ein Land dies vermocht hatte. Zudem war es von vornherein keineswegs aussichtslos, einen solchen Krieg gewinnen zu können. Allerdings konnte auch dieser Freiheitskampf nur im Konzert mit anderen Mächten gelingen, denn ausschließlich auf sich alleine gestellt wären die Erfolgsaussichten nicht gegeben gewesen. Mit dem Wegfall der Unterstützung durch die Verbündeten war auch das Schicksal der Tiroler de facto besiegelt.

Der Volksaufstand nach spanischem Vorbild hat nur in Tirol Aussichten auf Erfolg gezeigt. Dies ist auf den Umstand der seit Jahrhunderten gepflogenen Tradition der allgemeinen Wehrpflicht zurückzuführen. Die Bürger waren seit jeher im Umgang mit Waffen geschult, und ihnen war v.a. bewusst, dass es ihre Pflicht sein würde, ihr Land selbst zu verteidigen. Die Tiroler konnten nie zwingend auf die Hilfe durch reguläres Militär hoffen, da ihnen mit dem Landlibell die Landesverteidigung als ureigenste Aufgabe übertragen worden war. Dieser Umstand machte die eigentliche Qualität des Aufstandes aus. Es waren Schützen vorbereitet, die im Gebirge zu kämpfen verstanden, und für alle anderen war es eine Selbstverständlichkeit, sich beim Läuten der Sturmglocken als Milizen bewaffnet zu scharen. Die

Menschen waren also wehrfähig durch langjähriges Praktikum (auch wenn dies während der vierjährigen Bayernherrschaft nur partiell praktiziert worden war) und sie waren wehrwillig, weil sie ihr Gemeinwesen gefährdet sahen. Der wehrhafte Bürger Tirols war die eigentliche Herausforderung für die französischen und bayrischen Truppen.

Wenn die EU heute mit der Aufstellung von besonderen Verbänden (*battle groups*) begonnen hat, so sind diese militärischen Elemente zum Zwecke der Möglichkeit ihrer Außenwirksamkeit etabliert. Die Verteidigung Europas gegen einen potenziellen Aggressor liegt jedoch nach wie vor in nationaler Hand. Es erscheint zwar gegenwärtig eine solche Notwendigkeit zur Landesverteidigung nicht gegeben, es herrscht relativer Frieden, dies heißt jedoch nicht, dass sich die Umstände nicht schon bald wieder in die eine oder andere Richtung verändern können. Wann dies der Fall sein wird, wissen wir nicht, aber wir sollten dafür gerüstet sein. Effizient erreicht dies der Staat durch die Vorbereitung seiner Bürger auf diesen Fall, indem er jedem das Recht auf Wehren zubilligt und die Bevölkerung zur Landesverteidigung in die Pflicht nimmt. Der Aufbau einer solcherart gut ausgebildeten Landmiliz ist der Garant für den Bestand des Gemeinwesens und soll daher strategisches Ziel jedes Staates sein. Die tapferen Tiroler des Jahres 1809 waren dafür beispielgebend.

ANMERKUNGEN:

- 1) „Freiheit, geliebte Freiheit, kämpfe mit Deinen Verteidigern...“ Die nachfolgenden Kapitelüberschriften sind allesamt der französischen Nationalhymne entnommen. Die „Marseillaise“ war das Schlachtlied gegen die Angreifer zur Niederwerfung der Revolution. Die Franzosen wehrten sich als Volk gegen die Besetzung durch fremde Truppen, ebenso taten es die Tiroler, woraus sich eine gewisse Affinität der Verhältnisse ergibt; zudem soll versinnbildlicht werden, wie nahe revolutionäre Aufwallungen innerhalb eines Gemeinwesens und Volkserhebungen gegen eine Besatzungsmacht nebeneinander stehen, da für beide ähnliche Parameter gelten.
- 2) Carl v. Clausewitz: Vom Kriege, Bonn 1991, S.969-971.
- 3) Siehe dazu: Andreas W. Stupka: Strategie denken, Wien 2008, S.59-72.
- 4) G.W.F. Hegel: Werke Bd. 12, Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, Frankfurt am Main 1986, S.533.
- 5) Vgl.: Clausewitz, a.a.O., S.634
- 6) Diese Volkserhebung in Spanien, also eine weitere Front im Rücken Frankreichs, die zahlreiche Truppen binden sollte, hat 1809 in Wien zu dem Entschluss geführt, einen neuerlichen Krieg gegen Napoleon zu beginnen. Siehe dazu: Rudolf, Karl Friedrich: Der spanische Unabhängigkeitskrieg 1808-1814. In: Brigitte Mazohl, Bernhard Mertelseder (Hrsg.): Abschied vom Freiheitskampf?, Innsbruck 2009, S.77.
- 7) vgl.: Stupka, a.a.O., S.38f.
- 8) Michael Forcher: Anno Neun, Innsbruck 2008, S.11.
- 9) ebenda S.18.
- 10) Siehe dazu Reinhard Heydenreuter: Tirol unter dem bayrischen Löwen, Regensburg 2008, S.119-123.
- 11) Karl Paulin: Andreas Hofer, Innsbruck 1996, S.17.
- 12) Forcher, a.a.O., S.21.
- 13) Vgl.: Oswald v. Gschließer: Die militärischen Beziehungen zwischen Tirol und dem Haus, bzw. späteren Staat Österreich seit 1363. In: Österreichische Militärische Zeitschrift Sonderheft 1/1963 (Beilage zu Heft 5/1963), S.5.
- 14) „Zu den Waffen Bürger, schließt die Reihen!“
- 15) Zitiert in: Viktor Schemfil: Der Tiroler Freiheitskrieg 1809, Innsbruck 2007, S.19.
- 16) Vgl. ebenda S.17f.
- 17) Forcher, a.a.O., S.47.
- 18) Schemfil, Viktor: Der Tiroler Freiheitskrieg 1809, Innsbruck 2007, S.147.
- 19) Vgl.: Schemfil, Viktor: ebenda, S.20f.
- 20) Vgl.: Reichl, Thomas: Die österreichische Landwehr 1809. In: Truppen dienst 1/2009, S.14.
- 21) Schemfil, a.a.O., S.22.
- 22) G.W.F. Hegel: Werke Bd. 1, Frühe Schriften, Frankfurt am Main 1994,

S.472f.

- 23) Die Landeshauptleute Günther Platter und Dr. Luis Durnwalder. In: Broschüre zum Tiroler Landesschießen 2009, herausgegeben vom Tiroler Landesschützenbund, S.5.
- 24) Vgl.: Rudolf Sturmlechner: Die Nationalgarde der USA am Beispiel der 41. Infanteriebrigade aus Oregon. In: Österreichische Militärische Zeitschrift 2/2009, S.166.
- 25) „Vorwärts, marschieren wir! Das unreine Blut tränke unserer Äcker Furchen...“
- 26) Gert Ammann, Michael Forcher: 1809 Der Tiroler Freiheitskampf, Meran 1984, S. 15.
- 27) Ernst M. Praxmarer: Eine Frage der Ehre, Innsbruck 2008.
- 28) Vgl.: Forcher, Anno Neun, a.a.O., S.33.
- 29) Zitiert in: Conrad Nüscheler: Rückblick auf die kriegerischen Ereignisse in Tirol im Jahre 1809. In: Organ der militär-wissenschaftlichen Vereine XIX. Band 1879, S.288.
- 30) Vgl.: Schemfil, a.a.O., S.157f.
- 31) Zitiert in: Ammann, Forcher, a.a.O., S.20.
- 32) Zitiert in: Geschichtliche Skizze der Kriegereignisse in Tirol im Jahre 1809, Verfasser unbekannt. In: Österreichische Militärische Zeitschrift, Heft 9/1833, S.291.
- 33) Vgl.: Schemfil, a.a.O., S. 33.
- 34) Zitiert ebenda, S.33f.
- 35) Zitiert in: Forcher, Anno Neun, a.a.O., S. 70.
- 36) Zitiert ebenda, S.48f.
- 37) Vgl.: Schemfil, a.a.O., S.225.
- 38) „Auf, Kinder des Vaterlands, der Tag des Ruhms ist da...“
- 39) Im so genannten „Handbillet von Wolkersdorf“ hatte der Kaiser versichert, nie mehr einen Frieden unterzeichnen zu wollen, der Tirol von Österreich trennt. Vgl.: Forcher, Anno Neun, a.a.O., S.55.
- 40) Zitiert ebenda, S.80.
- 41) Zitiert in: Astrid v. Schlachta: Die „Verfassung“ des Landes - ein Erinnerungsort in der politischen Kommunikation in Tirol. In: Mazohl, Mertelseder (Hrsg.), a.a.O., S.133.
- 42) Schemfil, a.a.O., S.250f.
- 43) Vgl.: Forcher, Anno Neun, a.a.O., S.110-112.
- 44) Vgl. ebenda S.115.

MMag. Dr. Andreas W. Stupka

Geb. 1963; Oberst des Generalstabsdienstes; 1982 Eintritt in die Streitkräfte; 1984-1987 Offiziersausbildung an der Theresianischen Militärakademie zu Wiener Neustadt; 1987-1994 Truppendienst Fliegerabwehr und Infanterie; 1994-1997 Generalstabsausbildung an der Landesverteidigungsakademie zu Wien; ab 1997 Hauptleutnant und Lehrgangskommandant an der Landesverteidigungsakademie; Studium Politikwissenschaft/Philosophie Universität Wien, 2002 Promotion Dr. phil.; abgeschlossene Journalistenausbildung/Medienakademie Salzburg; ab März 2001 Chefredakteur/ÖMZ; 2003-2004 Bataillonskommandant; 2005-2006 Chief of Staff/UNDOF; seit September 2008 Leiter des Institutes für Human- und Sozialwissenschaften/IHSW an der Landesverteidigungsakademie.

Die Schlacht im Teutoburger Wald

Strategische Überlegungen zur „clades variana“

Eberhard Birk

„*Quintilius Varus, gib mir meine Legionen wieder!*“¹⁾
(Augustus)

„*Die Varusschlacht ist ein Rätsel, nicht militärisch, aber politisch.*“²⁾
(Theodor Mommsen)

Am Anfang war die Niederlage, die der junge Cherusker-Fürst Arminius dem römischen Imperium im Jahre 9 n. Chr. im *saltus teutoburgiensis*³⁾ „*nicht in den ersten Anfängen der Macht, wie andere Könige und Heerführer, sondern in der höchsten Blüte des Reiches*“⁴⁾ zufügte. Für den römischen Geschichtsschreiber Tacitus war er damit „unstreitig der Befreier Germaniens“⁵⁾. Selbst wenn Rom schon oft verheerende Niederlagen erlitten hatte, bei Cannae 216 v. Chr. - beide Schlachten sollen an einem 2. August stattgefunden haben⁶⁾ - ein Mehrfaches an Verlusten an einem Tag zu beklagen hatte, so traf der Verlust der drei niemals wieder aufgefüllten Legionen XVII, XVIII und XIX, sechs Reiterabteilungen (Alen) und sechs Kohorten der Auxiliartruppen - insgesamt ca. ein Achtel der römischen Gesamtstreitkräfte - in der „Schlacht im Teutoburger Wald“ eine antike imperiale Supermacht, die sich in ihrer Selbstwahrnehmung als den Endzweck der Geschichte betrachtete; nur sie würde - nach Plinius - „*die unermessliche Majestät des römischen Friedens*“⁷⁾ - die *pax romana* - garantieren können, womit sich ein zivilisatorischer Missionierungsauftrag verband. Eine derart heilsgeschichtlich angelegte Teleologie benötigte bei einem dramatischen Einbruch einen Schuldigen. Dass die Niederlage gegen „Barbaren“ erfolgte, musste folglich mit einem eklatanten Versagen des Verantwortlichen zu tun haben. Die Niederlage des römischen Legaten und Statthalters Publius Quintilius Varus wurde so zu einer individuellen, so ging die Schlacht - eine Ausnahme in der Kriegsgeschichte - als die Niederlage des Varus, als „clades variana“, in die Annalen ein.

Dem gegenüber stand mit Arminius eine junge „germanische Lichtgestalt“, deren historiografische, aber auch politische Würdigung in Jubiläumjahren und Denkmals-einweihungen sich in einem Spannungsfeld zwischen dem taciteischen Diktum „Befreier“, dem römischen „Verräter“ und der historiografischen Feststellung „Meuterer“⁸⁾ bewegte. Grundsätzlich beruhte das historische Interesse an Arminius auf zwei zentralen Gründen: seiner Rolle als „Befreier Germaniens“ respektive als Gegenspieler römisch-augusteischer Außenpolitik und seiner ideologischen Bedeutung für das sich aus seiner Germanenzentriertheit entwickelnde deutsche Nationalbewusstsein seit dem Renaissance-Humanismus im Zuge der (Wieder-)Entdeckung der „Germania“ des Tacitus.⁹⁾

Aufgrund der Tatsache, dass keine Ego-Dokumente Arminius' - nicht einmal der germanische Eigenname des Arminius ist bekannt -, oder für das Thema relevante germa-

nische Schriften überliefert sind, lediglich römische Quellen vorliegen, diese einerseits einem zu späteren innenpolitischen Perzeptionen und Schuldzuschreibungen benutzten Wandel unterlagen und die erhaltenen weniger für die Beschreibung „wie es eigentlich gewesen“¹⁰⁾ erstellt wurden - sie wählten vielmehr einen Ansatz der schicksalhaft-rhetorisch überhöhten Erklärung und wollten dabei einen erzählerischen Spannungsbogen konstruieren¹¹⁾ -, entwickelte sich eine große Spannbreite möglicher Deutungen, die weniger seiner ungesicherten Biografie als vielmehr seiner facettenreichen „Bedeutung“ und Vorbildfunktion galten. So war die Rezeptionsgeschichte der Varusschlacht mit ihren unterschiedlichen „nationalpädagogischen“ Deutungen und Instrumentalisierungen geeignet, den römischen Deutungen und der „germanischen“ Mythenbildung - der historische Arminius soll demnach ein Urtyp der Siegfried-Gestalt im Nibelungenlied sein¹²⁾ - auch noch eine ahistorische deutschnationale Perspektive zur Seite zu stellen.¹³⁾

Darin wurde er als multifunktional interpretierbarer mythischer „Urvater“ zu einer Negativfolie für stets auf zeithistorische Erfordernisse ausgelegte politische Zielsetzungen: Den Reformatoren um Luther - er hatte „*in von hertzen lib*“¹⁴⁾ - und Melanchthon war er als „der deutsche Hermann“ ein Vorbild - einst das römische Imperium, nun der Machtanspruch der Kirche, einst die politische, nun die religiöse Unterdrückung, einst Tributzahlungen, nun Ablasshandel. Ulrich von Hutten stellte Arminius gar über die drei größten Feldherren der Antike - Alexander den Großen, Hannibal und Scipio Africanus. Trotz eines im konfessionellen Zeitalter unternommenen Versuchs der Sakralisierung Arminius' in Anlehnung an die Bildsprache des Alten Testaments als einen David, der gegen den übermächtigen Goliath als Sieger hervorging, war einer derartigen Umdeutung kein Erfolg beschieden, da die Reichsgewalt nach der christlichen Weltreichlehre bekanntlich erst mit Karl dem Großen im Jahre 800 von den Römern auf die „Germanen“ übergang - eine Vorwegnahme der Idee der „*translatio imperii*“ wäre in einem als Heilsgeschichte angelegten Prozess ein unerklärlicher Defekt des göttlichen Ratschlusses gewesen.¹⁵⁾

Nationalpatrioten zur Zeit französischer Suprematie galt Arminius daher als weltlicher, deutsch-germanischer Urvater, der einer „nationalen“ Geschichte unverzichtbare Tiefe, gar antike Wurzeln verlieh. Auch die „Zeit der Erhebung“ gegen Napoleon in den so genannten Befreiungskriegen erblickte in ihm ein unverzichtbares nationales Vorbild, in

den Franzosen auch noch nach dem dritten der so genannten Reichseinigungskriege gegen einen „Erbfeind“ Römer, und in der frisch gegründeten politischen Nation der Deutschen die Verwirklichung früher germanischer Sehnsüchte - die erinnerungspolitisch aufgeladene Summe war das 1875 eingeweihte Arminius-Denkmal nahe Detmold mit dezidiert politischer Frontstellung nach Westen. Kaiser Wilhelm I. wurde zu einem späten und alten Arminius;¹⁶⁾ er erreichte, woran Arminius noch gescheitert war - mit dem Sieg gegen einen äußeren Feind einte er die „germanisch-deutschen Stämme“. Den „Irrungen und Wirrungen“ deutscher Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts folgte geradezu logisch zur Zeit der Weimarer Republik respektive der Übergangsphase vom Kaiserreich zur Republik und der „Dolchstoßlegende“ - Arminius wurde nun mit dem deutschen Feldheer gleichgesetzt; beide durch Heimtücke bezwungen - die Hinwendung zum Verrats-Topos, bevor die nationalsozialistische „Blut- und Boden“-Rassenideologie einerseits die germanischen Wehrbauern „auf den Schild“ hob, andererseits mit Hitler einen „Führer“ besaß, der eines Arminius nicht bedurfte und ihn wegen des italienischen „Duce“ als Verbündeten auch nicht mehr präsentieren wollte. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die wissenschaftliche Beschäftigung mit germanischen Themen- und Fragestellungen zunächst diskreditiert. Politisch opportun schien Arminius als nationale Integrationsfigur trotz der „geteilten Nation“ auch nicht mehr, wollte die junge Bundesrepublik doch gerade mit Frankreich und Italien sowie den Benelux-Staaten auf den Wurzeln des antiken römischen und christlich-lateinischen Erbes ein neues Europa gründen. Für ein postnationales und postheroisches Selbstverständnis war und ist der „Arminius-Topos“ kontraproduktiv. Nur noch für die sozialistische DDR sicherte der Erfolg Arminius' eine „*eigenständige sozialökonomische und ethnische Entwicklung*“.¹⁷⁾

Die wissenschaftliche Diskussion um die Varusschlacht - mehr erschwert als erleichtert durch die verwirrende Vielfalt vermeintlicher Entdeckungen des Schlachtfeldes, von denen es, in der Regel durch (über)engagierte Lokal- und Heimatforscher, ca. 700 geben soll¹⁸⁾ - verlagerte sich spätestens seit den Funden von Kalkriese im Jahre 1987, die der Forschung einen starken Auftrieb gaben,¹⁹⁾ weitgehend auf archäologisches Terrain, bevor in den Jahren vor der 2000. Wiederkehr der Varusschlacht ein wahrer Boom an Veröffentlichungen festzustellen ist.²⁰⁾

Schlachten sind in ihrer historiografischen Bedeutung punktuelle Verdichtungen, sie sind kein Selbstzweck, sondern nur im Rahmen einer politisch-militärischen Strategiebildung von Bedeutung. Daher soll hier die strategische Perspektive im Fokus stehen, zumal eine militärhistorische Analyse selbstverständlich erst dann erfolgen kann, wenn der tatsächliche Ort des Geschehens bekannt ist. Gerade diese ungesicherte Situation stellt viele Schilderungen auf die gleiche Stufe wie die insgesamt acht überlieferten, zum Teil Topoi-reichen Schilderungen antiker Autoren, die mehrere Jahrzehnte respektive zwei Jahrhunderte nach der Schlacht ohne Ortskenntnis diese beschrieben haben.²¹⁾ Noch Hans Delbrück, der mit seiner „Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte“ den Klassiker moderner Militärgeschichtsschreibung schuf, verstieß bei der Bemessung germanischer Feldherrntätigkeit gegen diesen Grundsatz, wenn er erklärt: „*Die Geschichte der Kriegskunst als solche hat ein direktes*

Interesse an der Feststellung des Schlachtfeldes im Teutoburger Walde nicht.“²²⁾

Dieses Diktum ist jedoch insofern verständlich, wenn anstelle des taktischen Verlaufs - stets bezogen auf Gelände, Gefechtswert der Truppen und Intention sowie Führungsfähigkeit des kommandierenden Feldherrn - dem politisch-strategischen Handlungsrahmen der erkenntnistheoretische Vorzug eingeräumt wird: Schlachten können - müssen aber nicht - politisches Handeln beeinflussen. Selbst der sich anschließende Rache- und Vergeltungsfeldzug des Germanicus - „*mehr zu dem Zweck geführt, die Schmach jenes unter Quintilius Varus verlorenen Heeres zu tilgen, als aus dem Verlangen, das Reich weiter auszudehnen oder sonst zu einem würdigen Zweck*“²³⁾ - blieb trotz einiger Erfolge auf dem Schlachtfeld nicht von entscheidender Relevanz - im Gegenteil; er wurde vom neuen Kaiser Tiberius abberufen: „*Was immer die sachlichen und persönlichen Motive gewesen sein mögen, wir stehen hier an einem Wendepunkt der Völkergeschichte.*“ Dieses oft zitierte Urteil des Althistorikers Theodor Mommsen in seiner „Römischen Geschichte“ aus dem Jahr 1885 relativierte einerseits die Bedeutung der Schlacht des Jahres 9 n. Chr., beurteilt andererseits zutreffend den Sachverhalt, dass der Augustus folgende Kaiser Tiberius, selbst ehemals erfolgreicher Feldherr in Germanien, und damit Rom trotz sofortiger Aushebung von fünf neuen Legionen nach der Schlacht und trotz der Erfolge des Germanicus, von der strategischen Aussichtslosigkeit respektive zu großen finanziellen und politischen Kostspieligkeit des Unterfangens überzeugt, das germanische Abenteuer beendete. Den römischen Ansätzen gegenüber ist der strategische Horizont Arminius' weitgehend unbekannt geblieben. Daher sollen hier, ausgehend von Selbstverständnis, Weltbild und Politik des römischen Imperiums unter Augustus, über die Kontrahenten in der Schlacht im Teutoburger Wald und der „*clades variana*“ , strategische Optionen des Arminius entwickelt und skizziert sowie kritisch auf ihre Plausibilität hinterfragt werden, um zu einem „strategischen Fazit“ zu gelangen.

Strategische Voraussetzungen: Weltbild und Politik des Imperiums unter Augustus

Das römische Selbstverständnis zur Zeitenwende ist in den „*Res gestae*“ des Augustus, seinem Tatenbericht, zusammengefasst: „*Das Gebiet aller Provinzen des römischen Volkes, die Volksstämme zu Nachbarn hatten, die nicht unserem Befehl gehorchten, habe ich vergrößert. Die Provinzen Galliens und Spaniens, ebenso Germanien habe ich befriedet, ein Gebiet, das der Ozean von Gades bis zur Mündung der Elbe umschließt. Die Alpen ließ ich von der Gegend, die der Adria zunächst liegt, bis zum Tyrrhenischen Meer befrieden, wobei mit keinem Volk widerrechtlich Krieg geführt wurde. Meine Flotte fuhr von der Mündung des Rheins über den Ozean in östliche Richtung bis zum Land der Kimbern. Dorthin war zu Wasser und zu Lande bis zu diesem Zeitpunkt noch kein Römer gekommen. Die Kimbern (...) und andere Volksstämme aus diesem Landstrich erbatene durch Gesandte meine und des römischen Volkes Freundschaft.*“²⁴⁾

Damit umriss er die geografischen Kriegsschauplätze, betont die Legitimität der Eroberungen durch „gerechte Kriege“²⁵⁾ sowie die politisch-diplomatischen und militärischen Leistungen und hebt durch die Topoi-behaftete Nennung der allein maritim-ozeanischen Begrenzungen den Oikumene-Charakter des

römischen Weltherrschaftsanspruchs hervor, der auch bei den Dichtern Vergil und Horaz literarisch verewigt wurde²⁶⁾ - und er übergeht die „clades variana“, eine „schwere, schimpfliche Niederlage“²⁷⁾ durch ein trotziges „ebenso Germanien habe ich befriedet“, um anschließend besonders und im Einzelnen seine weiteren außenpolitischen Erfolge hervorzuheben,²⁸⁾ die im Umkehrschluss geradezu die Verzweiflung über den Misserfolg des Varus dokumentieren.

Auch zur Zeit des Prinzipats des Augustus war,²⁹⁾ wie bereits seit Sulla, Pompeius und Caesar, die Alleinherrschaft mit militärischem Erfolg auf dem Schlachtfeld zu legitimieren - eine „von der Tradition der Republik und von Caesar aufgebürdete Pflicht zur Weltherrschaft“³⁰⁾ die auch Livius beschwor: „Geh, sage den Römern, dass es der Götter Wille ist, dass mein Rom das Haupt der Welt sein soll; lass sie daher die Kunst des Kriegführens üben und lass sie wissen und ihren Nachfahren überliefern, dass keine menschliche Macht den römischen Waffen widerstehen kann.“³¹⁾ Individuelle, zur Machtausübung unverzichtbare *auctoritas* verpflichtete ihn als „Imperator Caesar Divi filius Augustus“ - so seine offizielle Anrede - in besonderer Weise zu außerordentlichen außenpolitischen Taten, die dem römischen Selbstverständnis geschuldet waren: „Hier liegt das Motiv, warum dieser persönlich so unkriegerische Mann die Grenzen des Imperiums so ausweitete wie kein Römer vor oder nach ihm: Die universale Ausdehnung des beherrschten Raumes begründete die beanspruchte Rolle des Weltbeherrschers in für alle unangreifbarer Weise.“³²⁾

Dieser Weltherrschaftsanspruch war indes nie so zu verstehen, als sei er identisch mit der realen politischen Kontrolle und Machtausübung über die den Römern bekannte geografische Welt - das „Goldene Zeitalter“ Roms unter der Ägide des Augustus war vielmehr ein kriegerisches: „Die Paradoxie, dass einerseits fast ununterbrochen Krieg geführt und andererseits der Pax Augusta Referenz erwiesen wurde, löst sich auf, wenn man bedenkt, dass die Kriege an der Peripherie stattfanden und das Ziel verfolgten, den Frieden im Binnenraum des Reiches zu sichern und zu gewährleisten.“³³⁾

Der Ausgleich mit dem Parther-Reich im Jahre 20 v. Chr.,³⁴⁾ den Augustus propagandistisch überhöht durch einen Triumphbogen auf dem Forum darstellen ließ, bedeutete machtpolitisch-strategisch eine Abgrenzung der Interessensphären. Der De-facto-Verzicht auf das „alexandrinische Erbe“, d.h. die Ausdehnung des Weltherrschaftsanspruchs im Osten, das seit Pompeius und Caesar einen dem römischen Selbstverständnis immanenten Imperial-Topos darstellte, eröffnete Augustus den Handlungsspielraum für die Angriffskriege gegen Germanien, die einen Zeitraum von 12 v. Chr. bis 16 n. Chr. umfassten.³⁵⁾ Sie sollten die Außengrenze des Imperiums vom Rhein auf die Elbe-Donau-Linie verkürzen und damit den geografischen Abschluss eines umfassenden Sicherheitskonzeptes bilden, das potenzielle Herausforderungen mit realen gleichsetzte und durch einen vorbeugenden politisch-strategischen Pazifizierungscharakter im Sinne der missionarischen Idee der *Pax Romana* geprägt war, ohne dass die römischen Eliten je auf eine Refinanzierung der Kriegskosten oder andere finanzielle Repressionen in den unterworfenen Gebieten verzichtet hätten.

Trotz der Einbindung Galliens in den römischen Reichsverbund durch Caesar in den Jahren 58-50 v. Chr., durch die der Rhein zur Grenze zwischen dem Reich und Germanien wurde, kam es zu gelegentlichen Störungen, was besonders im Jahr

17/16 v. Chr. nach der Niederlage des Legaten Marcus Lollius und dem Verlust der V. Legion gegen in Gallien einfallende germanische Stämme deutlich wurde. Auch ließ Augustus im Sinne einer strategischen Vorfeldsicherung 15 v. Chr. das nördliche Alpenvorland bis zur Donau unterwerfen, sodass Rom über natürliche Grenzen verfügte, hinter denen „Germanien“ lag. Germanien war neben allen möglichen Deutungen³⁶⁾ zunächst ein geografischer - vom Rhein bis zur Weichsel -, nicht politischer oder ethnografischer Begriff, vielmehr eher ein „Lückenfüller“, den Caesar zwischen Kelten, i.e. Galliern, und Skythen in Form eines dritten Großethnos nördlich der Alpen einfügte, ohne dass man dem Rhein die Qualität einer ethnischen Grenze, und den zahlreichen, auf ca. 40 geschätzten unterschiedlichen germanischen Stämmen ein gesamtgermanisches Selbstverständnis zusprechen könnte.³⁷⁾

So vage die römischen Germanen-Bilder waren, so düster waren großteils ihre Vorstellungen des Landes ostwärts des Rheins: „Das Land selbst ist durch zahlreiche Flüsse unwegsam, wegen zahlreicher Gebirge rau und wegen der Wälder und Sümpfe über weite Teile unzugänglich.“³⁸⁾ Auch Tacitus führt in seiner „Germania“ aus: „Das Land ist zwar im einzelnen recht unterschiedlich, doch im ganzen gesehen teils durch seine Urwälder schaudererregend, teils durch seine Sümpfe widerlich.“³⁹⁾ Beide Schilderungen beschreiben damit Topoi, die später auch in den Berichten über die Varusschlacht wiederkehren. Die Realität sah jedoch anders aus: Zwar waren weite Teile der norddeutschen Tiefebene von Mooren durchzogen und die Mittelgebirge bewaldet; zwischen beiden lagen jedoch auch „offene Landschaften mit einem dichten Netz von Siedlungen“, verkehrstechnisch „durch ein funktionierendes prähistorisches Wegenetz und die Wasserwege erschlossen“⁴⁰⁾ - dies jedoch nicht für die Bedürfnisse marschierender römischer Legionen. Durch Eroberungen, Expeditionen und Austausch mit verbündeten Stammesführern etc. verfügte aber „die römische Führung über viel mehr internes Wissen (...) als in der Literatur zutage tritt.“⁴¹⁾

Die Hervorhebung des Urwald- respektive Dschungel-Topos hat indes einen realen Hintergrund: Gebirgslandschaften können über Höhenzüge und Pässe - verstanden als ‚Checkpoints‘ - „kontrolliert“ werden, Wüsten- und Steppengebiete sind „offen“, und bei defensiver Ausrichtung risikoarm, d.h. ohne metropol-urbane Kraftquelle im Hinterland ohne strategisches Gefahrenpotenzial; von schwer zugänglichen Wäldern und Sümpfen geprägte Räume sind für eine auf Dauer und Effektivität angelegte traditionelle Machtprojektion wenn nicht gänzlich „geschlossen“, so doch mit einer auf Jahrzehnte angelegten enormen, nachhaltigen Kraftanstrengung verbunden, die temporäre Rückschläge genauso wie ein definitives Scheitern einzukalkulieren hat.

Bereits in den Jahren 11-9 v. Chr. drang der römische Feldherr Drusus, der später den Beinamen „Germanicus“ erhielt, in ausgedehnten Feldzügen von seiner zwischen den Eckpfeilern Xanten und Mainz, wo jeweils zwei Legionen stationiert waren, mit ca. 50 Kastellen sowie diversen Außenposten gefestigten Basislinie am Rhein aus, unter geschickter Ausnutzung der „unter den Germanen herrschenden Stammesfehden“⁴²⁾ so weit durch deren Stammesgebiete vor, dass er in der Lage war, die Saale und die Elbe zu erreichen, kurzzeitig diese gar überschritt, und auf Geheiß des Augustus wieder umkehrte.⁴³⁾ Seit diesem Zeitpunkt galt die Elbe als

die mögliche östliche Begrenzung des römischen Reiches nördlich der Alpen. Damit wandelte sich - über die Fähigkeit zur militärischen Eroberung - auch der Germanien-Begriff von seiner geografischen Dimension hin zu einer politischen; „Germanien“ war nun zwischen Rhein und Elbe.⁴⁴⁾ Dieser erste ostrheinische „Germanienkrieg“ wurde „mit der ganzen imperialen Phraseologie der Zeit gefeiert“, nahm indes aber auch bereits „den Charakter eines Unterwerfungskrieges an, mit dem Ziel, die germanischen Siedlungsräume auf Dauer zu beherrschen.“⁴⁵⁾ In militär-strategischer Perspektive sicherte und verkürzte er damit, modern formuliert, die „lines of communication“ zwischen Gallien und Illyricum, zumal die westgermanischen Stämme, sollten sie eine gemeinsame politische und militärstrategische Führung erlangen, in dem

Gebiet zwischen Rhein und Donau den Vorteil der „inneren Linie“ gegenüber den auf der „äußeren Linie“ stehenden römischen Legionen hatten.⁴⁶⁾

Nach Drusus' Tod übernahm sein Bruder Tiberius, der spätere Kaiser, das Kommando und festigte die römische Präsenz in den Jahren 8/7 v. Chr., sodass der römische Historiker Velleius Paterculus schreiben konnte: „Tiberius hat das Land (Germanien) so durch und durch unterworfen, dass es sich kaum noch von einer steuerpflichtigen Provinz unterschied.“⁴⁷⁾ Doch auch danach gab es mehrere militärische Expeditionen und erst mit einem weiteren erfolgreichen Feldzug des Tiberius im Rahmen des „bellum immensum“ in den Jahren 5 und 6 n. Chr., wobei er in einer kombinierten, zu Teilen amphibischen Operation in zwei Marschsäulen,

Römische Militäranlagen im gallisch-germanischen Grenzraum in augusteisch-tiberianischer Zeit



Quelle: Rainer Wiegels (Hrsg.): Die Varusschlacht: Wendepunkt der Geschichte?, 2007, S. 16

eine zu Lande und eine über die Nordsee, erneut die Elbe erreichte, galt Germanien zwischen Rhein und Elbe als hinreichend befriedet.⁴⁸⁾ Einzig das Markomannen-Reich unter seinem König Marbod am Oberlauf der Elbe im heutigen Böhmen galt als strategischer Unsicherheitsfaktor, weshalb es präventiv ausgeschaltet werden sollte. Welche geradezu skurril zu bezeichnende Begründung für dieses Vorgehen von strategischer Seite bemüht wurde, zeigt eine Passage des Velleius, der Marbod vorhält, dass er nun - aufgrund der römischen Eroberungen! - im Norden, Westen und Süden drei römische Grenzen gefährde.⁴⁹⁾ Die für 6 n. Chr. geplante Niederwerfung des Markomannen-Reiches, die unter der Führung des Tiberius durch eine Zangenoperation mit insgesamt zwölf Legionen von Mainz aus nach Osten und Carnuntum aus nach Norden mit dem Ziel der Vereinigung der Truppen in Böhmen durchgeführt werden sollte, dokumentiert schon vom Ansatz her einerseits das römische Selbstbewusstsein und andererseits, dass außerordentlich gute Raumvorstellungen vom Gebiet ostwärts des Rheines existierten, die ein einigermaßen erschlossenes Land- und Wasserwegenetz zur Aufrechterhaltung logistischer und kommunikativer Linien zur Voraussetzung haben mussten. Aufgrund des pannonischen Aufstandes 6-9 n. Chr. wurde diese strategische Unternehmung jedoch abgebrochen⁵⁰⁾ und mit Marbod ein Vertrag geschlossen. Insgesamt lässt sich, bezogen auf Germanien, festhalten: Die Siege des Drusus und deren Wiederholung durch Tiberius an der „Germanenfront“ ließen diese, ganz im Gegensatz zu der geografisch näherliegenden adriatischen Gegenküste, wo Rom in unwegsamem Gelände zur Niederschlagung drei Jahre benötigte, als gesichert erscheinen - unabhängig von der Diskussion um den noch immer ungewissen Charakter Germaniens hinsichtlich eines etwaigen Provinz-Status.⁵¹⁾

Der militärischen Pazifizierung musste die politische Absicherung folgen. Die römische Herrschaft benötigte außerhalb der italischen Halbinsel für die Aufrechterhaltung des imperialen Systems grundsätzlich die Mitwirkung der indigenen Eliten. Dabei verfolgte Rom den klassischen Ansatz des „divide et impera“, isolierte die einzelnen Stämme, die als einzelne Akteure Rom nicht gewachsen waren. Dies wurde durch Verträge, Gewalt, Bestechung respektive Korruption, Verleihung von Titularwürden, aber auch induziert durch Bewunderung für die Leistungen des Imperiums in politischer, militärischer sowie technisch-zivilisatorischer Hinsicht sichergestellt.

Daher darf bei aller Berechtigung der Konzentration auf politisch-strategische Gesichtspunkte nicht der als Integrationsangebot und -verpflichtung verstandene Ansatz einer Akkulturation der germanischen Gebiete vernachlässigt werden. Dabei spielte insbesondere die Stadt als Topos der mediterran-urbanen Idee eine wesentliche Rolle als Stabilisator und Katalysator römischer Herrschaft. Die Städte lassen sich als eine „show of force“ militärischer und kultureller Art, als ein Schaufenster römischer Zivilisation, verstehen. Sie konnten nur da gegründet worden sein, wo die römischen Legionen zuvor die militärische Eroberung abgeschlossen hatten - der Unterwerfung folgt die Urbanisierung. Die Stadt mit einem Forum als wirtschaftlichem, politischem und verwaltungstechnischem Zentrum war ein planmäßig angelegter Nukleus mit der Zielsetzung - als Abbild der Metropole -, durch seine kulturelle und zivilisatorische Ausstrahlungskraft die „barbarische“ Umwelt

magnetisch anzuziehen und durch einen auf Dauer angelegten kulturellen Lern- und Erziehungsprozess zu assimilieren. Die archäologischen Ausgrabungen der vergangenen Jahre respektive Jahrzehnte - insbesondere das 4. v. Chr. angelegte und 1993 ausgegrabene Waldgirmes an der Lahn zwischen Wetzlar und Gießen⁵²⁾ als rein zivile römische Stadtgründung ostwärts des Rheins und Haltern an der Lippe, das vermutlich mit dem in antiken Quellen genannten Aliso identisch ist, als strategisch und logistisch wichtige Basis respektive als möglicher Ort der Zentralverwaltung der neuen Provinz Germania⁵³⁾ - bestätigen Cassio Dio, der ausführte: „*Städte wurden gegründet, und die Barbaren waren dabei, sich der römischen Lebensart anzupassen und Zentren für den Handel und friedliches Miteinander zu schaffen.*“⁵⁴⁾

Die Nachhaltigkeit dieses dualen Prinzips war insbesondere in Germanien ambivalent: Der Soft-power-Ansatz wurde latent durch das militärische Hard-power-Potenzial Roms ergänzt und garantiert. Es war andererseits jedoch ein stets fragiles und instabiles Jonglieren, das dann an seine Grenzen stieß, wenn die Bereitschaft zur Partizipation nicht (mehr) gegeben war, d.h. die indigenen Eliten sich dem römischen Unterfangen versagten oder die römische Herrschaft als zu bedrückend empfunden wurde. So wie die Anwesenheit Roms im germanischen Raum durch Akzeptanz und Ablehnung über Stammesgrenzen hinweg bis in die einzelnen Familien hinein auch desintegrative Wirkung entfaltet hat - Arminius' Bruder Flavus blieb stets im militärischen Dienst Roms, sein Schwiegervater Segestes erhielt das römische Bürgerrecht von Augustus persönlich verliehen, der cheruskische Fürstensohn Segimundus war Priester an der Ara Ubiorum⁵⁵⁾ -, so hat es auch unbeabsichtigt durch seine Herrschaft im ostrheinischen Raum integrative Wirkung entwickelt: Rom relativierte die bis dato selbst vor- und wahrgenommene innergermanische Differenzierung und führte sukzessive zum Entdecken eines gemeinsamen Selbstverständnisses, das ohne äußeren Druck nicht zustande gekommen wäre; ein gemeinsamer Feind wirkt katalysatorisch auf gemeinsame Kraftanstrengung.

Die Gesamtheit der Implikationen der augusteischen Außen- und Eroberungspolitik wird aber erst dann verständlich, wenn sie vor dem Hintergrund einer Grand Strategy verstanden wird, die zur Sicherstellung der Unterhaltung des mittlerweile umstrukturierten römischen Berufsheeres auf „*die permanente Führung fiskalischer Erfassungskriege*“⁵⁶⁾ angewiesen war, in denen nach der militärischen Niederwerfung, unterstützt durch eine militärpolizeiliche Durchdringung in Form römischen Besatzungsrechts und neben einer für die Stabilität des Reiches akzeptablen Ausbeutung des möglichen Wehrpotenzials, eine systematische und zentral gelenkte Erschließung der neuen Provinzen - Bodenschätze, Steuererhebungen - folgte. Germanien sollte in dieser Perspektive gewissermaßen als Provinz „neuen Typs“ eine exemplarische Vorreiterrolle übernehmen. Daher schien es auch folgerichtig, einen Mann wie Varus mit dem Kommando zu betrauen. Als Verwaltungsfachmann mit langjähriger Erfahrung konnte dieser nun die fiskale Bürokratie - d.h. Steuererhebungsmaschinerie in Gang setzen. Daher wird auch das Varus zugeschriebene Verhalten verständlich, der in „*Ausübung seines Amtes - Steuererhebung, Rechtsprechung, Einmischung in innergermanische Zwistigkeiten - den Betroffenen ihren Autonomieverlust vor Augen führte*“⁵⁷⁾

Strategische Konzentration und Fokussierung: Varus, Arminius und ihre Schlacht

Varus

Der 7 n. Chr. von Augustus als Nachfolger von Tiberius nach Germanien beorderte Publius Quinctilius Varus war Abkömmling einer der ranghöchsten Familien Roms. Bereits in jungen Jahren hatte er wohl Umgang mit literarischen Kreisen, und bereits in den Anfängen des erfolgreichen Absolvierens der Ämterlaufbahn war er mit Augustus, in dessen Familie er später einheiratete, in diplomatischer Mission im Osten,⁵⁸⁾ in deren Verlauf die Parther unter Phraates IV. die römische Vorherrschaft anerkannten und Jahre zuvor eroberten Legionsadler zurückgaben. Zusammen mit Tiberius bekleidete er 13 v. Chr. das Konsulat, 8/7 v. Chr. war er Prokonsul in der aufgrund ihrer landwirtschaftlichen Bedeutung für Rom so wichtigen Provinz Africa, bevor er für vier Jahre als *legatus Augusti pro praetore* in die Provinz Syria entsandt wurde.⁵⁹⁾ Neben den obligatorischen Verwaltungs- und Rechtsprechungsaufgaben war er mit dem Kommando über vier Legionen in direkter Frontstellung gegenüber dem angrenzenden Partherreich für den strategischen Schutz der Levante-Provinz zuständig. Außerdem griff er in innenpolitische Streitigkeiten im Klientelstaat Judäa des Königs Herodes des Großen ein. Die Unruhen respektive Aufstände, die nach dessen Tod 4 v. Chr. entstanden waren, ließ er zwar blutig niederschlagen, bewies indes bei der Wiederherstellung der Verhältnisse auch diplomatisches Geschick. Wenngleich über das Jahrzehnt bis zur Übernahme der Verantwortung als *legatus Augusti pro praetore* in Germanien Varus von der politischen Bühne verschwand - vielleicht im Zusammenhang mit dem Rückzug seines Freundes Tiberius ins vorübergehende Exil nach Rhodos erklärbar - und keine Nachrichten über ihn vorliegen, so galt er doch zu diesem Zeitpunkt als erfahrener und hoch dekoriertes Militärführer und Politiker.⁶⁰⁾

In summa: Er war durch seine vorherigen Verwendungen in jeglicher Hinsicht bestens für seinen neuen Auftrag vorbereitet. Trotz der Offensichtlichkeit einer überaus erfolgreichen römischen Eliten-Karriere ist das Varus-Bild bis in die jüngste Gegenwart durch die Ex-post-Zuschreibung sämtlich verfügbarer Negativ-Attribute in der Beschreibung des Varus bei Velleius Paterculus geprägt, in der deutlich wird, dass er in seinem ehemaligen Vorgesetzten Tiberius, den er als Offizier 9-11 n. Chr. auf seinen Feldzügen nach Germanien begleitete, den Mann erblickte, unter dessen Kommando das römische Fiasko zu vermeiden gewesen wäre: „*Quinctilius Varus (...) war von milder Gemütsart, ruhigem Temperament, etwas unbeweglich an Körper und Geist. Mehr an müßiges Lagerleben als an den Felddienst gewöhnt*“⁶¹⁾ - ein retrospektiv-verzerrtes Urteil, das ihn in jeglicher Hinsicht als vollkommen ungeeignet für seine Funktion ausweisen würde und die römische Elitenrekrutierung respektive Personalauswahl, zumal eine des Prinzepts persönlich, als unzureichend konterkariert, der in Varus zwar nicht die erste Wahl für die Besetzung des Postens sah, aber den kriegserfahrenen Tiberius zur Bekämpfung des pannonischen Aufstandes dringender benötigte als an der zwar nicht gänzlich pazifizierte, dennoch aber relativ ruhigen „germanischen Front“.

Vielmehr war es gerade das große Engagement des Varus, das die Katastrophe bewirkte: „*Als aber Quintilius Varus den*

Oberbefehl über Germanien übernahm und sie zu rasch umformen wollte, indem er ihre Verhältnisse kraft seiner Amtsgewalt regelte, ihnen auch sonst wie Unterworfenen Vorschriften machte und von ihnen wie Untertanen Tribut eintrieb, da hatte ihre Geduld ein Ende.“⁶²⁾ Dadurch entstand ein nicht generell übergreifend dominantes, wohl aber in Teilen latentes, zu wechselseitigen Perzeptionsdifferenzen führendes Konfliktpotenzial, denn viele Germanen hatten - so Cassius Dio - „*nicht die Sitten ihrer Väter; ihre angeborene Wesensart, ihre unabhängige Lebensweise und die Macht ihrer Waffen vergessen.*“⁶³⁾ Einer Zuspitzung der politischen Lage, wenn er sie erkannte, war militärisch durchaus erfolgreich zu begegnen: Wie sollte auch - so seine Perzeption - eine Horde Barbaren gegen drei Legionen der römischen Militärmaschinerie mit Aussicht auf Erfolg eine Auseinandersetzung wagen wollen? Eine militärische Auseinandersetzung in diesen Größenordnungen würde eine politische Organisationsleistung zur Voraussetzung haben müssen - und diese traute er den Germanen schlicht und einfach nicht zu, schließlich „*hielt er die Germanen für Wesen, an denen außer der Stimme und den Gliedern nichts Menschliches sei.*“⁶⁴⁾

Aufgrund seiner langjährigen Erfahrung im Dienste Augustus' konnte er daher - in nicht unplausiblen Berichten über Aufstände - weniger eine existenzielle Gefahr als vielmehr eine Herausforderung mit begrenztem Risiko, möglicherweise auch eine Chance erblicken. Örtlich und zeitlich begrenzte Unzufriedenheiten in der neuen Provinz, zum Teil hervorgerufen durch seine Rechtsprechung und sein Verwaltungshandeln, konnten durch eine Machtdemonstration, eine „show of force“, zur Raison gebracht werden. Durch eine militärische Machtprozession geradezu „im Vorübergehen“ auf dem Weg ins Winterlager wäre er in der Lage gewesen, den Aufständischen die Aussichtslosigkeit einer Erhebung vor Augen zu führen und sie mit der Endgültigkeit römischer Herrschaft ostwärts des Rheins zu konfrontieren. Mit der Niederschlagung des vermeintlichen Aufstandes würde Varus, der nach Beendigung des pannonischen Aufstandes nun auch mit einer besonderen Beobachtung des Princeps Augustus zu rechnen hatte, die römische Souveränität und Machtstellung stabilisieren und demonstrieren. Ein Nicht-Handeln hingegen würde bei einer möglichen Kettenreaktion nicht nur Roms Position erneut herausfordern, sondern auch seine eigene gefährden. Insofern reagierte Varus auf die Finte des Arminius folgerichtig - und: Über die formale Loyalität eines römischen Ritters wie Arminius konnte es für Varus keine Diskussion geben. Zudem erfüllte Arminius auch die Vorstellungswelt des Varus mit Leben: Arminius galt ihm als Parade-Germane, der weniger eine germanische als vielmehr eine römische Biografie besitzt, sich dem römischen Zivilisationsanspruch willig unterwarf und damit dessen Überlegenheit, die Varus durch seine Rechtsprechung implementieren wollte, anerkannte.

Als Arminius durch seinen Schwiegervater Segestes bekanntlich des Verrats und geplanten Aufstandes bezichtigt wurde,⁶⁵⁾ was Varus als die üblichen germanischen Stammesintrigen betrachtete,⁶⁶⁾ folgte dieser der Tradition römischer Herrschaftstechnik, nach der es galt, den vermeintlich „*bewährten Partner kraft eigener Autorität in Schutz zu nehmen*“⁶⁷⁾ Es mag Varus vielleicht auch so erschienen sein, als ob diejenigen, die Arminius' Pläne verraten haben, ihn selbst in seinem Lager halten wollten, damit der Aufstand in der Peripherie ungestört durch

römische Militärpräsenz an Dynamik gewinnen konnte.

In summa: Wenn die germanischen Würdenträger sich gegenseitig zu denunzieren bereit waren, konnten sie zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen ihn nicht vorbereitet sein. Varus konnte mit einer militärischen Demonstration - modern wäre dies als abschreckende „militärische Diplomatie“ zu formulieren - römische Macht und sich selbst feiern. Wenn er dabei noch einige entlegene Stämme „disziplinieren“ konnte, würde dies seinem Renommee als politisch loyalem Verwaltungsfachmann nochmals militärische Lorbeeren zum Abschluss seiner Karriere hinzufügen - er konnte dann im Anschluss in Rom seinen Auftrag mehr als erfüllt darstellen.

Arminius

Während die Biografie des Varus, trotz des später aufgespannten Legendenschleiers, mittlerweile bis auf einige Details als gesichert gilt, so ist jene des Arminius im Vorfeld der Varusschlacht in weiten Teilen nach wie vor ungeklärt und umstritten,⁶⁸⁾ wenngleich seine Charakterisierung durch seinen militärischen Gefährten, Velleius Paterculus, als gesichert gelten kann. Demnach war er ein „*junger Mann, an Herkunft edel, im Kampf tapfer, im Denken schnell, mehr als von einem Barbaren zu erwarten ein fähiger Kopf, der das Feuer seines Geistes in Miene und Blick verriet.*“⁶⁹⁾

Zudem ist davon auszugehen, dass er als mit dem römischen Heerwesen vertrauter Offizier nicht nur das römische Bürgerrecht besaß, sondern auch, nach Beendigung der Niederschlagung des pannonischen Aufstandes, als Bekannter des Tiberius, der mit Varus befreundet war, von diesem im Range eines, jedoch nicht notwendigerweise homogen cheruskischen, Auxiliartruppen befehligenen Präfekten nach Germanien geschickt wurde.⁷⁰⁾ Daraus folgt, dass Arminius formalrechtlich Anführer „*einer Meuterei der germanischen Auxilien gegen die Legionen des Rheinheeres*“⁷¹⁾ war. So zwingend dieser Schluss erscheint, auch er hat zwei Seiten: Für den letztlich Erfolg benötigte Arminius eben auch den sozialen Kontext, der durch die Realität der römischen Besatzungsherrschaft und ihrer Exekution durch Varus entstanden war. So sehr Arminius sich daher auf motivierte Krieger verlassen konnte, so sehr musste ihm, als mit dem römischen Kriegswesen vertraut, daran gelegen sein, über einen Kern geübter und disziplinierter „Soldaten“ seiner regulären Auxiliartruppen zu verfügen. Enthusiasmus alleine kann Professionalität nur ergänzen, nicht aber gänzlich ersetzen - zumal für ihn keine Gelegenheit existierte, eine „Generalprobe“ des Zusammenwirkens in Form eines Manövers durchzuführen. Als militärischer Führer konnte Arminius das militärische Potenzial seiner „Germanen“ als Offizier, der - einschränkend ist hier aufgrund seiner ungesicherten Biografie zu sagen: möglicherweise - an den Grenzen des Imperiums wie in dessen Zentrum Erfahrungen gesammelt und Auszeichnungen erfahren hatte, den jungen kriegsfähigen Männern nach langer Friedenszeit aufgrund seiner auf persönlicher Bewährung beruhenden charismatischen Ausstrahlungskraft einen Kristallisationspunkt bilden: Er versprach ihnen als nicht zu unterschätzendes Motiv die Chance auf ein „Heldenleben“, das sie aus den Erzählungen der Väter und Vorfahren (Sagen) kannten.

Dies lenkt gleichzeitig den Blick auf die Frage seiner Motivation: Selbst wenn Arminius von der Überlegenheit

des römischen „way of life“ überzeugt gewesen sein dürfte, so mag die rigorose Art und Weise der Ausübung römischer Herrschaft in Germanien erschreckend und abstoßend auf ihn gewirkt haben. Die Desillusionierung über die scheinbare, nicht tatsächliche - für die Römer wie die Germanen waren die Begriffe *familia, auctoritas* und *mores* zentrale, konstitutive Faktoren der Gestaltung privaten und öffentlichen Lebens - Unvereinbarkeit zweier unterschiedlicher Kulturen führten ihm als „Grenzgänger“ seine ambivalenten Identitäten und der daraus folgende Gewissenskonflikt bei seiner Loyalitätsentscheidung vor Augen - in dem Wissen, dass er seinen Stammesangehörigen als Römer und den Römern stets, trotz seiner Erhebung in den Ritterstand - die höchste Auszeichnung für einen Barbaren -, als barbarischer Emporkömmling erscheinen musste. Ob mit längerer oder kürzerer römischer Sozialisation - Arminius musste für die Römer so wichtig gewesen sein, dass sie ihn mit römischem Auftrag in seiner Heimat benötigten. Für Varus gab es keinen Grund, eine bevorstehende, grundsätzlich endgültige Identitäts- respektive Loyalitätsentscheidung Arminius' anzunehmen, als er sich darauf vorbereitete, in sein geplantes Winterlager zu marschieren.

Die Schlacht

Die (militär-)historiografische Darstellung der Schlacht im Teutoburger Wald hat sich ihrer Grenzen bewusst zu sein: „*Unser Wissen von der Varuskatastrophe, von den daran Beteiligten, dem Jahr; in dem sie sich ereignete, ihrem Verlauf sowie dem ungefähren Ort, schließlich von ihrer Wirkung auf die Zeitgenossen stützt sich allein auf die literarische Überlieferung. Ohne die Werke der griechischen und römischen Autoren wüssten wir nicht einmal, dass eine Varuskatastrophe jemals stattgefunden hat.*“⁷²⁾ Dass diese darüber hinaus nur die römische Perspektive zum Maß der Darstellung erhoben haben (konnten), muss gleichfalls beachtet werden.

Die Schwierigkeiten bei der Lokalisierung des Schlachtfeldes der „*clades variana*“ liegen nicht zuletzt auch darin begründet, dass - weder Ausgangspunkt noch Ziel des Marsches Varus' mit seinen Legionen in das Winterlager sind exakt anzugeben - sämtliche Angaben antiker Berichte relativer Art sind, d.h. nur textimmanent absoluten Charakter haben: „*Vermutlich hielt sich Varus irgendwo an der Weser auf und steuerte von dort wohl ein Lager an Lippe oder Rhein an. So bewegten sich die Römer zwar durch bekanntes, doch für ihre Maßstäbe schlecht erschlossenes Gebiet. Wege gab es, aber keine breiten und befestigten Straßen (...) Dementsprechend langsam ging es voran, zumal ein großer Tross den Zug begleitete.*“⁷³⁾ Die Länge der marschierenden Legionen mit Tross mit seinen ca. 15 Kilometern muss tatsächlich wie ein langer „Lindwurm“ ausgesehen haben.

Für Arminius galt es - sich der Überlegenheit der taktisch geschulten und disziplinierten Legionäre in ihrer Aufstellung zum Gefecht auf offenem Feld bewusst -, die Natur zum Verbündeten zu machen. Für einen Überfall musste er die Römer in ihnen möglichst unbekanntes Gelände führen, das ihnen keine Gelegenheit zur Entfaltung bot. Eine Kanalisierung der Legionen durch Wälder und Schluchten, Flüsse respektive Bäche sowie Moor- oder Sumpflandschaften würde die römischen Truppen nicht nur ungewollt lenken und im Marsch behindern, sondern auch entzerren, lange und kaum zu schützende Flanken produzieren und damit die Vorausset-

zung für einen überraschenden Hinterhalt mit einer Vielzahl möglicher Angriffsmöglichkeiten und schnell wechselnden Schwerpunkten schaffen. Wenn es auch schon im Vorfeld des Abmarsches Aufstandgerüchte gab, so war es ein Einfaches, dieser sich selbst zu bedienen, indem sie durch Arminius eine Ablenkung an die Peripherie erfuhren. Damit gelang es ihm, Varus in eine unübersichtliche Position zu manövrieren, wo er mit seinen Truppen „die Schlacht“ weniger anzunehmen und zu führen als zu erleiden hatte. So wenig Velleius auch über die Schlacht als solche berichtete, so interessant ist neben der Bemühung der antiken Schlachten-Topoi die Reflexion in Bezug auf die Verbitterung und Rache der Germanen für erlittenes Unrecht: *„Die tapferste Armee von allen, führend unter den römischen Truppen, was Disziplin, Tapferkeit und Kriegserfahrung angeht, wurde durch die Indolenz des Führers, die betrügerische List des Feindes und die Ungunst des Schicksals in einer Falle gefangen. Weder zum Kämpfen noch zum Ausbrechen bot sich ihnen, so sehlich sie es sich auch wünschten, ungehindert Gelegenheit (...) Eingeschlossen in Wälder und Sümpfe, in einen feindlichen Hinterhalt, wurden sie Mann für Mann abgeschlachtet, und zwar von demselben Feind, den sie ihrerseits stets wie Vieh abgeschlachtet hatten - dessen Leben und Tod von ihrem Zorn oder ihrem Mitleid abhängig gewesen war.“*⁷⁴⁾

Einen sehr viel unmittelbaren Eindruck von Terrain und Erlebnis der Schlacht aus römischer Perspektive vermittelt die Schilderung von Cassius Dio, allerdings mehr als 200 Jahre danach - ob er dabei auf ältere Berichte oder eine mittlerweile standardisierte „Tradition“ der Niederlage rekurrierte, ist unbekannt: *„Die Berge, ohne Ebenen, waren nämlich von Schluchten durchzogen, außerdem standen Baumriesen dicht nebeneinander; sodass die Römer bereits vor dem feindlichen Überfall mit dem Fällen der Bäume, der Anlage von Wegen und der Überbrückung von Geländeabschnitten, wo solches nötig war, Mühe genug hatten. Wie mitten im Frieden führten sie viele Wagen und Lasttiere mit sich; dazu begleiteten sie zahlreiche Kinder und Frauen und noch ein stattlicher Sklaventrass, die sie ebenfalls zu einer gelockerten Marschform zwangen. Inzwischen kam auch ein starker Regen und Sturm auf, was die Marschierenden weiterhin voneinander trennte, und der Boden, um die Wurzeln und Stämme her schlüpfrig geworden, machte jeden Schritt unsicher; Bruch und Sturz der Baumwipfel sorgten für weitere Verwirrung. Mit solchen Schwierigkeiten hatten damals die Römer zu ringen, als die Barbaren, wegekundig wie sie waren, gerade durch die ärgsten Dickichte drangen und sie plötzlich von allen Seiten her umzingelten. Zuerst schossen sie nur aus der Ferne, dann aber, als niemand sich wehrte und viele verwundet wurden, rückten sie näher an die Gegner heran. Die Römer marschierten ja in keiner festen Ordnung, sondern durcheinander mit Wagen und Unbewaffneten; sie konnten sich auch nirgendwo leicht zu einer Gruppe zusammenschließen, und da sie überall den jeweiligen Angreifern zahlenmäßig unterlegen waren, hatten sie selbst schwer zu leiden, ohne etwas dagegen ausrichten zu können.“*⁷⁵⁾

Die scheinbare Detailtreue des Berichts - auch wenn sie natürlich auf Realitäten beruhen mag - wird indes durch eine vage Zeit- und Ortsunabhängigkeit konterkariert, was einen Transfer der Beschreibung der Schlacht in asymmetrische Formen militärischer Auseinandersetzung bis in die nahe

Gegenwart erlaubt: *„Der Bericht des Dio Cassius liest sich wie eine Schilderung der Dschungel- und Guerillakämpfe aus Vietnam und Kambodscha der siebziger Jahre.“*⁷⁶⁾ Selbst wenn es zu weit gehen würde, in den überlieferten Berichten zur „clades variana“ reine Phantasieprodukte zu sehen, so ist doch evident, dass sie alle einem akzeptierten kanonisierten narrativen Muster folgten - Unfähigkeit des Feldherrn, Verrat, unwegsames Gelände und die Ungunst des Wetters: *„Dieser Ablauf der Ereignisse entsprach exakt der Erwartungshaltung der antiken Leser: Barbaren neigten immer zur Treulosigkeit. Genauso wenig durften bei der Schilderung Germaniens die ‚Wälder und Sümpfe‘ fehlen. Undenkbar, dass ein antiker Schriftsteller die Niederlage unter den milden Strahlen der Septembersonne bei blauem, wolkenlosem Himmel hätte geschehen lassen, vielleicht noch gar auf einer viel begangenen und leidlich bequemen Wegstraße.“*⁷⁷⁾

Tatsächlich ist jedoch davon auszugehen, dass die Schlacht in ihrem mehrtägigen Verlauf ein, unterbrochen durch Gelände und Nächte, möglicherweise über Dutzende Kilometer sich erstreckendes „Defileegefecht“ war, eine Wortwahl, die für die archäologischen Befunde bei Kalkriese für diesen Abschnitt vorgeschlagen wurde,⁷⁸⁾ ohne - vorausgesetzt, es besteht der behauptete zeitliche Zusammenhang mit der Varusschlacht - den Tag oder die „in situ“ gefundenen Artefakte als Zeugnisse für „das Ende“ bei aller Plausibilität konzis terminieren zu können.

Grundsätzlich ist jedoch von einer stark eingeschränkten Beweglichkeit der Legionen auszugehen, die, vermutlich taktischer Zweckmäßigkeit folgend, von den germanischen Kriegern zunächst an den zwischen den Legionen marschierenden Trossen angegriffen wurden, um den Zusammenhalt der Marschformation zu sprengen, und dort mitgeführte Waffen und Ausrüstungsgegenstände zu zerstören. Bereits durch diese Trennung wurden die Einheitlichkeit der Führung und der Gefechtswert auf römischer Seite reduziert. Die Zurücklassung oder Zerstörung unnötigen Materials vor Beginn des zweiten Tages der Auseinandersetzung erhöhte die Beweglichkeit nur bedingt. Die Germanen griffen nie auf offenem Gelände an, wo eine Entfaltung zur Infanterieformation oder der taktische Einsatz der Reiterei möglich gewesen wäre. Nach und nach schwand der Gefechtswert der römischen Legionen in dem Maße, wie die Zahl der Germanen während des mehrtägigen Gefechts - zusätzlich motiviert durch den sich abzeichnenden Erfolg - zunahm. Am Ende standen die einzelnen Legionäre isoliert in zermürbenden Einzelgefechten und im Nahkampf. Obwohl die Legionen XVII, XVIII und XIX ihre Vernichtung erfuhren, gab es auch Überlebende - Teile davon führten Germanicus 15 n. Chr. zum Schlachtfeld, wo die Überreste der Gefallenen beigesetzt wurden, noch 50 n. Chr. sollen Kriegsgefangene aus dem Heer des Varus befreit worden sein,⁷⁹⁾ ohne Angabe indes, ob sie nicht Gefangene aus den kurz vor der Schlacht überfallenen Außenposten oder aus dem Rückzug der römischen Besatzungstruppen des Lagers Aliso waren.

Im erkenntnistheoretischen Kern ist daher die Örtlichkeit der Varusschlacht nicht relevant, um zu erkennen, dass eine moderne Kriegsmaschinerie mit geschlossenen Formationen als taktischer Verband eine zur Entfaltung der Truppen nach ihren zweckmäßigen Einsatzgrundsätzen ein offenes, für den Feldherrn übersichtliches Terrain benötigt; je weniger er das Gelände einsehen kann, je weniger er seine Truppen überse-

hen kann, desto weniger wird er in der Lage sein, eine auf strikter Disziplin beruhende Hierarchie im Kampf zu führen. Seine abnehmenden Fähigkeiten führen in einem asymmetrischen Kräfte- und Topografie-Szenario komplementär zur Steigerung der Optionen der Gegenseite: aufgelockerter Truppenansatz, hoher Gefechtswert basierend auf individuellen Grundfertigkeiten, Hinterhalt und die Überraschung begünstigendes Gelände.

Varus verstieß - betrachtet man seine Niederlage retrospektiv - gegen militärische Grundsätze; weder Aufklärung noch Flankenschutz wurden durchgeführt, noch ließ er seine Legionen in Kampfformation marschieren, auch eine Konzentration sämtlicher Kräfte in Feindesland wurde vernachlässigt. Vielmehr waren Teile der römischen Truppen in germanischen Stammesgebieten zum Schutz fester Plätze und Proviantkolonnen weiträumig detachiert worden - möglicherweise auf Bitte der Germanen, um die römischen Kräfte zu zersplittern. Ebenso hat er, sei es aus Stolz respektive vermeintlicher Überlegenheit oder Unfähigkeit, die Möglichkeit einer Umkehr am Ende des ersten Tages der Schlacht verworfen. Alle Mankos erklären sich jedoch einerseits aus der Selbstüberschätzung und andererseits aus der gesamtpolitischen Fehleinschätzung der Lage eines stolzen Römers, der sich auf einem feierlichen Prozessionsmarsch in einer dem römischen Frieden unterworfenen und tributpflichtigen Provinz wähnte - am Ende des ersten Tages der Schlacht erst dämmerte es ihm wohl, dass Germanien nicht Syria vergleichbar war, bis dahin aber war sein Handeln aus seiner Perspektive systemimmanent logisch, wirkte jedoch katalytisch für die Katastrophe, in deren Finale er mit seinem Selbstmord auf dem Schlachtfeld „*mehr Mut zum Sterben als zum Kämpfen*“⁸⁰⁾ bewies. Damit entging er dem Schicksal der verbliebenen Legionäre, die im Rahmen umfangreicher Siegesfeiern und -rituale von den siegreichen germanischen Kriegeren deren Göttern geopfert wurden.

Strategische Optionen: Arminius und sein potenzieller Aktions- radius

So sehr des Arminius taktisches Geschick als erfolgreicher Heerführer und kurzfristig erfolgreicher politischer Rädelsführer in der Historiografie seit den römischen Geschichtsschreibern aus unterschiedlichen Gründen Anerkennung fand, so unerschlossen blieb seine - quellenkritisch selbstverständlich nicht eruier- und belegbare - strategische Gedankenwelt. Daher soll hier eine Annäherung an strategische Perspektiven versucht werden; hierzu gilt es, eine „Methode der inhärenten Wahrscheinlichkeit“⁸¹⁾ zur Anwendung zu bringen, die beim Fehlen der Quellen Charakter und Zielsetzungen, Herausforderungen und Rahmenbedingungen der handelnden Akteure zu beachten hat, denn „*der Historiker ist des Namens nicht wert, wenn er vor der Quellenlage kapituliert*“⁸²⁾ Vielmehr gilt hier der Grundsatz, den Friedrich Schiller in seiner bekannten Jenaer Antrittsvorlesung - „Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte?“ - im Jahre 1789 ausführte: „*Die Methode, nach der Analogie zu schließen, ist, wie überall, so auch in der Geschichte, ein mächtiges Hilfsmittel: aber sie muß durch einen erheblichen Zweck gerechtfertigt und mit ebensoviel Vorsicht als Beurteilung in Ausübung gebracht werden.*“⁸³⁾

Die folgende Betrachtung geht von der Annahme aus, dass Arminius die Schlacht im Teutoburger Wald nicht als Selbstzweck suchte, sondern verschiedene strategische Optionen im Vorfeld entwickelte und gegeneinander abwog - dennoch einen Schlachtenerfolg dringend benötigte, um als Akteur überhaupt Gesprächs- und Verhandlungspartner werden zu können. Verbunden mit über den Tag der Schlacht hinausreichenden Perspektiven ist dabei auch in Rechnung zu stellen, dass er - möglicherweise als frühes Modell einer versuchten germanischen „Staatenbildung“⁸⁴⁾ - für sich eine innenpolitisch stabile Position anstrebte, die mindestens jener des Marbod gleich, d.h. ein Königtum der Cherusker, möglicherweise aber auch darüber hinausreichend sich selbst als einen mit Abstrichen versehenen germanischen Prinzeps begriff, der - nach innen gerichtet - große Teile der westgermanischen Stämme in einer politisch-strategischen Konföderation zusammenführt, und - nach außen gerichtet - eine Rom gegenüber auf defensive Verweigerungshaltung zielende Gegenmachtbildung anstrebte. In dieser Logik stand wohl bereits die Verteilung der erbeuteten römischen Legionsadler nach der Schlacht - sie zielte neben dem das Prestige erhöhenden Beuteeffekt auf Nachhaltigkeit und erfolgte zur Stabilisierung der fragil-komplexen anti-römischen Allianzkohäsion: Rom müsste viele Stämme bestrafen, der dadurch erhöhte Aufwand würde zu einem steigenden Risiko eines erneuten Scheiterns führen.

Die Herausforderung, vor der Arminius in strategischer Hinsicht stand, war eine dreifache: Er musste - erstens - die dynamische politische Konstellation, die im Vorfeld, noch mehr aber nach dem militärischen Erfolg über die Römer, zwischen Pro- und Contra-Rom-Positionen nicht nur innerhalb der Cherusker, sondern auch darüber hinaus in den Anrainerstämmen entstanden war, so beeinflussen, dass er an die Stelle heterogener politischer Zielvorstellung eine möglichst homogene stellen konnte. In dem Abwägungsprozess zwischen kooperativen Formen und einer Zentralposition von ihm mag er sich, der Gratwanderung durchaus bewusst, für die zweite der Optionen entschieden haben, die ihm die Wahrscheinlichkeit eines stringenten und kohärenten Handelns „aus einem Guss“ eher sicherzustellen schien, als den sich - auch unter römischer Einflussnahme - schnell ändernden „Überzeugungen“ und Handlungen der ihn kritisch beäugenden politischen Partner zu große Partizipationsmöglichkeiten einzuräumen.

Er musste - zweitens - die Optionen Roms nach einer Niederlage in sein Kalkül einbeziehen. Dafür gab es für Arminius ein Best-Case- und ein Worst-Case-Szenario: Rom konnte, geschockt von der Wuchtigkeit der militärischen Katastrophe und der Vehemenz eines erwachenden germanischen Selbstbewusstseins sowie eines sich verbreitenden Widerstandes germanischer Stämme, auch links des Rheins in Gallien, in der Folge die Niederlage hinnehmen, auf die bisherigen Eroberungen verzichten, sich mit Arminius wie zuvor mit dem Parther-Reich auf einen strategischen Ausgleich einigen, und sich bis an respektive hinter den Rhein zurückziehen. Als Grundlage für eine strategische Nachhaltigkeit benötigte er jedoch, um für das Eintreten eines Worst-Case-Szenarios, d.h. eine römische Vergeltung respektive Mobilisierung für die Wiederherstellung des Status quo ante, gewappnet zu sein, eine breitere strategische Basis, um die römischen Bestrebungen entweder ablenken oder gar zersplittern zu können. Daher musste er - drittens - versuchen, einen starken germanischen Bündnispartner, der

nach Lage der Dinge nur der Markomannen-König Marbod sein konnte, an sich zu binden.⁸⁵⁾ Mit diesem konnte er, da er über große Truppenkontingente verfügte, die Rom entgegensetzenden Kräfte erheblich vergrößern;⁸⁶⁾ zusätzlich würde sich dadurch auch die Militärgrenze zu den Römern enorm verlängern, sodass diese nicht gefahrlos Truppenmassierungen an einzelnen Punkten vornehmen oder in getrennten Feldzügen gegen einen der beiden offensiv vorgehen konnten, wollten sie sich nicht einer geografischen Eskalation an ungeschützter Stelle aussetzen. Der strategische Handlungsradius Arminius' würde sich durch diese Allianz erheblich erweitern.

Diese potenziellen, indes nicht unwahrscheinlichen Denkfiguren Arminius' sind nun an den Voraussetzungen, Positionen und Aktionen der Akteure zu messen, die mit Arminius in einem - politischen und militärischen - strategischen Handlungsfeld interagierten. Es ist dabei davon auszugehen, dass die Schilderungen eines zivilisatorisch unerschlossenen Germaniens im Sinne einer pejorativen „ethnologischen Kulturstufenzuordnung“ durch römische Autoren und die damit verbundene Zuschreibung geringer Fähigkeiten zu überregionalem und strategischem Denken nicht zutreffend war. Vielmehr ist anzunehmen, dass es im ostrheinischen Germanien auch über Entfernungen von mehreren Hundert Kilometern eine durchaus effektive strategische „Kommunikation sowohl im Sinne der Wege als auch der Verbindungen und Kontakte zwischen Akteuren gleich welcher Art“⁸⁷⁾ gab.

Zunächst ist aus der Perspektive des Arminius die strategische Lage des Jahres 9 n. Chr. in Erinnerung zu rufen: Die Intensität des Krieges und die Schwierigkeiten Roms im zerklüfteten Raum des Nordbalkans im Zuge der Niederschlagung des pannonischen Aufstandes konnten Arminius - unabhängig davon, ob er als römischer Offizier daran teilgenommen hat oder als Fürstensohn davon erfuhr - nicht entgangen sein. Dass dieser Raum für Roms Herrschafts- und Sicherheitsverständnis sehr viel bedeutender war als Germanien, wurde daraus ersichtlich, dass der Markomannen-Feldzug aufgegeben wurde. Vielleicht hatte die enorme Kraftanspannung dazu geführt, dass Rom eine regionale Niederlage an nicht existenziellen Fronten akzeptieren würde, schließlich arrangierte es sich auch mit den Parthern und verzichtete auf eine bei einer gebündelten Kraftanstrengung durchaus mögliche reale Niederwerfung. Arminius hätte so aber auch ohne Bündnis mit Marbod genügend Zeit für Aufbau, Konsolidierung und geografisch-ethnisch-politische Erweiterung eines angestrebten Königums besessen; käme ein Bündnis mit Marbod in Frage, so würde dies Rom erschüttern. Dies korrespondierte mit der Worst-Case-Annahme des Augustus. Dieser befürchtete zunächst aufgrund der Tatsache, dass die römischen Legionen nur an den Reichsgrenzen disloziert waren, einen germanischen Durchbruch; als eine Sofortmaßnahme ließ er seine germanische Leibwache aus Furcht vor einem möglichen Attentat auf eine Insel verbannen.⁸⁸⁾

Germanien bot von seiner Raumkonstellation Arminius die Möglichkeit, einen Versuch zu wagen. Ein Enthauptungsschlag gegen wesentliche Bestandteile des römischen Heeres, ein „römisches Waterloo“, könnte ein Fanal für weitere Aufstände oder gar für Bündnisse sein. Ein Übergreifen auf die Markomannen, ein erneuter Aufstand auf dem Nordbalkan, ein zusätzlicher in Gallien hätten ohne Zweifel einen Flächenbrand dargestellt, der Rom noch sehr viel mehr abverlangt hätte als Karthago zur

Zeit des Zweiten Punischen Krieges, den es nur unter äußerster Kraftanspannung nach 17 Jahren gewinnen konnte. Insbesondere ein Überspringen des Funkens auf Gallien würde dessen Bevölkerungs- und Urbanisierungsgrades wegen Rom zu einer strategischen Entscheidung zwingen, die aufgrund der Bedeutung Galliens - für Augustus ein „Ägypten des Westens“ -, nur lauten konnte: Gallien zuerst!

Möglicherweise würde eine größere militärische Niederlage Rom zu der Einsicht bewegen, dass das Imperium zu schnell gewachsen war und eine strategische Verschnaufpause benötigte. Arminius wäre aber auch in der Lage gewesen, seinen Erfolg als „Befreiung“ in Form einer defensiven Verweigerung bei punktuellen machtpolitischen Absprachen, wie etwa beim Verhältnis Roms zum Parther-Reich erkennbar, darzustellen. Insgesamt bot dies eine verlockende Perspektive, die vom Gelingen des ersten Schrittes abhing - der „clades variana“, d.h. die Vernichtung von drei Legionen auf einen Schlag.

Arminius konnte sich zwar die Best-Case-Optionen erhoffen, d.h. Verzicht durch Rom respektive Ausgleich mit Rom - dies war aus mehreren Gründen die unwahrscheinlichste Option: Er hätte sehr wohl wissen müssen, dass Rom eine Niederlage an einer Front nicht akzeptieren würde und sich nur deshalb zurückziehen würde. Rom war, „Gefangener“ des Weltherrschaftsanspruches, seinem Selbstverständnis folgend, zur Wiederherstellung des Status quo ante gezwungen und konnte eine derart gravierende Niederlage aus politischen Gründen nicht ohne Reaktion hinnehmen. Die immensen Verluste verlangten nach Vergeltung - und der Rhein war als strategische Außengrenze nur dann sicher, wenn auch das ostrheinische Vorfeld als strategisches Glacis unter römischer Kontrolle stand. Darüber hinaus war Germanien für die Aufrechterhaltung der durch die „fiskalischen Eroberungskriege“ begonnenen „sicherheitspolitischen“ Dynamik zu wichtig - und auch der einzige verbliebene geografische Raum, in den Rom hierfür noch vorstoßen konnte.

Daher war bereits im Vorfeld neben einem Best-Case-Szenario eine zusätzliche Option in Erwägung zu ziehen: Es musste ein strategisches Gravitationsnetz als Option zur Zersplitterung der römischen Kräfte entwickelt werden. Ein Bündnis mit Marbod sowie ein gemeinsames Vorgehen gegen Rom würden sehr viel mehr als der pannonische Aufstand zu einer existenziellen Gefahr für den Status quo des Imperiums werden - ein militärischer Sieg wäre in diesem Szenario der Türöffner für ein politisches Bündnis mit jenem germanischen Führer, dem die Bildung eines größeren und relativ stabilen Königums gelang, das von Rom zu diesem Zeitpunkt, wenn auch aufgrund des pannonischen Aufstandes, protokollarisch akzeptiert wurde.

Ein Bündnis mit Marbod würde Rom eine mehrere hundert Kilometer lange Frontlinie beschern, die eine Überspannung der Kräfte zur Folge haben könnte. Rom konnte mit seinen Legionen an dieser Riesenfront kaum gleichmäßig in unwegsamen Gelände vorgehen; noch weniger dann, wenn es zudem Aufstände in Gallien niederzuwerfen hätte. Wollte Arminius den wichtigsten germanischen König für ein mögliches Bündnis im Sinne einer westgermanischen Konföderation mit ihm als Prinzeps an der Spitze gewinnen, so benötigte er einen großen Sieg, den er als Köder respektive Verhandlungsangebot benutzen wollte. Die Zusendung des abgeschlagenen Hauptes von Varus an Marbod⁸⁹⁾ musste dieser mehr noch als eine Geste des

Triumphes des Arminius' als Beweis des Möglichen, d.h. als Zeichen der erfolgreichen Widersetzung gegen den römischen Herrschaftsanspruch, und als Handlungsaufforderung auf der politischen Ebene eines „Bündnisangebotes“ verstehen. Dass Marbod, innergermanischen Rivalitätsmustern folgend, dieses Angebot ablehnte, den Kopf gar nach Rom weiterleiten ließ, spiegelt seine strategischen Interessen wider: Rom, mit dem er nach dem Abbruch der Operationen aufgrund des pannonischen Aufstandes im Zustand des Respektierens von Einflussphären stand, würde eine derartige Provokation nicht hinnehmen. Er würde daher ohne Not einen für ihn unnötigen Krieg riskieren, mit unabsehbaren Auswirkungen auf sein neues, stabilisiertes Königtum. Zudem wäre sein Markomannen-Reich aufgrund der größeren Nähe zur italischen Halbinsel der natürliche Schauplatz einer militärischen Auseinandersetzung. Die vorhandenen Legionen in Noricum bedrohten seinen Herrschaftsraum direkt; Arminius müsste von noch nicht wieder existenten Legionen zunächst vor dem Hintergrund dieser Konstellation keinerlei Angriffshandlungen befürchten. Zudem wäre Arminius als Bezwinger der Legionen Roms und strategischer Kopf sowie Initiator eines gemeinsamen Bündnisses in einer dominanten Position gewesen. Nachdem Marbod als *rex et amicus populi Romani* einen strikten Neutralitätskurs verfolgte, der, auf machtpolitischer Äquidistanz zwischen Rom und Arminius begründet, die beste Voraussetzung für eine umsichtige Konsolidierung seines Reiches bot, war er nicht bereit, für vage Zukunftschancen eine risikobelastete Feindschaft mit Rom einzugehen. In summa gab es in Marbods individuell-strategischer Beurteilung der Lage keinen vernünftigen Grund, als Junior-Partner für eine germanische Gegenmachtbildung im Raum östlich des Rheins und nördlich der Donau zur Verfügung zu stehen. Marbod verstand sein Reich selbst in erster Linie als souveränen diplomatischen Akteur und als anerkanntes Gravitationszentrum. Seit seiner Weiterleitung des Varus-Hauptes hatte er sich aus Arminius' Sicht als möglicher Partner diskreditiert, was - nach Beendigung des Krieges gegen Germanicus⁹⁰⁾ - wohl der ausschlaggebende Grund für den sich entzündenden Krieg zwischen Arminius und Marbod gewesen sein dürfte. Wenn Tiberius nach dem politischen Ende des Marbod diesen in einer Rede vor dem römischen Senat lobte,⁹¹⁾ so mag dies noch rückblickend die Erleichterung darüber widerspiegeln, dass der Markomannenkönig nicht zum Verbündeten Arminius' geworden war, weshalb er sich sein Exil in Ravenna unter römischem Schutz mehr als verdient hatte.

So verlockend diese potenziellen strategischen Variationen für Arminius auch gewesen sein mochten - sie alle hatten und fanden ihre Grenzen im tatsächlichen Handeln aller Akteure, die sich sämtlich anders als von Arminius erhofft verhielten. Insbesondere der politisch nicht vorhandene Wille der einzelnen germanischen Stämme, Gemeinsamkeiten zu entwickeln und rudimentär in Zusammenschlüssen über den Augenblick des Erfolges institutionell abzubilden, eine über die negative Zielsetzung seiner Feindbilder hinaus fehlende positive Gestaltungsidee, die jener zivilisatorischen Mission des römischen Imperiums, woraus sich - neben der machtpolitischen Potenz - dessen strategische Substanz erklären lässt, auch nur im Ansatz vergleichbar gewesen wäre, zeigen, dass sein strategischer Handlungsradius zu eng war, d.h. seine Zielsetzungen zu ambitioniert waren. Sein Scheitern war zwar nicht zwangsläufig vorprogrammiert, die Wahrscheinlichkeit hierfür war jedoch sehr hoch. Dies zeigt, dass Arminius sehr wohl ausgeprägte Fähigkeiten hatte, die jedoch

- zu sehr ging er von militärisch-strategischen Potenzialen, zu wenig von politischen Zielsetzungen seiner „Mitspieler“ seines strategischen Dreiecks aus - insbesondere auf militärischem Terrain lagen, weshalb römische Autoren wie Strabon und Tacitus ihm seinen geschichtlichen Stellenwert als militärischen Gegner des Germanicus einräumen.⁹²⁾ Dies spiegelt sich auch im gegenwärtigen historiografischen Urteil wider: „*Arminius war Feldherr; kein Politiker.*“⁹³⁾

Strategisches Fazit

Damit lässt sich ein vorläufiges strategisches Fazit ziehen. Die lateinische Kulturform bildete sich über den genuin mediterranen Raum hinaus nur dort aus, wo Rom durch militärische Gewalt - auch seine Diplomatie implizierte stets als Rückversicherung die Drohung mit den Legionen - seine Macht ausdehnte. Es würde viel zu weit führen, in der klugen strategischen Selbstbeschränkung des Tiberius eine Vorstufe zur Ermöglichung der Völkerwanderungszeit und zum Niederwerfen des weströmischen Reiches durch germanische Stämme zu erblicken. Strategische Horizonte zu errahnen, die Jahrhunderte in die Zukunft reichen, ist unmöglich. Perspektivisch führte die von Arminius inszenierte Bestreitung und Bekämpfung des „römischen Imperialismus“ dazu, dass Rom eine strategische Pause zur Konsolidierung einlegen musste, die in Form des Limes in ein defensiv-statisches militärisches Sichern des Besitzstandes überging, kulturell-zivilisatorisch jedoch weithin in germanische Gebiete ausstrahlte. Wenn Augustus als „Mehrer des Reiches“ die Grenzen des Rom Möglichen erfuhr, so folgte nach seinem Tod dem rhetorischen Anspruch keine den großräumig angelegten drei Jahrzehnten der Germanenkriege vergleichbare wahrnehmbare militärische Expansion größeren Stils nördlich der Alpen mehr. An der Endgültigkeit dieser strategischen Entscheidung änderten auch die späteren römischen Vorstöße respektive Feldzüge mit Expeditionscharakter nichts, die jüngst archäologisch fassbar wurden.⁹⁴⁾ So war Verzicht auf die Klammer der Germanienkriege - der die Kriege erst ermöglichende Verzicht auf die Ausdehnung des Imperiums im Osten gegen die Parther und nun Verzicht auf die militärische Niederwerfung der ostrheinisch gelegenen germanischen Stammesgebiete. Die machtpolitische Selbstbeschränkung wurde jedoch auch weiterhin von der Aufrechterhaltung des rhetorischen Weltherrschaftsanspruches begleitet.

Politische Entscheidungen - und dazu gehören strategische und militärische Entscheidungen mit Siegen und Niederlagen - wirken, auch trotz oder ihrer Legenden- und Traditionsbildung wegen, mitunter prädisponierend auf Jahre, Jahrzehnte und noch länger, selbst wenn dieser Sachverhalt nicht allen Akteuren zu jedem Moment der Zeitpunkte und Prozesse in jeglicher Dimension bewusst sein mag. Rom als Republik und Monarchie handelte stets in historischem Bewusstsein, aus selbst auferlegter Tradition und der Überzeugung, für die Geschicke der Völker in Zeit und Raum zur Implementierung der *Pax Romana* unverzichtbar zu sein. So überstand es auch am Anfang und am Ende der aus politisch-strategischer Perspektive interessanten „klassischen Zeit“ zwischen dem Zweiten Punischen Krieg und den Germanenkriegen die strategische Herausforderung durch Hannibal im Zentrum und Arminius an der Peripherie.

Das plausible Best-Case-Szenario Arminius' schlug fehl, er wurde mit einem Worst-Case-Szenario konfrontiert und

musste auf seine Fähigkeiten als Heerführer zurückgreifen - in einem jahrelangen Krieg gegen Germanicus, der in einem strategischen Unentschieden endete, für das seine militärischen Fähigkeiten genauso die Voraussetzung bildeten, wie es vom Entschluss des Tiberius, auf eine Rückeroberung Germaniens zu verzichten, abhängig war. Auch seine aufgrund letztlich ungeklärter Zwistigkeiten nach Abschluss des Krieges gegen die Römer mit Marbod entstandene militärische Auseinandersetzung endete mit einem Unentschieden - die gegenseitige „germanische Paralyse“ nutzte in strategischer Perspektive lediglich dem römischen Imperium -; seine Auseinandersetzung mit stammesinternen Eliten endete mit seinem Tod.

So sehr Arminius das römische Denken weithin durchdrang und jenem Reich nicht nur eine schmerzliche, indes nur vorübergehende, taktisch-operative Niederlage in der Schlacht im Teutoburger Wald gegen die Legionen des Varus beibrachte, und mit seinem Durchhalten gegen Germanicus die Option auf ein von politisch-strategischen Einflussnahmen Roms im ostrheinischen Gebiet freies Terrain schuf, so wenig waren seine „innergermanischen“ politischen Zielvorstellungen von Erfolg gekrönt: Arminius erreichte lediglich eine instabile „coalition of the willing“ - einen „task-orientierten“ tribalistischen Zusammenschluss auf Zeit. Seine temporäre, auf militärischen Erfolg begründete Führungsposition wurde, wenn der äußere Druck - als „Feindbild“ - fehlte, als kontraproduktiv empfunden. Die Bekämpfung der römischen Herrschaft zur „Befreiung“, gleichzeitig aber eine germanische Zentralperson oder ein cheruskisches Königtum des Arminius zu akzeptieren, schien widersinnig und stand, wie der römische Machtanspruch, im Gegensatz zur „Tradition“. Weder die Nachhaltigkeit seines Bemühens um die Herstellung einer unangefochtenen autokratischen politischen Position noch die anti-römisch ausgerichtete germanische Gegenmachtbildung war erfolgreich - letztlich eine ironische Paradoxie: Sieg gegen die Weltmacht, Niederlage in den eigenen Reihen.

Zusammenfassend erlangt man mit weitgehender Berechtigung folgendes Urteil: „*Tatsächlich scheint es so gewesen zu sein, dass Arminius seine Anhänger v.a immer erst durch den Verweis auf Gegner mobilisieren konnte, sodass Konflikte das Fundament seiner Führungsstellung bildeten. Der gelungene Überfall auf Varus war der Ausgangspunkt der Erlangung seiner Führungsposition, die Feldzüge gegen Germanicus stabilisierten diese. Doch als die integrierende Kraft eines äußeren Gegners nach dem Abzug des Germanicus fehlte, wandten sich seine Landsleute gegen den Führungsanspruch des Arminius.*“⁹⁵ Tiberius lag folglich richtig, wenn er als Begründung für die Aufgabe einer offensiven römischen Germanienpolitik Germanicus mitteilte, „*es könnten ja auch die Cherusker und die übrigen der widerspenstigen Völker, weil zur Rache Roms genug geschehen, inneren Fehden überlassen bleiben*“⁹⁶ So wenig in ihrem unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang die Varusschlacht demnach eine „Entscheidungsschlacht“ war, so sehr wurde sie es im weiteren Verlauf der Geschichte. Als negative Entscheidungsschlacht war die „clades variana“ genauso wie die folgenden verlustreichen Auseinandersetzungen zwischen Arminius und Germanicus, der als Sohn des Drusus auch seinen Namen rechtfertigen wollte, ein Menetekel dafür, was - in strategischer Perspektive - stets im Bereich des Möglichen blieb, weshalb ein dauerhaftes Operieren an einer schwelenden Wunde in einem nicht

gänzlich zu kontrollierenden Raum aufgegeben wurde. Die Folgen des römischen Verzichts „*waren für die europäische Geschichte allerdings von fundamentaler Bedeutung: Die barbarischen Stämme der Germanen blieben jenseits einer romanisierten Welt*“⁹⁷

ANMERKUNGEN:

1) Sueton, Augustus 23, 2: „*Quintili Vare, legiones redde!*“ Es ist genauso wie dieses Diktum ein Topos wie eine Tatsache, dass die Literatur über Rom, Augustus und die Varusschlacht selbst Legion ist, die eine Wiedergabe sowie eine erschöpfende geistige Durchdringung zu einem schwierigen Unterfangen machen. Der vorliegende Beitrag erhebt nicht den Anspruch, einen Forschungs- oder Literaturbericht zu geben, sondern einen, freilich nicht immer belegbaren, Versuch zu unternehmen, mögliche strategische Horizonte des Arminius vor dem Hintergrund der römischen Durchdringung des germanischen Gebietes ostwärts des Rheins und einer Mächt konstellation in ihren historisch-politischen Bedingungen anzudeuten.

2) Theodor Mommsen, Römische Geschichte, V. Band, S.50f.

3) Tacitus, Annalen 1, 60, 3 (im Folgenden: Tac. ann.). Der heutige Teutoburger Wald ist eine neuzeitliche Bezeichnung, die im 17. Jahrhundert den zuvor Osning genannten Mittelgebirgszug als vermeintlichen Ort der Schlacht umbenannte. Zu den unzähligen Lokalisierungsversuchen vgl. zusammenfassend Stephan Berke, „*haud procul*“. Die Suche nach der Örtlichkeit der Varusschlacht, in: 2000 Jahre Varusschlacht. Mythos, hg. v. Landesverband Lippe 2009, S.133-138.

4) Tac. ann. 2, 88, 2.

5) Ebenda.

6) Vgl. Peter Kehne, Der historische Arminius ... und die Varusschlacht aus cheruskischer Perspektive, in: 2000 Jahre Varusschlacht. Mythos, S.105-113, hier S.108.

7) Zit. nach Werner Dahlheim, Die Antike. Griechenland und Rom von den Anfängen bis zur Expansion des Islam, 4., erw. u. überarb. Auflage, Paderborn u.a. 1995, S.727.

8) So das die Forschung zu Arminius befügelnde Urteil von Dieter Timpe, Arminius-Studien, Heidelberg 1970, S.49.

9) Vgl. Klaus von See, Deutsche Germanen-Ideologie. Vom Humanismus bis zur Gegenwart, Frankfurt/M. 1970.

10) Zu diesem lange Zeit dominanten Historiografie-Topos vgl. Leopold von Ranke, Vorrede zu den „Geschichten der romanischen und germanischen Völker von 1494 bis 1553“ aus dem Jahre 1824, zit. nach Wolfgang Hardtwig (Hg.), Über das Studium der Geschichte, München 1990, S.44-46, hier S.45.

11) Sie folgten damit der durch Marcus Fabius Quintilianus (35-96 n. Chr.) vorgegebenen Richtung: „*Es ist nämlich die Geschichtsschreibung der Dichtung am nächsten, gewissermaßen ein Gedicht ohne Verse; sie wird zum Erzählen verfasst, nicht zum Beweise und alles, was in ihr dargestellt wird, gilt nicht der Rüstung zur Tat und einem gegenwärtigen Kampfgeschehen, sondern der Erinnerung der Nachwelt und dem Ruhm des begabten Erzählers*“, zit. nach Heidrun Derks, in: 2000 Jahre Varusschlacht. Konflikt, hg. v. Varusschlacht im Osnabrücker Land GmbH-Museum und Park Kalkriese 2009, S.37-55, hier S.41; vgl. zudem Otto Seel, Quintilian oder Die Kunst des Redens und Schweigens, München 1987.

12) Vgl. etwa Franz Borkenau, Ende und Anfang. Von den Generationen der Hochkulturen und von der Entstehung des Abendlandes, herausgegeben und eingeführt von Richard Löwenthal, Stuttgart 1991, S.263-269.

13) Zum Überblick über die Rezeptionsgeschichte vgl. Werner M. Doyé, Arminius, in: Etienne Francois/Hagen Schulze (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. III, München 2001, S.587-602 sowie das voluminöse Werk von Klaus Kösters, Mythos Arminius. Die Varusschlacht und ihre Folgen, Münster 2009.

14) Luther, Werke, Abt. II, Bd. 5, S.415, Nr. 5982.

15) Vgl. Doyé, Arminius, S.598f.

16) Sogar eine Abbildung in der britischen Zeitschrift „Punch“ zeigte ihn am 11. März 1871 mit einem stilisierten germanischen Flügelhelm, vgl. die Abbildung in Reinhard Wolters, Die Schlacht im Teutoburger Wald. Arminius, Varus und das römische Germanien, München 2008, S.189.

17) Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR (Hg.), Grundriß der deutschen Geschichte. Von den Anfängen der Geschichte des deutschen Volkes bis zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik. Klassenkampf-Tradition-Sozialismus, 2. Aufl. Berlin/O. 1979, S.44.

18) Vgl. Wolters, Teutoburger Wald, S.151ff.

19) Vgl. statt vieler Günther Moosbauer/Susanne Wilbers-Rost, Kalkriese - Ort der Varusschlacht?, in: Rainer Wiegels (Hg.), Die Varusschlacht - Wendepunkt der Geschichte?, Stuttgart 2007, S.23-36 sowie Günther Moosbauer/Susanne Wilbers-Rost, Kalkriese und die Varusschlacht. Multidisziplinäre Forschungen zu einem militärischen Konflikt, in: 2000 Jahre Varusschlacht. Konflikt, S.56-67.

- 20) Neben unzähligen (populär-)wissenschaftlichen Monografien zum „Jubiläumsjahr“ 2009 ist dabei auf die drei, um die Themenfelder Imperium, Konflikt und Mythos gruppierten Sammelbände zum Thema: 2000 Jahre Varusschlacht hinzuweisen, die im Rahmen ihrer Relevanz im bibliographischen Anmerkungsapparat des Beitrages eingearbeitet und nachgewiesen wurden.
- 21) Die erhaltenen literarischen Dokumente über die „clades variana“ stammen von Ovid, Marcus Manilius, Strabon, Velleius Paterculus, Tacitus, Sueton, Florus und Cassius Dio; keiner der Autoren war Zeuge der Schlacht und lediglich Velleius Paterculus hatte als römischer Offizier persönliche Eindrücke von Germanien. Die die Germanienkriege thematisierenden Werke von Plinius dem Älteren (Bella Germaniae) und die Germanienkriege bzw. die Historien des Aufidius Bassus sind nicht überliefert, mögen aber eine Quelle späterer Darstellungen, u.a. bei Tacitus oder Cassius Dio, gewesen sein; vgl. zudem Horst Callies, Bemerkungen zu Aussagen und Aussagehaltung antiker Quellen und neuerer Literatur zur Varusschlacht und ihrer Lokalisierung, in: Rainer Wiegels/Winfried Woessler (Hg.), Arminius und die Varusschlacht. Geschichte-Mythos-Literatur, 3. akt. u. erw. Aufl. Paderborn u.a. 2003, S.175-183.
- 22) Hans Delbrück, Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte, Zweiter Teil: Die Germanen, Berlin 1921, S.62.
- 23) Tac. ann. 1, 3.
- 24) Augustus, Res gestae, 26.
- 25) Vgl. zudem Sueton, Augustus 21, 2.
- 26) Vgl. insbesondere Vergil, Aeneis 1, 278ff. Er lässt Jupiter ausführen: „Diesen (den Römern) setzte ich weder in Raum noch Zeit eine Grenze: Ein Reich ohne Ende habe ich ihnen verliehen (...) die Herren der Welt, das Volk im Gewande der Toga.“
- 27) Sueton, Augustus 23, 1.
- 28) Vgl. Augustus, Res gestae 26-33.
- 29) Zu Augustus vgl. Jochen Bleicken, Augustus. Eine Biographie, Berlin 2000.
- 30) Werner Dahlheim, Geschichte der römischen Kaiserzeit, 3., überarb. u. erw. Auflage München 2003 (=Oldenbourg Grundriss der Geschichte Band 3), S.75.
- 31) Titus Livius, ab urbe condita 1, 16.
- 32) Dahlheim, Antike, S.485.
- 33) Klaus Bringmann, Krieg und Frieden. Pax Augusta und römischer Weltherrschaftsanspruch, in: 2000 Jahre Varusschlacht. Imperium, hg. v. LWL-Römermuseum in Haltern am See 2009, S. 80-86, hier S.83.
- 34) Vgl. Josef Wiesehöfer, Geteilte Herrschaft. Rom und die Parther, in: 2000 Jahre Varusschlacht. Imperium, S.91-97.
- 35) Vgl. Karl Christ, Zur augusteischen Germanienpolitik, in: Chiron 7 (1977), S.149-205, J. Deininger, Germaniam pacare. Zur neueren Diskussion über die Strategie des Augustus gegenüber Germanien, in: Chiron 30 (2000), S.749-773 sowie Peter Kehne, Limitierte Offensiven: Drusus, Tiberius und die Germanienpolitik im Dienste des augusteischen Prinzipats, in: J. Spielvogel (Hg.), Res publica reperta. Zur Verfassung und Gesellschaft der römischen Republik und des frühen Prinzipats (Festschrift J. Bleicken), Stuttgart 2002, S.297-321.
- 36) Vgl. Alexander Demandt, Antike Staatsformen. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte der Alten Welt, Berlin 1995, S.478f.
- 37) Vgl. zur Einführung Walter Pohl, Die Germanen, 2. Aufl. München 2004 (=Enzyklopädie Deutscher Geschichte Band 57) sowie Reinhard Wolters, Geographie und Stammeswelt in der Germania magna, in: 2000 Jahre Varusschlacht. Mythos, S.35-42.
- 38) So Pomponius Mela, De chorographia 3, 3, 29.
- 39) Tacitus, Germania 5, 1.
- 40) Günther Moosbauer, Die Varusschlacht, München 2009, S. 17.
- 41) Dieter Timpe, Geographische Faktoren und politische Entscheidungen in der Geschichte der Varuszeit, in: Wiegels/Woessler (Hg.), Arminius und die Varusschlacht, S.13-27, hier S.16.
- 42) J. A. Rasin, Geschichte der Kriegskunst. Band I: Die Kriegskunst der Sklavenhalterperiode des Krieges, Berlin/Ost 1959, S.434.
- 43) Vgl. Suet. Aug. 21 und Strabo, Geographica 7, 291.
- 44) Vgl. Wolters, Teutoburger Wald, S.72f.
- 45) Dahlheim, Kaiserzeit, S.89.
- 46) Vgl. J.F.C. Fuller, The decisive Battles of the Western World 480 B.C. - 1757 and their Influence upon History, St Albans 1975, S.171ff.
- 47) Velleius Paterculus, Historia Romana 2, 97.
- 48) Vell. 2, 104, 2.
- 49) Vell. 2, 109, 3.
- 50) Vgl. Marjeta Sasel Kos, Mit geballter Macht. Die augusteischen Militäroffensiven im Illyricum, in: 2000 Jahre Varusschlacht. Imperium, S.180-187.
- 51) Vgl. dazu Werner Eck, Eine römische Provinz. Das augusteische Germanien links und rechts des Rheins, in: 2000 Jahre Varusschlacht. Imperium, S.188-195.
- 52) Vgl. zuletzt Armin Becker/Gabriele Rasbach, „Städte in Germanien“. Der Fundplatz Waldgirmes, in: Wiegels, Varusschlacht, S.102-116.
- 53) Vgl. Rudolf Asskamp, Aufmarsch an der Lippe. Römische Militärlager im rechtsrheinischen Germanien, in: 2000 Jahre Varusschlacht. Imperium, S. 172-179 sowie Johann-Sebastian Köhlborn, Zwischen Herrschaftssicherung und Integration. Die Zeugnisse der Archäologie, in: Wiegels, Varusschlacht, S.65-94, insbesondere S.80-86.
- 54) Cassius Dio, Römische Geschichte 56, 18.
- 55) Vgl. Wolters, Teutoburger Wald, S.95f.
- 56) Armin Eich, Der Wechsel zu einer neuen grand strategy unter Augustus und seine langfristigen Folgen, in: Historische Zeitschrift 288 (2009) Heft 3, S. 561-611, hier S.611.
- 57) Derks, Varusschlacht, S.47.
- 58) Vgl. Tobias Esch, In diplomatischer Mission. Augustus und Varus im Orient, in: 2000 Jahre Varusschlacht. Imperium, S.98-105.
- 59) Vgl. Achim Lichtenberger, Varus in Syrien. Die Provinz Syrien und das Klientelkönigreich Judäa, in: 2000 Jahre Varusschlacht. Imperium, S.160-166.
- 60) Vgl. zu seiner Biographie Wolters, Teutoburger Wald, S. 75-88 und Moosbauer, Varusschlacht, S.62f.
- 61) Vell. 2, 117, 2.
- 62) Cassius Dio, zit. nach Derks, Varusschlacht, S.47.
- 63) So Cassius Dio 56, 18.
- 64) Vell. 2, 117.
- 65) Quellenkritisch ist hierbei anzumerken, dass dies allerdings erst Jahre danach in einer Unterredung mit Germanicus, dem er sich als Verbündeten andiente, erfolgte.
- 66) Vell. 2, 118, 4 und Cassius Dio 56, 19, 2.
- 67) Wolters, Teutoburger Wald, S.99.
- 68) Vgl. Wolters, Teutoburger Wald, S.89-99.
- 69) Vell. 2, 11.
- 70) Vgl. Timpe, Arminius-Studien, S.45-49.
- 71) Ebenda.
- 72) Wolters, Teutoburger Wald, S. 100. Daneben gibt es noch ein archäologisches Zeugnis - einen Kenotaph (Leergrab) von Marcus Caelius, Zenturio der 18. Legion, der, so die eingemeißelte Inschrift, im „bello Variana“, i.e. im „Varianischen Krieg“, gefallen ist, vgl. ebenda.
- 73) Derks, Varusschlacht, S.47f.
- 74) Vell. 119, 2-3. Eine ausführliche Schilderung des Schlachtverlaufes wollte er später nachreichen, was allerdings nicht geschah oder nicht erhalten blieb.
- 75) Cassius Dio 59, 19, 2ff.
- 76) Prinz Hubertus zu Löwenstein, Deutsche Geschichte, München u.a. 1976, S.39.
- 77) Ralf-Peter Märtin, Die Varusschlacht, Frankfurt/M. 2008, S.188.
- 78) Achim Rost, Das Schlachtfeld von Kalkriese. Eine archäologische Quelle für die Konfliktforschung, in: 2000 Jahre Varusschlacht. Konflikt, S.68-76, hier S.69.
- 79) Tac. ann. 12, 27, 3.
- 80) Vell. 119, 3.
- 81) J.F.C. Fuller, Alexander der Große als Feldherr, Stuttgart 1961, S.IX.
- 82) Borkenau, Ende und Anfang, S.264.
- 83) Friedrich Schiller, Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte? Eine akademische Antrittsrede, zit. nach Hardtwig (Hg.), Über das Studium der Geschichte, S.19-36, hier S.33.
- 84) Vgl. Alexander Demandt, Die Anfänge der Staatenbildung bei den Germanen, in: Historische Zeitschrift 230 (1980), S. 265ff. sowie ders., Arminius und die frühgermanische Staatenbildung, in: Wiegels/Woessler, Arminius, S.185-196.
- 85) Zu dessen möglicher Biographie, Reichsbildung und seinen Beziehungen zu Arminius wie auch Rom vgl. Peter Kehne/Vladimir Salac, König Marbod. Ein Germanienreich in Böhmen, in: 2000 Jahre Varusschlacht. Mythos, S.114-122.
- 86) Die Größenangabe von 70.000 Infanteristen und 4000 Reitern (Vell. 2, 109) ist jedoch als römische Propaganda einzustufen, um das Markomannen-Reich als Gefahr zu präsentieren, was eine Zerschlagung rechtfertigen würde. Mit derart umfangreichen Streitkräften hätte Marbod auch nicht beinahe zwei Jahrzehnte zuvor von den sehr viel westlicher liegenden ursprünglichen Siedlungsgebieten der Markomannen in Rheinnähe vor den vortrückenden Truppen des Tiberius ins Böhmisches Becken sich absetzen müssen.
- 87) Vladimir Salac/Claus von Carnap-Bornheim, Ritual, Politik, Kommunikation. Oder: was geschah mit dem Kopf des Publius Quinctilius Varus?, in: 2000 Jahre Varusschlacht. Mythos, S.123- 132, hier S.131.
- 88) Vgl. Wolters, Teutoburger Wald, S.126.
- 89) Vgl. Vell. 2, 119, 5.
- 90) Vgl. Dieter Timpe, Der Triumph des Germanicus: Untersuchungen zu den Feldzügen der Jahre 14-16 n. Chr. in Germanien, Bonn 1968 (Antiquitas 1,16) und Ralf G. Jahn: Der Römisch-Germanische Krieg (9-16 n. Chr.), Bonn 2001.
- 91) Vgl. Tac. ann. 2, 63, 3.
- 92) Strab. 7, 1, 4. Insbesondere in den ersten beiden Büchern der Annalen

des Tacitus erwächst Arminius zum zentralen Protagonisten im Krieg gegen Germanicus.

93) Wolters, Teutoburger Wald, S.144.

94) Vgl. Michael Geschwinde/Henning Hassmann/Petra Lönne/Michael Meyer/Günther Moosbauer: Roms vergessener Feldzug - Die Entdeckung eines römischen Schlachtfeldes des 3. Jahrhunderts am Harzhorn bei Kalefeld, Lkr. Northeim, in: Berichte zur Denkmalpflege in Niedersachsen 1/2009, S.12-15 sowie dies. mit dem leicht veränderten Untertitel: Das neu entdeckte Schlachtfeld am Harzhorn in Niedersachsen, in: 2000 Jahre Varusschlacht. Konflikt, S.228-233.

95) Wolters, Teutoburger Wald, S.144.

96) Tac. ann. 2, 26, 2.

97) Dahlheim, Antike, S.487.

Dr. Eberhard Birk

Geb. 1967; Oberregierungsrat, Oberstleutnant d.R., 1987-93 Soldat auf Zeit, 1993-97 Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Augsburg, Stipendiat der deutschen Studenten- und Graduiertenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 1995-99, 1999 Promotion zum Dr. phil mit einer Diss. zum Thema: „Der Funktionswandel der Westeuropäischen Union (WEU) im europäischen Integrationsprozeß“, seit Juli 2000 Dozent für Militärgeschichte und Politische Bildung an der Offizierschule der Luftwaffe in Fürstenfeldbruck. Veröffentlichungen zu den Themen: Deutsche Militärgeschichte, Tradition, Strategie und Sicherheitspolitik (davon zahlreiche Aufsätze in der ÖMZ, u.a. zu Alexander, Hannibal, Oranische Heeresreform, Schlacht bei Leuthen, Radetzky etc.). Herausgeber der Gneisenau Blätter seit 2004 mit den Themen-Bänden: Aspekte einer europäischen Identität (2004), Militärische Tradition (2004), Transformation (2006), Erziehung und Streitkräfte (2007), Einsatzarmee und Innere Führung (2007), Militärisches Selbstverständnis (2008), Soldat und digitales Schlachtfeld (in Planung für Ende 2009); sie sind digital abrufbar unter: www.gneisenau-gesellschaft.de

140 Jahre offizielle Beziehungen zwischen Japan und Österreich

Mehr als nur Sushi, alpiner Schilaf und klassische Musik

Harald Pöcher

Japan und Österreich unterhalten seit 140 Jahren offizielle diplomatische Beziehungen. Nach dem Abschluss des Staatsvertrages kam es zu einer regen Reisetätigkeit von Diplomaten, und es entwickelte sich ein reger Meinungsaustausch in vielen Bereichen des gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Lebens. Die Beziehungen entwickelten sich im Laufe der Zeit friedvoll und äußerst anregend für beide Seiten. Lediglich während des Ersten Weltkrieges führte Österreich-Ungarn Krieg gegen Japan, weil es das damalige Bündnissystem so vorsah. Der folgende Aufsatz versucht die 140 Jahre gemeinsamer Beziehungen anhand ausgewählter Bereiche zu beschreiben und zu analysieren, wobei in den jeweiligen Bereichen chronologisch vorgegangen wird. Der Untersuchung vorangestellt wird eine kurze Geschichte der Beziehungen Japans zu West-, Mittel- und Zentraleuropa.

Erste Kontakte Japans mit dem Westen bis zur Meiji-Restauration 1868

Einen ersten Eindruck¹⁾ von Japan erhielt Europa durch die Briefe des Jesuiten Francisco de Xavier, der 1549 mit den Portugiesen dorthin kam und in regelmäßigen Abständen Briefe über seine Missionstätigkeit in Japan an seinen Vorgesetzten in Goa in Indien und auch an den portugiesischen König schrieb. Kurz vorher, im Jahre 1543, landeten bereits portugiesische Kaufleute auf der kleinen südjapanischen Insel Tanegashima und begannen mit den dortigen Landesfürsten Handel zu treiben. Im Zuge dieses Austausches von Waren kamen auch Luntenschlossgewehre und Kanonen nach Japan, die es bis dahin in Japan noch nicht gegeben hatte. Die Portugiesen leisteten damit einen entscheidenden Beitrag zur Revolutionierung des Kriegswesens in Japan. Im Laufe der Jahrhunderte kamen immer wieder Einzelpersonen verschiedenster Nationalitäten nach Japan. Diese Personen umgibt eine Fülle von Legenden, und sie wurden auch zum Vorbild für so manche Romanfigur hochstilisiert, wie beispielsweise ein britischer Seefahrer namens William Adams, der dem Schriftsteller James Clavell als Vorbild für die Hauptfigur in seinem Roman „Shogun“ diente. Mit der Machtübernahme durch die Shogune aus der Familie Tokugawa wurde das Land von der Außenwelt abgeschottet und die Christen als Keimzelle von Unruhen im Lande verfolgt und fast ausgerottet. Während der Zeitspanne des Tokugawa-Shogunats, das mehr als 250 Jahre andauerte, war es einzig und allein einer holländischen Niederlassung auf einer kleinen Insel vor Nagasaki erlaubt, mit Japan Handel zu treiben. Den Japanern war es verboten, mit Ausländern in Kontakt zu treten und auch die weiten Meere zu befahren. Eine besonders aufschlussreiche Schilderung der Lebensumstände im Japan jener Zeit verdanken wir dem deutschen Arzt Engelbert Kämpfer, der 1690 nach Dejijima kam und von Nagasaki aus zu Lande nach Edo, der Hauptstadt

des Shoguns, reiste. Während dieser Reise verfasste er einen ausführlichen Bericht, der heute ein wichtiges Zeitzeugnis über das Japan an der Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert darstellt. Eine weitere bemerkenswerte Schilderung über das Leben in Japan des frühen 19. Jahrhunderts verdanken wir Philipp Franz von Siebold, einem deutschen Arzt, der in Diensten der niederländisch-indischen Armee nach Japan gelangte und 1826 von Nagasaki aus eine Gesandtschaftsreise nach Edo durchführte. Es sollte ihm vergönnt sein, rund 30 Jahre später, im Jahre 1859, während der Wirrnisse des Umbruchs und der Öffnung des Landes zum zweiten Mal nach Nagasaki zu kommen. Während der Zeit des Friedens in Japan gab es keinerlei Weiterentwicklung der Waffentechnik. Es blieben daher moderne Waffen und moderne Schiffe in Japan unbekannt. Somit sorgte das Erscheinen von dampfgetriebenen schwarzen Kanonenbooten unter dem Kommando des US-amerikanischen Commodore Matthew C. Perry im Jahre 1853 in der Bucht von Edo, dem damaligen Namen für das heutige Tokio, für große Aufregung und Unbehagen in der Bevölkerung. Schließlich bewirkte diese Begegnung die Öffnung des Landes. 1868 kam es schließlich nach blutigen Zusammenstößen mit Anhängern des Shogunats zur Restauration der Kaisermacht. Unter Meiji Tenno wurde das Land modernisiert und mit allen wichtigen Staaten der Welt diplomatische Beziehungen aufgenommen. Insbesondere nutzte Japan jede Möglichkeit, von westlichen Mächten Know-how zu erwerben, beispielsweise von der britischen *Royal Navy*, von den französischen Streitkräften oder von den preußischen und später deutschen Streitkräften. Entsprechend der alten merkantilistischen Losung „*Bereichere das Land und stärke das Militär*“ (Japanisch: *fukoku kyohei*) wurde begonnen, die Stärke des stehenden Heeres zu verdoppeln und die Kriegsflotte auszubauen und ihre Stärke später zu verdreifachen. Hierbei musste Japan seine neue internationale Stellung im erbitterten Konkurrenzkampf mit den traditionellen Großmächten verteidigen und sichern. Es nutzte dabei seine hervorragende geografische Lage, sein beachtliches Wissen, sein politisch-diplomatisches Geschick genauso wie seine wachsende militärische Stärke.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Japan und Österreich Die diplomatischen Beziehungen zwischen 1869 und dem Ersten Weltkrieg

Da die österreichisch-ungarische Monarchie naturgemäß durch ihre mitteleuropäische Lage in erster Linie kontinental orientiert und Wien durch vieles mehr in Anspruch genommen war, spielte Japan im außenpolitischen Denken in Wien bis Mitte des 19. Jahrhunderts keine Rolle. Erst mit der Weltumsegelung der Fregatte *Novara* im Zeitraum 1857-1859 erkannten einige Führungspersonlichkeiten mit Weitblick die Möglich-

keiten eines ständigen Kontaktes mit asiatischen Ländern. Es war vor allem der Kommandant der *Novara*, Bernhard Freiherr von Wüllerstorff-Urbair, der vehement zu einer Ostasien-Expedition riet, da er mit eigenen Augen sah, wie andere europäische Nationen in Ostasien ihren Einfluss auszudehnen begannen. Als Admiral Wüllerstorff 1865 zum Handelsminister ernannt wurde, schien der Expedition nach Ostasien nichts mehr im Wege zu stehen. Die Fregatten *Schwarzenberg* und *Donau* wurden für diesen Zweck bereitgestellt und ihre militärische Ausrüstung von Bord gebracht, um genügend Platz für die friedliche Mission der Kriegsschiffe zur Verfügung zu haben. Der Kommandant der Expedition sollte Wilhelm von Tegetthoff werden. Die politischen Ereignisse spielten jedoch nicht mit. Die Schiffe wurden in Vorahnung des nahenden Krieges mit Italien wieder zu Kriegsschiffen umgerüstet, und es ging nicht nach Japan, sondern nach Lissa. Im Zuge der Auseinandersetzungen um den Ausgleich mit Ungarn demissionierte Wüllerstorff 1867 als Handelsminister und wurde umgehend zum Kommandanten der Ostasienexpedition ernannt. Aus gesundheitlichen Gründen war Wüllerstorff aber nicht mehr in der Lage, diese schwere Mission anzutreten. Tatsächlich befahl auf Vorschlag Tegetthoffs, des damaligen Chefs der Marinesektion im Kriegsministerium, der erfahrene Konteradmiral Anton Freiherr von Petz die erste Ostasienexpedition. Petz wurde für diese Reise gleichzeitig zum k.u.k. Gesandten und bevollmächtigten Minister in außerordentlicher Mission bestellt. Am 18. Oktober 1868 verließen die Fregatte *Donau* und die Korvette *Erzherzog Friedrich* den Hafen von Triest Richtung China und Japan. Nach einem dreimonatigen Aufenthalt in China und dem Abschluss von Verträgen mit China lief das Admiralsschiff am 16. September 1869 im Hafen von Nagasaki ein. Nach einer stürmischen Weiterfahrt nach Tokio - in Japan gibt es zu dieser Jahreszeit viele heftige Taifune - erreichten die Schiffe schließlich am 6. Oktober den Hafen von Tokio. Anlässlich einer Audienz beim Tenno wurden Geschenke überreicht, darunter auch ein Flügel von Bösendorfer für die Gattin des Tennos. Der Tenno übergab Petz ein Handschreiben an den Kaiser von Österreich, das erste derartige an einen europäischen Souverän. Der erste Staatsvertrag zwischen Japan und Österreich-Ungarn wurde schließlich am 18. Oktober 1869 unterzeichnet. Die Ratifikation erfolgte eineinhalb Jahre später am 8. Mai 1871 durch Kaiser Franz Joseph. Der ratifizierte Vertrag wurde hernach umgehend mit der neuen Korvette *Fasana* nach Japan gebracht. Von japanischer Seite wurde der Vertrag am 1. Dezember 1871 ratifiziert. In der Folge wurden in beiden Ländern Gesandtschaften eingerichtet. Ein weiterer Meilenstein in den diplomatischen²⁾ Beziehungen bildete die Erhebung der Gesandtschaften in beiden Staaten zu Botschaften im Jahre 1907.

Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten fand eine rege Reisetätigkeit von Staatsmännern und Diplomaten statt. Der zweifellos wichtigste Staatsbesuch in Japan war der durch den Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand im Jahre 1893 während seiner Weltreise, die er auf dem neuen Panzerkreuzer *Kaiserin Elisabeth* 1892-1893 unternahm. Der Thronfolger verließ Japan inkognito auf einem Liniendampfer Richtung USA. Die *Kaiserin Elisabeth* verblieb als Stationsschiff in Fernost. Der Staatsbesuch des Thronfolgers war äußerst erfolgreich. Die von ihm gekauften

oder zum Geschenk erhaltenen ethnografischen Objekte bildeten später den Grundstock der Japan-Sammlung im Wiener Museum für Völkerkunde. Der Erste Weltkrieg unterbrach die guten Beziehungen, die Botschaften in Tokio und Wien wurden geschlossen und die Diplomaten verließen das Land. Damit endeten die ersten 50 Jahre diplomatischer Beziehungen, und die weitere Zukunft dieser Beziehungen hing im Wesentlichen von den Ergebnissen der Friedensgespräche in St. Germain ab.

Ein Japaner zog Österreichs Grenze im Osten

Der Friedensvertrag von St. Germain sah eine souveräne Republik Österreich vor, deren Grenzen in einigen Abschnitten umstritten war.³⁾ Zur Regelung von Grenzunklarheiten wurde ein Grenzregulierungsausschuss eingerichtet. Ende Juli 1921 bildete sich dieser internationale Grenzregulierungsausschuss, dem je ein Mitglied aus Frankreich, Italien, Großbritannien und Japan sowie - ohne Stimmrecht - je ein Vertreter Österreichs und Ungarns angehörten. Richtschnur für die Tätigkeit der Kommission ist das Ergebnis der Botschafterkonferenz der Siegermächte vom 20. Juli 1920. Im Sinne der Ergebnisse der Konferenz wurde die Grenze in drei Abschnitte A, B und C eingeteilt. Der Kommission oblag es, in den einzelnen Abschnitten den Feinschliff des Grenzverlaufes vorzunehmen. Bei den Sitzungen der Kommission zeigte sich die vorteilhafte Stellung Japans. Das Kaiserreich Japan ist durch die Grenzziehung in Mitteleuropa in keiner Weise tangiert. Der Vertreter Japans, Oberst im Generalstab Graf Yamaguchi Juhachi, kann daher die bloßen Fakten sprechen lassen und unbeeindruckt argumentieren. Es wird daher gerade oft auf ihn gehört.

Wenn wir uns die Ostgrenze des südlichen Burgenlandes vergegenwärtigen, so sticht einem der unregelmäßige Verlauf der Staatsgrenze vor allem im unteren Pinkatal ins Auge. Die Ursache dafür ist keineswegs landschaftlich bedingt. Nein, es handelt sich um das Ergebnis monatelanger Verhandlungen zwischen Ungarn und Österreich. Im Zuge der Arbeit der Kommission wurde eine Fülle von Begehren der Ungarn, die Grenze weiter nach Westen verschieben zu wollen, bearbeitet. Es ging im Sektor A um Pamhagen, im Sektor B um Schattendorf, Rohrbach, Nikitsch, Frankenau, Deutschkreutz, Oberpullendorf, den Helenenschacht des Brennberger Braunkohle-Bergwerks. Österreich lehnte dies ab. Bei dem Versuch um Grenzverschiebung ging es aber auch um wirtschaftliche Interessen der Fürsten Esterhazy. Da die Fürsten über ausgedehnte Waldbesitzungen im Raum Lockenhaus verfügen, wollten sie, dass das Gebiet an Ungarn fällt. Der Grund dafür war der Holzpreis, der im waldarmen Ungarn ein Vielfaches des österreichischen ausmachte. Die Grenzkommission wies die ungarischen Ansprüche zurück. Im Sektor C wollte Ungarn Rechnitz, Schachendorf, Schandorf und alle Gemeinden des Pinkatales. Österreich lehnte dies ab. Die Mitglieder der Kommission machten sich ein persönliches Bild von der Situation und fuhren in die umstrittenen Gebiete. Als die Kommission auftauchte, war sie in Oberschilding mit einer pro-ungarischen Kundgebung konfrontiert. Die Teilnehmer forderten eine Eingliederung der oben erwähnten Gemeinden in den ungarischen Staat. Demgegenüber forderten die Gemeinden des Raabtales eine Angliederung an Österreich. Auf die Kommission wartete harte Arbeit. In einem zähen Ringen gelang es, die Grenze im Pinkatal zu ziehen. Rechnitz blieb bei Österreich, ebenso Schachendorf, Schandorf sowie Ober- und Unterbildein.

Lediglich eine Handvoll Dörfer kehrte nach Ungarn zurück. Im Raabtal gelang es einzig und allein der Gemeinde Luising, an Österreich zu kommen. Bei all den Grenzziehungen war der japanische Vertreter der Kommission mit seiner Meinung maßgeblich beteiligt.

Die Einrichtung diplomatischer Vertretungen in der Zwischenkriegszeit

Japan entsandte ab 1921-1937 offizielle Gesandte oder Geschäftsträger nach Wien, das kleine Österreich zeigte keine Ambitionen, ein Berufskonsulat oder gar eine Gesandtschaft in Tokio einzurichten. Erst als Bruno Müller, der damalige Direktor der japanischen Filiale der Firma Gebrüder Böhler & Co. AG in Tokio und Osaka, im Mai 1920 an das Außenministerium in Wien das Ersuchen richtete, man möge ihn zum Konsul in Japan bestellen, wurde er im Dezember 1920 zum Honorarkonsul ernannt. Müller übte dieses Amt bis zu seinem Tod im Jahre 1925 aus. Ihm folgte Ernst Störi, bisher Stellvertreter von Müller bei Böhler, als Konsul nach. Ab 1936 durfte Störi auch den Titel eines (Honorar-)Generalkonsuls führen. Störi schied 1937 aus dem Amt aus, als er bei Böhler kündigte und ihm dadurch die finanzielle Basis für die Ausübung der Funktion eines Generalkonsuls abhanden kam. Sein Nachfolger als Generalkonsul wurde Dr. Otto Kresta, der seit 1924 in Japan lebte und zum Zeitpunkt seiner Bestellung Direktor der japanischen Firma Goto Fundo Ltd. war. Kresta wusste von Wien, dass seine Amtszeit kurz sein würde, weil man die Einrichtung einer offiziellen diplomatischen Vertretung⁴⁾ in Japan ab Mai 1938 plante. Dass die Amtszeit kürzer werden sollte, konnte Kresta nicht ahnen. Mit dem Einmarsch der deutschen Truppen und der Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich bestand Österreich nicht mehr als Staat. Damit endete auch die kurze Phase der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Japan in der Zwischenkriegszeit.

Die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg öffnete der 1951 unterzeichnete Friedensvertrag von San Francisco Japan den Weg in die Unabhängigkeit und die Wiedereingliederung in die internationale Gemeinschaft. Japan begann daraufhin mit der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen,⁵⁾ unter anderem mit Österreich im Jahre 1953, und errichtete noch im selben Jahr eine Botschaft. Österreich tat dies erst im Jahre 1955. Seitdem entwickelten sich die Beziehungen problemfrei. Zahlreiche Freundschaftsbesuche von ranghöchsten Repräsentanten der beiden Länder geben davon Zeugnis. So besuchten die Bundespräsidenten Waldheim 1990, Klestil 1999 und Fischer 2009 Japan. Im Gegenzug besuchte das japanische Monarchenpaar 2002 Österreich.

Wirtschaftliche Beziehungen

Die Handelskreise in Triest und in den anderen Städten an den Küsten der Monarchie drängten von jeher zu einem Handel mit Ostasien.⁶⁾ Da jedoch die Unternehmer in den Binnenländern nicht den Unternehmergeist spüren ließen wie die Unternehmer an den Küsten, kam keine rechte Aufbruchstimmung für den Ostasienhandel auf. Dennoch wurde bereits am 22. Oktober 1869 in Yokohama eine Ausstellung

österreichischer Waren eröffnet. Unter den Ausstellern fanden sich so klingende Firmennamen wie Thonet, Wertheim, Steyr, Schwechater, Lobmeyer. Für Japan wiederum bot sich anlässlich der Weltausstellung in Wien 1873 die ungeheure Chance, zum ersten Mal der Welt seine Erzeugnisse präsentieren zu können. Japan bereitete sich gründlich auf diese einmalige Gelegenheit vor. Aus allen Landesteilen wurden die bekanntesten Waren zusammengetragen und nach Wien gebracht. Die Teilnahme Japans an der Weltausstellung war ein voller Erfolg, und japanische Waren fanden einen reißenden Absatz. Nach der Weltausstellung entwickelte sich der Handel zwischen Japan und Österreich schleppend, da Österreich nicht in der Lage war, aus der Öffnung des Suezkanals Kapital zu schlagen und auch österreichische Firmen sehr zögerlich Handelsniederlassungen in Japan einrichteten. Das Handelsvolumen blieb daher im Vergleich zu anderen Großmächten bescheiden. Der Wert der Einfuhr japanischer Waren betrug im Jahre 1897 258.000 Yen und stieg bis 1911 auf 882.077 Yen an. Zum gleichen Zeitpunkt betrug der Export von Waren aus Österreich nach Japan 591.325 Yen und 3.082.989 Yen. Importiert wurden aus Japan Reis, Pflanzenöle, Ingwer und Kampfer, exportiert wurden Hopfen, Weine, Stahl und Wolle. Um einen Vergleich zu haben, obwohl dem Autor keine Vergleichszahlen der Jahre 1897 und 1911 mit anderen europäischen Handelspartnern verfügbar sind, seien der Export und Import Deutschlands mit Japan im Jahre 1904 angeführt.⁷⁾ Deutschland exportierte Waren im Wert von 28,6 Mio. Yen und importierte Waren im Wert von 4,1 Mio. Yen. Der Erste Weltkrieg beendete den Handel zwischen der k.u.k. Monarchie und Japan.

In der Zwischenkriegszeit entwickelten sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Staaten zum beiderseitigen Vorteil. Der Löwenanteil der österreichischen Ausfuhren nach Japan entfiel auf die Stahlindustrie, von 10,5 Mio. ATS im Jahre 1936 schnitten 8,7 Mio. ATS fertige Stahlwaren weitaus am besten ab. Demgegenüber führte Österreich Waren im Ausmaß von 7,5 Mio. ATS aus Japan ein.⁸⁾

Nach dem Zweiten Weltkrieg nahmen Österreich und Japan nach dem Wiederaufbau einen großen Wirtschaftsaufschwung. Es soll hier am Rande erwähnt werden, dass durch die Flächenbombardements der *U.S. Air Force* fast alle wichtigen Städte Japans einem Trümmerhaufen ähnlich der österreichischen Stadt Wiener Neustadt glichen. Nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen kam auch der Außenhandel zwischen Japan und Österreich wieder in Schwung. Dieser ist aber aufgrund des Größenunterschiedes und unterschiedlicher Wirtschaftsstrategien seit Jahrzehnten bescheiden. Japan ist für Österreich und auch umgekehrt Österreich für Japan kein wichtiger Handelspartner. Im Laufe der letzten Jahre gingen im Durchschnitt lediglich 1% aller Exporte Österreichs nach Japan und 0,3% aller Exporte von Japan nach Österreich. Ähnlich verhält es sich mit dem Importen. Japanische Importe aus Österreich machen lediglich 0,2% und österreichische Importe aus Japan nur 1,8% aus. Die österreichischen Exporte nach Japan setzten sich aus fünf Gütergruppen zusammen und hatten beispielsweise 2006 einen Wert von rund 1 Mrd. EUR.⁹⁾ Die einzelnen Gütergruppen sind: Maschinenerzeugnisse und Fahrzeuge (Straßenfahrzeuge, Arbeitsmaschinen für besondere Zwecke und Luftfahrzeuge) rund 33%, bearbeitete Waren (Holz, Metall, Papier und Glas) 25%, Rohstoffe 14%, Nahrungsmittel und lebende Tiere 5% und sonstige

Fertigwaren (Sportgeräte, Möbel und Prüfgeräte) 12%. Die wichtigsten österreichischen Unternehmen, die in Japan hohes Ansehen genießen, sind: Hörbiger-Ventile, Plasser&Theurer, AVL List, Plansee, SEZ, Magna Steyr, Swarovski, Riedel, Augarten, KTM und seit kurzer Zeit auch Red Bull. Die österreichischen Importe aus Japan setzten sich aus vier Gütergruppen zusammen und betrug 2006 rund 1,9 Mrd. EUR. Die einzelnen Gütergruppen sind: Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge (Straßenfahrzeuge, Nachrichtengeräte, Büro- und EDV-Maschinen) 74,5%, sonstige Fertigwaren (Foto, optische Erzeugnisse, Uhrmachererzeugnisse, Videomessgeräte, Prüfgeräte) 10%, bearbeitete Waren (chemische Erzeugnisse) 9%, der Rest entfällt auf Rohstoffe (Holz), Nahrungsmittel und lebende Tiere.¹⁰⁾

Österreich ist für japanische Touristen ein attraktives Reiseziel. Im Jahre 2006 besuchten rund 268.000 Japanerinnen und Japaner Österreich, während lediglich 12.319 Österreicherinnen und Österreicher nach Japan reisten.¹¹⁾ Japan kann sich in den nächsten Jahren zu einem touristischen Hoffungsmarkt entwickeln, da bis 2010 in Japan rund 5,5 Millionen Arbeitnehmer in Pension gehen und sich in der Pension vermehrt dem Reisen zuwenden werden.

Beziehungen in Wissenschaft, Kunst und Kultur

Das Studium der Orientalistik war in Wien bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts sehr populär. So verwundert es nicht, dass sich Wissenschaftler der Universität Wien noch vor der Öffnung Japans mit der japanischen Kultur auseinandersetzten. So verdanken wir Pfizmaier die Übersetzung eines japanischen Romans ins Deutsche.¹²⁾ Trotz des Abschlusses eines Vertrages mit Japan blieb das wissenschaftliche Interesse an Japan eher gering, und es waren vor allem Einzelpersonen, die Informationen über Japan sammelten und auswerteten. Der wohl bekannteste Wissenschaftler war Karl Ritter von Scherzer, der als wissenschaftlicher Leiter der ersten Ostasienexpedition einen umfangreichen Bericht über die Reise verfasste. Was Pfizmaier in Wien war, war Mori Ogai in Japan.¹³⁾ Neben seiner Tätigkeit als bekannter Schriftsteller der Meiji-Periode übersetzte er neben Goethes „Faust“ auch Werke der österreichischen Schriftsteller Schnitzler, Hofmannsthal und Rilke.

Der Austausch von Wissenschaftlern zwischen den beiden Ländern begann um die Jahrhundertwende intensiver zu werden. Viele japanische Wissenschaftler verbrachten Studiensemester in Wien, beispielsweise der japanische Arzt Doi Keizo oder der Forstwirt und Professor an der kaiserlichen Universität in Tokio Moroto Kitano. Im Gegenzug verbrachten österreichische Wissenschaftler Studienaufenthalte in Japan, beispielsweise der Naturforscher Hans Molisch und der Arzt Ferdinand Albert Junker.¹⁴⁾

Die moderne Japanforschung in Österreich ist eng mit dem Namen Oka Masao verbunden, durch dessen Engagement im Jahr 1938 ein Lehrstuhl für Japankunde an der Universität Wien eingerichtet wurde. Durch die Kriegswirren wurde das Institut 1944 geschlossen. Nach dem Krieg begann der Japanunterricht wieder 1947. Nach mehreren Anläufen gelang 1965 die Gründung eines neuen unabhängigen Instituts für Japanologie, dessen erster Leiter Alexander Slawik wurde. Nach Slawik übernahm Josef Kreiner die Leitung bis 1977. Ab 1978 bis zur Auflösung als eigenständiges Institut war Sepp Linhart Institutsvorstand. Nach der Zusammenlegung

der Institute für Japanologie, Sinologie und Koreanologie entstand das Institut für Ostasienwissenschaften, dessen Leiter zurzeit Sepp Linhart ist. Die Japanforschung außerhalb der Universität Wien ist nur marginal vorhanden, etwa im Bereich der Wirtschafts-, der Rechts- und Musikwissenschaften sowie der angewandten Kunst. Eine Publikationstätigkeit, abgesehen von den Fachbüchern und Fachaufsätzen der Japanologen der Universität Wien, gibt es nur in eingeschränktem Ausmaß.¹⁵⁾ So veröffentlicht die Österreichische Militärische Zeitschrift in regelmäßigen Abständen einen Länderbeitrag Japan, der die jeweils aktuelle sicherheitspolitische Lage Japans analysiert. Eine groß angelegte Österreichforschung gibt es in Japan nicht, dennoch existiert an der Sophia-Universität in Tokio eine Österreich-Sektion. Diese Österreich-Sektion betreut eine Büchersammlung *Austriaca*, die Ende der 1980er-Jahre durch den damaligen Leiter, den Jesuitenpater Ludwig Armbruster, in weiten Teilen Japans bekannt gemacht wurde.

Die Beziehungen im Bereich Kunst und Kultur waren von Beginn an vor allem auf dem Gebiet der Musik am weitesten entwickelt. Dass die Musik zu Österreichs tüchtigstem Botschafter geworden ist, verdanken wir vermutlich einem Attaché der österreichischen Botschaft, der der Kaiserin auf dem Bösendorferklavier österreichische Tanzmusik von Johann Strauß vorspielte.¹⁶⁾ Seitdem wurden im Laufe der Jahrzehnte Philharmoniker, Sängerknaben, Symphoniker, Volks- und Staatsoper zu regelmäßigen Gästen in Japan.¹⁷⁾ Demgegenüber blieben die japanische Musik und das japanische Theater (*No* und *Kabuki*) in Österreich weitgehend unbekannt.

Sportbeziehungen

Vor dem Eintreffen des k.u.k. Majors des Generalstabes Theodor von Lerch findet man in Japan nur vereinzelt „Schispieler“. Die ersten zwei, drei Paar Schier, die gegen Ende des 19. Jahrhunderts nach Japan gelangten, waren Militärschier aus Norwegen, Schweden und der Schweiz.¹⁸⁾ Doch fehlten Instruktoren dazu, die über die praktische Anwendung informiert gewesen wären, und so konnten diese Schier nicht mehr als bloß Neugierde erwecken. 1910 gelangten zwei Paar schwedische Militärschier und ein Schlehrbuch an ein Regiment in Takada in der Präfektur Niigata, die das Interesse zweier Offiziere dieses Regiments weckten. Kommandant Nagaoka hatte bereits 1902 als Militärattaché in Berlin bei einer Reise nach Skandinavien Schi gesehen, Stabsoffizier Yamaguchi 1900 schon in einer französischen Militärzeitschrift über die Gründung der Heeresschule in Frankreich gelesen. Genau diesem Regiment wurde dann auch 1910 Theodor von Lerch zugeteilt. Als Lerch am 29. November 1910 in Japan angekommen war, hatte man nämlich dort bereits von seinen Fähigkeiten im Schilau Bescheid gewusst. Man bat Lerch, in Takada Schilau zu unterrichten. Nach Lerchs Plänen wurden im Arsenal in Tokio zehn Paar Schier angefertigt, die die Grundlage für den Schiunterricht bildeten. Diese Schier waren den Schiern nachgebaut, die Lerch nach Japan mitgebracht hatte. Mit der Ausrüstung und dem Können von Lerch begann am 12. Jänner 1911 der Schiunterricht. Zwei Monate lang unterrichtete Lerch in Theorie und Praxis, hauptsächlich Stembogen und Stembfahren. Dank seiner außergewöhnlichen Erfahrung und des pädagogischen Geschicks gelang es Lerch auch, Zivilpersonen für das Schifahren zu begeistern. Es waren vor allem Lehrer, Journalisten, Studenten und Beamte, die den Schilau

erlernten. Noch 1911 wurde in Japan in Niigata der erste Schiklub gegründet, der bei der Gründung bereits 1.000 Mitglieder umfasste. Der Schillauf begann sehr bald populär zu werden, und man gründete eine Schizeitung, komponierte ein Schilied und erfand die „Schisuppe“. Im Kreis der Schibegeisterten befand sich auch der hoch dekorierte Feldmarschall Nogi, der Lerch ein Gedicht widmete. Als Lerch am 29. September 1912 Japan verließ und nach Österreich zurückkehrte, war der Schillauf in Japan eingeführt und nicht mehr aus der Sportwelt wegzudenken. Lerch selbst genießt seitdem in Japan ein besonders Andenken, man stellte sogar zwei Denkmäler für ihn auf. Lerch legte mit seinem Wirken den Grundstein für eine lange und erfolgreiche Zusammenarbeit zweier Staaten auf sportlichem Gebiet. Es gibt wohl kaum eine andere derartige Partnerschaft auf dem Sportsektor, in der eine fast 100-jährige Partnerschaft besteht.

Welchen Stellenwert dem Engagement Lerchs in der heutigen Gesellschaft Japans zukommt, beweisen mehr als 20 Millionen praktizierende Schifahrer. Vom Wirken Lerchs profitiert aber nicht nur der Wintersport in Japan, sondern auch die österreichische Wintersportartikelerzeugung, die in Japan einen durchschnittlichen Marktanteil von 37% innehat.¹⁹⁾ Lerchs Leistung ist hierzulande unbedankt geblieben und geriet in Vergessenheit. Lerch hat zwar keine herausragenden Waffentaten im Ersten Weltkrieg vorzuweisen, dennoch sollte das Wirken Lerchs mehr gewürdigt werden, beispielsweise als Name für einen Jahrgang an der Theresianischen Militärakademie.

Das Wirken von Lerch bildete den Grundstein für die Begeisterung zum Schillauf in Japan. Japan machte innerhalb von zwei Jahrzehnten große Fortschritte in Bezug auf die Qualität der Schiausbildung. Ein anderer Österreicher gab im Jahre 1930 einen weiteren wichtigen Impuls zu einer weiteren Verbesserung des Schilaufs in Japan. Der Tiroler Schilehrer Hannes Schneider²⁰⁾ reiste auf Einladung des Prinzen Chichibu im Frühjahr 1930 über Sibirien nach Japan und verblieb dort rund drei Monate. In dieser Zeit hielt er Vorträge und gab auch praktischen Unterricht im Schillauf. Er brachte damit die modernsten Erkenntnisse der österreichischen Schischule nach Japan. Während seines Aufenthaltes lernte er auch General Nagaoka, einen erfolgreichen Feldherrn des russisch-japanischen Krieges kennen, der Zeit seines Lebens ein Förderer des Schilaufes war. Schneider wollte nach seiner Rückkehr noch einmal 1938 nach Japan reisen. Als strikter Gegner der Nationalsozialisten musste er jedoch Österreich verlassen und in die USA auswandern, wo er im Bundesstaat New Hampshire den Schillauf salonfähig machte und dort noch heute große Bewunderung genießt.

Nach Lerch und Schneider waren es vor allem Schirennläufer, die die schisportlichen Kontakte zwischen Österreich und Japan festigten. Für Japan war die Leistung des österreichischen Schi-Wunderteams besonders interessant. Einen fixen Platz nimmt der Kampf um die Goldmedaille während der Olympischen Spiele 1956 in Cortina d'Ampezzo zwischen dem österreichischen Schirennläufer Toni Sailer und dem japanischen Slalomkünstler Chiharu Igaya ein. Die Silbermedaille von Igaya blieb bis heute die einzige japanische Alpinmedaille, die Japan bei Olympischen Spielen errungen hat. Neben Toni Sailer hatten auch Stefan Kruckenhauser und Franz Hoppichler großen Einfluss auf die Weiterentwicklung

des Schilaufs in Japan.²¹⁾ Der Vollständigkeit halber soll nicht unerwähnt bleiben, dass auch Angehörige des österreichischen Bundesheeres in Japan Schiunterricht gegeben haben. In den 1960er-Jahren waren es die Offizierstellvertreter Niederreiter und Hutter.²²⁾ In der jüngeren Vergangenheit waren es wiederum Schirennläufer, die die Popularität des österreichischen Schilaufes in Japan am Leben erhielten. Der Ausschluss des Schirennläufers Karl Schranz von den Olympischen Spielen in Sapporo 1972 und der Sturz von Hermann Maier sowie der am Tag darauf erfolgte Triumph im Herren Super G bei den Olympischen Spielen in Nagano 1998 haben in Japan Schigeschichte geschrieben.²³⁾

Die Kampftechnik Jiu-Jitsu aus Asien war in Österreich bereits um die Wende zum 20. Jahrhundert bekannt.²⁴⁾ Aus dieser Sportart entwickelte Professor Dr. Jigoro Kano um 1882 Judo (Judo bedeutet soviel wie sanfter Weg). Kano selbst kam 1933 nach Wien und veranstaltete zwei Vorführungen der neuen Sportart. Eine Vorführung fand in den Räumlichkeiten des ersten österreichischen Jiu-Jitsu-Klubs in der Taborstraße 1, die zweite Veranstaltung vor Polizeischülern in der Marokkanerkaserne statt. Kano kam ein zweites Mal 1934 nach Wien und versuchte dabei durch weitere Vorführungen Judo populär zu machen. Es war vor allem Peter Seisenbacher, der durch seine Trainingsaufenthalte in Japan erst jene mentale Stärke erhielt, die ihn befähigte, bei den Olympischen Spielen in Los Angeles und Seoul in der Gewichtsklasse bis 86 kg die Goldmedaille im Judo zu erringen. Österreich wurde dadurch in Japan bekannter, und in Österreich erhielt der Judo-Sport einen ungeheuren Auftrieb, der bis heute anhält. Als erste Österreicherin gewann Claudia Heil in der Gewichtsklasse bis 63 kg bei den Olympischen Sommerspielen in Athen 2004 eine Silbermedaille.

Militärische Beziehungen

Nach der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und Österreich-Ungarn war es vor allem die Kriegsmarine, die im Zuge von überseeischen Ausbildungsreisen der jungen Seekadetten Ostasien ansteuerte. Ein Schiff, das 1874 nach Japan geschickt wurde, war die Korvette *Erzherzog Friedrich*, die volle sechs Wochen auf der Reede von Yokohama lag. Weitere Schiffe waren die *Aurora* und das Kanonenboot *Nautilus*, das sich 1885/86 über drei Monate in japanischen Häfen aufhielt. Schließlich lief *Fasana* 1888 Japan an, an Bord war niemand geringerer als Erzherzog Leopold Ferdinand von Toskana als Seekadett. Auf dem Schiff befand sich auch als Seekadett Richard Makovitz, der sich 25 Jahre später bei Kriegsausbruch als Kommandant des Panzerkreuzers *Kaiserin Elisabeth* in Tsingtao befand. Weitere Schiffe der k.u.k. Kriegsmarine, die Japan anliefen, waren die *Kaiser Franz Joseph I.*, *Fruntsberg*, *Kaiser Karl VI.*, *Zenta*, *Maria Theresia* und *Aspern*.²⁵⁾

Durch den siegreichen Feldzug gegen China 1894/95 und die erfolgreiche Beteiligung japanischer Truppen bei der Niederschlagung des Boxeraufstandes 1900/01 entstand ein reges Interesse an der japanischen Armee und Marine. Während des russisch-japanischen Krieges 1904/05 entsandte die k.u.k. Armee den Militärattaché Hauptmann Adalbert Dani und den Oberleutnant des Generalstabes Erwin Freiherr von Franz als Beobachter zum japanischen Heer. Die beiden Offiziere erhielten eine Audienz beim Tenno und wurden

auch vom Marineminister Yamamoto empfangen. Anlässlich des Besuches hielt Yamamoto eine Rede, bei der er die k.u.k. Kriegsmarine mit der japanischen Marine verglich. Er kam dabei zum Schluss, dass beide Marinen einander ähnlich seien, beide hätten nämlich kein Geld. Beide Offiziere konnten nach den Kämpfen um Port Arthur Eindrücke vom Sieg der Japaner sammeln. Ferner konnte Dani sich von den präzisen Schießergebnissen der Japaner überzeugen. Vom Generalstabschef der I. Armee, General Fujii, der früher zwei Jahre lang als Militärattaché in Wien verbracht hatte, erfuhr Dani, dass die japanischen Truppen das Schießen von der k.u.k. Armee gelernt hatten. Die Lehren, die man eigentlich aus dem Krieg ziehen hätte sollen, fielen in Österreich aber nicht auf fruchtbaren Boden, denn sonst wären nicht die horrenden Verluste zu Beginn des Ersten Weltkrieges an der Ostfront zu erklären gewesen, oder man hat im Kriegsministerium in Wien aus den Berichten des russisch-japanischen Krieges die falschen Schlüsse gezogen.²⁶⁾ Die wohl wichtigste Entsendung eines Militärbeobachters nach Japan betraf den jungen Major des Generalstabes Theodor von Lerch, der zu Studienzwecken 1910/12 nach Japan, Korea und in die Mandschurei geschickt wurde. Während seines Aufenthaltes in Japan lehrte Lerch - wie bereits dargestellt - japanische Soldaten und auch Zivilisten den alpinen Schilauflauf.

Weniger bekannt ist die Zusammenarbeit Japans mit der Marine der k.u.k. Monarchie. Im Zuge der Modernisierung des Reiches hatte Japan großes Interesse an engen Kontakten zu Österreich-Ungarn. Es kam zu regelmäßigen Besuchen von japanischen Marineoffizieren, Marinetechnikern und Marineärzten. Der größte japanische Flottenbesuch fand 1907 statt, bestehend aus den beiden Kreuzern *Tsukuba* und *Chitose* unter dem Kommando des kaiserlichen Vizeadmirals Goro Ijuin.

Zwischen Japan und Österreich fand ein Austausch von militärdiplomatischem Personal in der Form von Militärattachés und Marineattachés statt. Japan entsandte ab 1882 Militärattachés und ab 1909 auch Marineattachés nach Wien. Wien entsandte ab 1904 Militärattachés und zwischen 1904 und 1907 auch einen Marineattaché.²⁷⁾

Japan und Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg

Die insgesamt sehr guten Beziehungen zwischen Japan und Österreich-Ungarn erlitten durch den Ersten Weltkrieg einen Rückschlag. Dass sich Japan und Österreich-Ungarn überhaupt den Krieg erklärten, war alles andere als erwünscht, aber durch die Dynamik der Bündnissysteme nicht abzuwenden. Der Krieg in Ostasien war weder für das Deutsche Reich noch für Österreich-Ungarn aus militärischer wie auch aus politischer Sichtweise wünschenswert. Dem Generalstab in Berlin war klar, dass das Tsingtao in China und die deutschen Gebiete im Pazifik gegen Japan nicht ernsthaft verteidigt werden konnten. Österreich-Ungarn, das keine Kolonien in Ostasien besaß, wollte eigentlich keinen Krieg mit dem Kaiserreich Japan. Das große Pech für Österreich war, dass der alte Panzerkreuzer *S.M.S. Kaiserin Elisabeth* in ostasiatischen Gewässern kreuzte. Die Fahrt zurück nach Österreich war viel zu gefährlich. Der Anschluss an das deutsche Ostasiengeschwader war aufgrund des Alters des Schiffes auch nicht möglich, und um sich in das neutrale Amerika abzusetzen, reichten die Kohlen nicht aus. Daher entschloss sich der Kapitän nach Tsingtao einzulaufen. Damit war der Ball beim Marineministerium und bei der Diplomatie. Ab Mitte August 1914 überschlugen sich die Ereignisse. Am 24. August erhielt der

Kommandant der *Kaiserin Elisabeth*, Fregattenkapitän Richard Makovitz, den Befehl, das Schiff abzurüsten und die Mannschaft nach Tientsin in das neutrale China zu entsenden. In aller Eile wurde das Schiff abgerüstet, die Munition an Land gebracht, und das Gros der Mannschaft begab sich mit der Bahn nach Tientsin. In der Zwischenzeit fand beim deutschen Kaiser Wilhelm II. in Berlin ein Bankett statt, an dem auch General Graf Josef Stürgkh, der im deutschen Generalstab Dienst versah, an der Seite vom Kaiser sitzend teilnahm. Während des Essens soll der deutsche Kaiser zu Stürgkh vorwurfsvoll gesagt haben: „*Und nun verlässt mich auch noch mein einziger Bundesgenosse im Fernen Osten! Was wird das für einen Eindruck auf die gelbe Rasse machen!*“²⁸⁾ Wien beeilte sich daraufhin „Nibelungentreue“ zu zeigen und erteilte dem Kommandanten der *Kaiserin Elisabeth* den Befehl zum Mitkämpfen. In aller Eile mussten alle Besatzungsmitglieder wieder einrücken. Bis auf zwei Offiziere und 94 Unteroffiziere gelang es allen übrigen rund 300 Mann zum Schiff zurückzukehren. Die schweren Bug- und Heckgeschütze des Schiffes wurden an Land gebracht und dort in den deutschen Verteidigungsring mit eingebaut. Die Entscheidung, die *Kaiserin Elisabeth* mitkämpfen zu lassen, bedeutete damit Krieg gegen Japan. Die in Japan befindlichen österreichisch-ungarischen Diplomaten, unter ihnen der Militärattaché Oberstleutnant des Generalstabes Putz, mussten das Land verlassen und reisten in die USA ab. Die „Liesl“, wie das Schiff von ihrer Besatzung genannt wurde, leistete bei der Verteidigung des Hafens wertvolle Dienste. Als am 1. November die gesamte Munition verschossen war, wurde das Schiff am 2. November in der Früh gesprengt. Der Kampf um Tsingtao war am 7. November mit der Kapitulation der deutschen Festung zu Ende. Am 9. November fand die feierliche Beerdigung der während der Kämpfe gefallenen zehn Alt-Österreicher statt. Rund 300 Matrosen der *Kaiserin Elisabeth* gerieten in japanische Kriegsgefangenschaft.²⁹⁾ Rund 250 Personen kamen nach Himeiji, 44 Mann nach Kumamoto, sieben Mann nach Shizuoka, fünf Mann nach Osaka, der Kommandant mit einem Mann nach Fukuoka, wohin auch der deutsche Kommandant Kapitän zur See Meyer-Waldeck gebracht wurde. Insgesamt wurden die Tsingtao-Kämpfer auf zehn verschiedene Lager verteilt. Diese Lager waren zunächst behelfsmäßige Lager, darunter viele Tempelanlagen. Erst im Laufe des Jahres 1915 wurden die Lager durch Zusammenlegungen gestrafft. Das Lager von Himeiji wurde dabei nach Aonogahara in der Nähe von Himeiji verlegt, dem Truppenübungsplatz der *10. Division*. In diesem Lager befanden sich die meisten Österreicher. Das Lagerleben war angenehm. Die Gefangenen durften ihre eigenen Küchen und Bäckereien betreiben und sich auch handwerklich betätigen. Die angefertigten Waren durften die Gefangenen an die ortsansässige Bevölkerung verkaufen. Mit den erzielten Verkaufserlösen durften die Gefangenen japanische Waren einkaufen, und es war ihnen sogar erlaubt Geishas aufzusuchen. Während der Gefangenschaft in Japan starben fünf Mann an Grippe. Nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte wurden die Nicht-Österreicher und Nicht-Ungarn rasch freigelassen und repatriert, sodass von der Schiffsbesatzung der *Kaiserin Elisabeth* nur Deutschösterreicher und Ungarn zurückblieben. Erst Ende Dezember 1919 wurden diese Personen in Kobe auf den japanischen Dampfer *Kifuku Maru* eingeschifft und nach Europa gebracht, wo sie im Februar 1920 in Wilhelmshaven eintrafen. Die Weiterreise erfolgte mit der Bahn, sodass die Deutschösterreicher Anfang März 1920 in Österreich ankamen.

Neben dem Aufeinandertreffen von militärischen Einheiten der k.u.k. Monarchie und japanischen Truppen gab es ein weiteres kriegsbedingtes Aufeinandertreffen von Marineeinheiten der k.u.k. Kriegsmarine und der kaiserlich japanischen Marine im Mittelmeer. Auf Drängen der Alliierten entsandte Japan 1915 einen Kreuzer und 16 Zerstörer zur Sicherung der Seewege in das Mittelmeer. Das Hauptquartier der Japaner befand sich auf der Insel Malta. Bei dem Einsatz wurde am 11. Juni 1917 der moderne Zerstörer *Sakaki* durch das Unterseeboot *U 27* schwer beschädigt. 50 japanische Seeleute kamen ums Leben. *U 27* selbst entging erfolgreich allen Versuchen des Zerstörers, das U-Boot mit Wasserbomben zu versenken. Der Zerstörer konnte über Wasser gehalten, eingeschleppt und repariert werden. Das Unterseeboot setzte seine Fahrt fort und gelangte auf der Feindfahrt noch zu zwei weiteren erfolgreichen Torpedierungen französischer Schiffe.³⁰⁾

In der Zwischenkriegszeit gab es keinen Austausch von militärdiplomatischem Personal. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es zwischen Japan und Österreich keine engen militärischen Kontakte. Österreich unterhält keinen Militärattaché in Japan, jedoch ist der österreichische Militärattaché in der Volksrepublik China auch für Japan mitakkreditiert. Japan hingegen hat einen Militärattaché in Wien eingerichtet, der gleichzeitig Japan in militärischen Belangen bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) vertritt.³¹⁾

Das wechselseitige Bild von Österreich und Japan heute

Das Rollenbild eines Staates in der Fremde wird vielfach von modernen Strömungen bestimmt, und es unterliegt auch den Modetrends. Österreich ist als Land in Japan wenig bekannt, dies liegt darin, dass Japan den Kontinent Europa nur als Ganzes wahrnimmt und bestenfalls in einen deutschsprachigen, englischsprachigen und französischsprachigen Teil trennt. Viele Leute kennen allerdings Wien als Weltstadt der Musik, Mozart und seine Geburtsstadt Salzburg und auch Österreich als die Wiege des alpinen Schilaufes. Weiterführendes Wissen über Österreich darf man in Japan grundsätzlich nicht erwarten.

Umgekehrt ist es auch nicht anders. Man darf in Österreich auch nicht erwarten, dass der Durchschnittsösterreicher viel über Japan weiß.

Zukünftiges Entwicklungspotenzial der bilateralen Beziehungen

Beurteilt man die sicherheitspolitische Weltlage, so kann man davon ausgehen, dass sich die Beziehungen zwischen Japan und Österreich in den nächsten Jahren weiterhin zum beiderseitigen Vorteil entwickeln werden. Es gibt einige Bereiche, in denen ein vertiefter Ausbau der bilateralen Beziehungen wünschenswert und auch möglich ist. Hierzu zählen die Forschung und der militärische Bereich. Im erstgenannten Bereich wäre eine engere Zusammenarbeit in der Robotertechnologie und der Pharmaindustrie wünschenswert. Im Bereich der militärischen Beziehungen, der zur Zeit gekennzeichnet ist durch eher geringe Aktivitäten auf beiden Seiten, sollten die komparativen Vorteile jedes Landes genutzt werden, um zu engeren militärischen Kontakten zu kommen. Von österreichischer Seite könnten hier die Erfahrungen von Auslandseinsätzen, in der Katastrophenvorsorge sowie im Krisenmanagement und die

Alpin- und Schiausbildung eingebracht werden. Von japanischer Seite könnten hier die Erfahrungen bei der Personalrekrutierung sowie die Wiedereingliederung in das zivile Berufsleben und jene im Umgang mit Elementar- und Naturkatastrophen eingebracht werden. Darüber hinaus sollte auch der Austausch von Soldaten als Kursteilnehmer inklusive der dafür erforderlichen Sprachausbildung angedacht werden.

ANMERKUNGEN:

- 1) Vgl. J. W. Hall: Das Japanische Kaiserreich, Fischer, Frankfurt a. Main 1968; E. Vitzthum: Die Briefe des Francisco de Xavier, Kösel-Verlag, München 1950; H. Surla: Reisen in Japan, Verlag der Nation, Berlin 1974.
- 2) Vgl. P. Pantzer: Japan und Österreich-Ungarn, Beiträge zur Japanologie, Wien 1973, S.17ff bzw. S.81ff.
- 3) E. Körner-Lakatos: Ein Japaner zog Österreichs Grenze, Zurzeit Edition, Wien 2005, S.106ff.
- 4) J. Kreiner: Japan und die Mittelmächte, Bouvier, Bonn 1986, S.214ff.
- 5) Homepage der japanischen Botschaft in Wien und Homepage des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten.
- 6) Vgl. P. Pantzer, a.a.O., S.103ff.
- 7) Vgl. The New York Times, July 13, 1905 (Japanese Trade).
- 8) Vgl. J. Kreiner, a.a.O., S.227ff.
- 9) Vgl. Wirtschaftskammer Österreich (WKO), Außenhandelsstelle Tokio: Länderbericht Japan.
- 10) Vgl. WKO, Außenhandelsstelle Tokio: Länderbericht Japan.
- 11) Ebenda.
- 12) Vgl. P. Pantzer, a.a.O.
- 13) Atsushi Hirano: Die Rezeption österreichischer Literatur in Japan, in S. Linhart und K. Schmid: Mehr als Maschinen für Musik, Literas, Wien 1990, S.81.
- 14) Vgl. P. Pantzer, a.a.O., S.87ff.
- 15) Vgl. Homepage des Instituts für Ostasienwissenschaften/Japanologie der Universität Wien.
- 16) Vgl. P. Pantzer, a.a.O.
- 17) Vgl. I. Satzinger in: S. Linhart und K. Schmid, a.a.O., S.75.
- 18) Vgl. A. Kramer: Die Geschichte des Schisports in Japan. In: Linhart und K. Schmid, a.a.O., S.61ff.
- 19) Vgl. Foreign Press Center Japan (Hrsg): Facts and Figures of Japan: Edition, Tokio.
- 20) Vgl. H. Schneider: Auf Schi in Japan, Tyrolia Verlag, Innsbruck 1935.
- 21) Vgl. A. Kramer: Die Geschichte des Schisports in Japan, a.a.O., S.68ff.
- 22) Offizierstellvertreter Hutter, damals Angehöriger der Jägerschule hielt sich von 1965 bis 1966 in Japan auf und lehrte Schilaufr, unter anderem in Shigakogen.
- 23) Homepage Olympisches Komitee.
- 24) Homepage des Österreichischen Judoverbandes.
- 25) Vgl. P. Pantzer, a.a.O., S.153ff.
- 26) Vgl. P. Pantzer, a.a.O., S.127ff.
- 27) Vgl. P. Pantzer, a.a.O., Anhang XII bis XV, S.202ff.
- 28) Vgl. J. Kreiner, a.a.O., S.179.
- 29) Vgl. Rot-weiss-rot auf gelbem Meer, Österreichische Militärgeschichte, Stöhr, Wien 1996, S.28ff und J. Kreiner, a.a.O., S.182ff.
- 30) Vgl. O. Trulei: Torpedo los auf SAKAKI!. In: Österreich Maritim, März 2002, S.20.
- 31) Vgl. Handbuch der japanischen Streitkräfte, japanische Publikation, Tokio 2007.

Dr. Dr. Harald Pöcher

Geb. 1956; Brigadier; 1975 bis 1978 Theresianische Militärakademie; 1978 bis 1982 Ausbildungssoffizier und Lehrzugskommandant an der Militärakademie; 1982 bis 1990 Sanitätsschule; 1982 bis 1990 Studium der Volkswirtschaft, anschließend Militärkommando Burgenland; seit 1996 Bundesministerium für Landesverteidigung, zurzeit Leiter der Revisionsabteilung B; Leiter des Sachgebietes Wirtschaft der Bundesheerreformkommission 2010; 2008 Habilitation an der Zrinyi Miklós Universität in Budapest.

Die NATO-Osterweiterung und der Streit um Einflussssphären in Europa

Heinz Brill

Am 4. April 2009 jährte sich zum 60. Mal die Unterzeichnung des NATO-Vertrages. Der Jubiläumsgipfel fand beiderseits des Rheins in Straßburg, Kehl und Baden-Baden statt. Grund genug, sich mit den historischen Umständen der Gründung der NATO, ihrer Geschichte und mit ihrer möglichen künftigen Entwicklung auseinanderzusetzen. Bei dieser Analyse steht die Bewertung des Erweiterungsprozesses der NATO im Mittelpunkt!

Die 1997 beschlossene Ost-Erweiterung der NATO um Polen, Tschechien und Ungarn gehört zu den wichtigsten Ereignissen in der euroatlantischen Sicherheitspolitik seit dem Ende des Kalten Krieges. Nur wenige Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer, der Selbstauflösung des Warschauer Paktes und dem Zusammenbruch der Sowjetunion öffnete sich die NATO den Kernländern Ostmitteleuropas. Im Rahmen der „Erweiterungsstrategie“ der NATO traten im Jahre 2004 sieben Staaten und im Jahre 2009 zwei weitere Staaten bei. Des Weiteren plädieren insbesondere die USA, Großbritannien und die ostmitteleuropäischen Staaten für die Aufnahme der Ukraine und Georgiens. Diese permanente „Erweiterungsstrategie“ hat sowohl innerhalb der NATO als auch zwischen der NATO und Russland zu kontroversen Debatten geführt.

Der gegenwärtige Streit um Einflussssphären in Europa wurde wegen der Interessenkollision der Mächte im Georgien- bzw. Kaukasus-Konflikt ausgelöst. Hierbei wurde deutlich: Die Zukunft des post-sowjetischen Raumes wurde bisher zwischen EU, NATO und Russland nicht ausreichend diskutiert und die russischen Vorschläge nicht ausreichend geprüft. Zurzeit wird ein geopolitisches Szenario immer deutlicher, in dem die nach Osten erweiterten Institutionen NATO und EU ohne „Pufferzone“ direkt auf Russland treffen.

Zum Begriff „Einfluss-“ bzw. „Interessensphäre“

Unter „Einfluss-“, bzw. „Interessensphäre“ versteht man im weitesten Sinne fremde Land-, Wasser- oder Lufträume, die sich ein Staat oder eine Staatengruppe unter Ausschluss dritter Mächte aus kulturellen, ideologischen, militärischen, politischen oder wirtschaftlichen Gründen als Operationsfeld vorbehalten hat. Diese in der Politikwissenschaft verankerte Begriffsbestimmung enthält drei Wesensmerkmale: den Einflussgegenstand (Interessenobjekt), den Einflussnehmer (Interessenssubjekt) und die Interessenursachen.¹⁾ Der Anspruch auf Interessen- oder Einflussssphären wurde durch die Staaten mit dem Hinweis auf das „Kontinguitätsprinzip“ gerechtfertigt, nachdem ein Territorium kraft seines geografischen Zusammenhangs mit einem anderen effektiv besessenen Gebiet mindestens als Einflusszone beansprucht werden kann.²⁾ In der frühen Neuzeit ließ sich das Konzept der Einflussssphären noch recht leicht umsetzen: Im Jahr 1494 teilten die Kolonialreiche Spanien und Portugal die Welt entlang des 46. Längengrades untereinander auf. Was östlich davon lag, gehörte zu Portugal,

und die westlichen Territorien der beiden Amerikas gehörten zu Spanien. Als auch Großbritannien eine Seemacht wurde, war der Vertrag hinfällig.³⁾

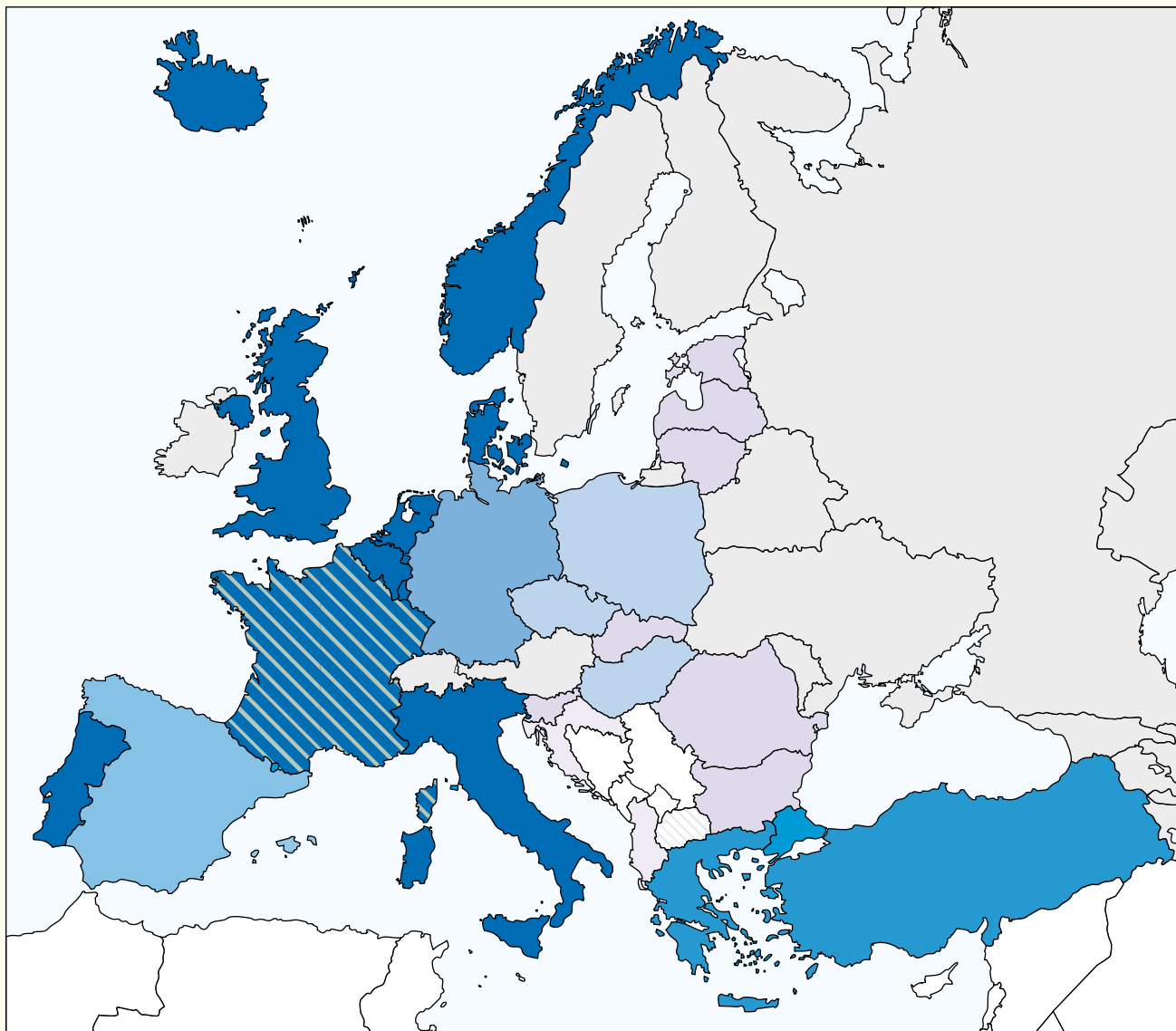
Zu Beginn des 19. Jahrhunderts erklärte der Präsident der USA, James Monroe, die nach ihm benannte Monroe-Doktrin. Die Doktrin legte die Prinzipien der amerikanischen Außenpolitik fest: Einerseits sollten den europäischen Mächten die weitere Erwerbung amerikanischen Kolonialgebiets und die Einmischung in die inneren Angelegenheiten amerikanischer Staaten verwehrt sein; andererseits deklarierten die USA ihren Verzicht auf das Eingreifen in europäische Belange. Diese außenpolitische Erklärung hat sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts zu einem Prinzip der Hegemonialpolitik der USA entwickelt und zu zahlreichen Interventionen gegenüber mittel- und südamerikanischen Staaten geführt. Obwohl die Monroe-Doktrin in ihren Beziehungen zur amerikanischen Diplomatie keine unerhebliche Rolle spielte, wurde ihr im Völkerrecht eine allgemeine Anerkennung versagt.⁴⁾ Das Festhalten an der „Monroe-Doktrin“ des Jahres 1823 („Amerika den Amerikanern!“) stellt dennoch ein traditionelles Element der amerikanischen Außenpolitik dar. Sie wird bis heute als Teil des Staatsinteresses und der Machtprojektion der USA in der „westlichen Hemisphäre“ verstanden.

Die Aufteilung der Erde in Kolonialgebiete und Einflusszonen der europäischen Großmächte kennzeichnete ebenfalls das 19. Jahrhundert. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts setzten die europäischen Mächte ihre „Einflussssphären-Politik“ fort. Die wichtigsten Beispiele sind die Abgrenzung der Einflussbereiche zwischen Großbritannien und Russland vor dem Ersten Weltkrieg in Tibet, Afghanistan und Persien, der Sykes-Picot-Vertrag vom 16. Mai 1916, geschlossen zwischen Großbritannien und Frankreich zwecks Aufteilung der arabischen Gebiete der Türkei, die britisch-italienische Vereinbarung über Äthiopien vom 14./20.12.1925, das geheime Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23.8.1939 und der Drei-Mächte-Pakt zwischen Deutschland, Italien und Japan vom 27.9.1940, in dem die Vertragspartner sich gegenseitig Einflusszonen in Europa und Ostasien zubilligten. Für diese Studie von besonderem Interesse ist der Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion von 1939, in dem die „Interessensphären“ der beiden Staaten zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer gegeneinander abgegrenzt und die Aufteilung Polens ein zentraler Punkt des Abkommens war. Aber auch während der Zeit des Ost-West-Konflikts setzten die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges die „Einflussssphären-Politik“ in Europa fort. Hierzu zwei unterschiedliche Beispiele:

Was Jalta für Jugoslawien bedeutete: Die Formel 50:50 und Belgrads Blockfreiheit während der Zeit des Ost-West-Konflikts

Abb. 1

Der Prozess der NATO-Erweiterung bis 2009



GRÜNDUNGSMITGLIEDER 1949
 USA, Belgien, Dänemark, Frankreich,
 Großbritannien, Island, Italien, Kanada,
 Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal

ERWEITERUNG 1952
 Griechenland, Türkei

ERWEITERUNG 1955
 Bundesrepublik
 Deutschland

Gründungsmitglied Frankreich
 1966 aus dem militärischen Teil des
 Bündnisses ausgetreten, 2009 Reintegration

ERWEITERUNG 1982
 Spanien

ERWEITERUNG 1999
 Tschechische Republik,
 Ungarn, Polen

ERWEITERUNG 2004
 Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen,
 Rumänien, Slowakische Republik, Slowenien

ERWEITERUNG 2009
 Kroatien, Albanien

Beitrittskandidat
 Mazedonien

PARTNERSHIP FOR PEACE (PfP) MITGLIEDER
 Albanien, Armenien, Österreich, Aserbaidschan, Weißrussland, Bulgarien, Estland, Finnland, Georgien, Irland,
 Kasachstan, Kirgisistan, Kroatien, Litauen, Lettland, Moldawien, Rumänien, Russland, Slowakei, Slowenien,
 Mazedonien, Schweden, Schweiz, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan

Quelle: NATO (<http://www.nato.int>), Stand: August 2009

Die Teilung Europas in Einflussphären, die mit dem Namen Jalta verknüpft ist, hat direkt oder indirekt auch die außenpolitische Stellung Jugoslawiens bis zum Zerfall des Staates beeinflusst. Für Jugoslawien war freilich nicht die Konferenz auf der Krim vom Februar 1945 maßgebend; wichtiger waren die Gespräche zwischen Churchill und Stalin in Moskau um den 10. Oktober 1944.⁵⁾ An diesem Tage überreichte der britische Premierminister dem sowjetischen Diktator jenen ominösen Zettel, auf dem er als Vorschlag den jeweiligen „Einfluss“ in den einzelnen Ländern Südosteuropas in Prozenten ausdrückte. Stalin zeigte sich im Prinzip damit einverstanden. Damit waren die jugoslawischen Einflussbereiche zwischen Ost und West im Verhältnis 50:50 aufgeteilt.⁶⁾

Es gab allerdings grundlegende Meinungsverschiedenheiten zwischen den Westmächten und den Sowjets über die Bedeutung des Begriffs „Einflusszonen“. Die Westmächte verstanden ihn als „graue“ strategische Zone, die Sowjetunion begriff ihn anfangs dagegen auch im Hinblick auf das „Gesellschaftssystem“. Ähnliche Differenzen gab es auch in anderen Bereichen. Auch war die Absprache von 1944 (50:50) nie territorial gedacht, etwa in der Form, dass die „östlichen“ Republiken des Landes eines Tages sowjetischem „Einfluss“ zugeschlagen werden könnten und die „westlichen“ demjenigen des Westens. Relativ große Übereinstimmung gab es in Fragen der Geostrategie: Die Sowjetunion machte zu Kriegsende geltend, dass sie aus Zwischeneuropa heraus angegriffen worden sei, weshalb sie einen „Cordon Sanitaire“ bzw. eine Pufferzone für erforderlich hielt. Die Westmächte gestanden ihr dies in Jalta zu. Damit wurde Jugoslawien weder in das westliche Sicherheitssystem noch in die sowjetische Militärstruktur einbezogen.

Jugoslawien unter Tito machte aus der De-facto-„Neutralisierung“, die der Formel 50:50 entsprach, eine aktive Politik der Blockfreiheit. Tito gehörte neben Nehru und Sukarno zu den führenden Politikern jener 25 Staaten, die die Dritte Welt als dritte globale Kraft zu organisieren versuchten. Die Frage bleibt, ob Jugoslawien dies gekonnt hätte, wenn nicht beide Blöcke die Abgrenzung von 1944 stets so peinlich respektiert hätten. In diesem Sinne kann man sagen, hat sich die Stalin-Churchill-Formel von 1944 für Jugoslawien positiv ausgewirkt.⁷⁾ Allerdings nur bis zum Ende des Ost-West-Konflikts. Danach ist der Balkan wieder zu einer instabilen Region in Europa geworden.

Deutschland im geostrategischen Kraftfeld der Super- und Großmächte (1945-1990)

Während der Zeit von 1945 bis zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten im Jahre 1990 lag der zentraleuropäische Raum in den Interessen- und Einflussphären der Super- und Großmächte. Die Sicherheitspolitik der vier Mächte war gegenüber den beiden Staaten in Deutschland von geopolitischen und geostrategischen Doktrinen und Dogmen bestimmt.⁸⁾ Ob man aus amerikanischer Perspektive - im Rahmen der „Containment-Politik“ - vom „War theatre“, aus britischer vom „Battlefield“ oder französischer vom „Glacis“ sprach, die deutsche Bedeutung Kriegsschauplatz, Schlachtfeld oder Vorfeld beschreibt im Ergebnis für die Deutschen stets den

gleichen Sachverhalt der unausweichlich direkten Betroffenheit von jeder kriegerischen Auseinandersetzung im Ost-West-Konflikt.⁹⁾ Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, General Heinz Trettner, folgerte daraus, „dass das deutsche Territorium für jeden unserer Partner etwas anderes bedeutet als für uns selbst.“¹⁰⁾

Wie der Bundesrepublik Deutschland innerhalb der NATO kam der DDR innerhalb des Warschauer Paktes eine besondere geostrategische Bedeutung zu. Die Gegebenheiten der Geografie, der Politik des geostrategischen Vorfelddenkens wirkten zusammen, den östlichen Teil Deutschlands zum Angelpunkt der sowjetischen Sicherheitspolitik in Zentraleuropa zu machen. Die hegemoniale Stellung der Sowjetunion in Ostmitteleuropa schloss von 1945 bis Ende der 1980er-Jahre eine Wiederbelebung antisowjetischer Bündnisse in diesem Raum aus.

Die Interessen- und Einflussphärenpolitik der vier Mächte gegenüber Zentraleuropa bildete zugleich eine wesentliche Rahmenbedingung der Außen- und Sicherheitspolitik beider deutscher Staaten. Die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts für das ganze Deutschland in Einheit und Freiheit stand während der Zeit des Ost-West-Konflikts nicht auf der Tagesordnung. Noch im Jahre 1987 stellte der damalige Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Bernhard Friedmann, die geopolitische Lage in Zentraleuropa wie folgt dar: „*Es ist sicher zweckmäßig, sich bei der Beurteilung der schwierigen politischen und strategischen Fragen das zeitgeschichtliche Grundmuster der Ost-West-Lage vor Augen zu halten. Dabei ist festzustellen, dass die politische und strategische Lage auf der nördlichen Halbkugel seit nunmehr 40 Jahren von der Konfrontation der beiden Blöcke NATO und Warschauer Pakt und der Rivalität zwischen den USA und der Sowjetunion bestimmt wird. Beide Blöcke verfügen über ein beträchtliches Potenzial militärischer Kräfte, das im Laufe der Jahre mehr und mehr ausgebaut wurde. Die Ursachen der (...) gegenwärtigen Lage sind politisch-ideologischer Natur; sie sind machtpolitischer und geostrategischer Natur. Im geringeren Ausmaß spielen wirtschaftliche und technologische Konkurrenz eine Rolle.*“¹¹⁾ Die „Vorfeld“- und „Frontstaaten-Funktion“ der beiden deutschen Staaten im jeweiligen Bündnissystem sollte erst mit der Gewährung der Wiedervereinigung im Jahre 1990 enden.

Deutschland, die Sowjetunion/Russische Föderation und die Umwandlung der geostrategischen Vorfelder

Die Wiedervereinigung Deutschlands:

Die 1. NATO-Osterweiterung

Das Problem um die Vereinbarkeit von Sicherheit und Wiedervereinigung begleitete die deutsche Politik über vier Jahrzehnte.¹²⁾ Zu Beginn der 2+4-Verhandlungen war eine gesamtdeutsche NATO-Mitgliedschaft keineswegs sicher. Im Prozess der Wiedervereinigung mussten die Sicherheitsinteressen der vier Siegermächte wie der deutschen Nachbarn berücksichtigt werden. In der deutschen Diskussion waren:

- der „Stoltenberg-Plan“ (Ausdehnung der NATO bis zur Oder),
- der „Genscher-Plan“ (nach dem zwar das ganze Deutschland der NATO angehören sollte, aber diese ihre Grenze nicht

weiter nach Osten verschiebt) und

- Modelle für ein „Gesamteuropäisches Sicherheitssystem“.

Bei all diesen Vorschlägen spielte die Berücksichtigung sowjetischer bzw. russischer Sicherheitsinteressen eine besondere Rolle. Die sowjetische Politik verfolgte bei den 2+4-Verhandlungen zunächst die Prinzipien ihrer Deutschlandpolitik aus den 1950er-Jahren: Vereinigung mit sicherheitspolitischem Neutralitätsstatus des neuen Staates. Bei Abschluss der 2+4-Verhandlungen stimmte sie unter Bedingungen der Zugehörigkeit des vereinigten Deutschland zu einem sicherheitspolitischen Bündnissystem - dem der NATO - zu. Zu diesen Bedingungen, die später in Artikel 5 des 2+4-Vertrages festgelegt wurden, gehörte u. a., dass in den neuen Bundesländern nach Abzug der sowjetischen Streitkräfte deutsche NATO-Streitkräfte stationiert werden können, allerdings ohne Kernwaffenträger. Ausländische Streitkräfte (nicht-deutsche NATO-Streitkräfte) und Atomwaffen oder deren Träger dürfen in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt werden. Damit erhielten die neuen deutschen Bundesländer einen „sicherheitspolitischen Sonderstatus“ und die damalige Sowjetunion eine Art Sicherheitsglacis. Mit der Zustimmung der Sowjetunion zur deutschen Einheit war eine wesentliche Kern- und Streitfrage beigelegt, und der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland wurde zur ersten NATO-Osterweiterung nach dem Kalten Krieg.

Wenige Jahre später wurde Deutschland neben den USA zum wichtigsten Befürworter der NATO-Osterweiterung. Es verwundert daher nicht, wenn Gorbatschow die westlichen Vertragspartner an die Absprachen und Vereinbarungen des 2+4-Vertrages erinnert. Denn - so schreibt er in seinen Erinnerungen - „*unsere Position war auf lange Dauer angelegt*“. Es war eine strategische Position, welche die feste und unumkehrbare Zusammenarbeit der Sowjetunion und Deutschlands vorsah.¹³⁾ Aber die Ereignisse entwickelten sich anders.

Geopolitische Motive der NATO-Erweiterungsphasen (1997-2009)

Wenige Jahre nach Abschluss des 2+4-Vertrages zeigte in Deutschland insbesondere der damalige Verteidigungsminister Volker Rühe für die Aufnahmegesuche der ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes in die NATO großes Verständnis und Interesse. Er war auch der erste prominente westliche Politiker, der öffentlich die Erweiterung der NATO im März 1993 in einem Vortrag beim Londoner Internationalen Institut für Strategische Studien forderte. Stephen F. Szabo, der damalige Professor an der John-Hopkins-Universität in Washington, weiß zu berichten,¹⁴⁾ dass das, was sich für den amerikanischen Präsidenten gegen dessen ursprüngliche Überzeugung als Ostpolitik in Form der NATO-Osterweiterung darstellt, zum großen Teil eine Politik „*Made in Germany*“ ist. „*Rühe*“, schreibt Szabo, „*sah Deutschland vor der Wahl einer Rand- oder einer zentralen strategischen Lage: Entweder könnte es die östliche Grenze des Westens bilden - mit instabilen Nachbarn -, oder es könnte den Westen nach Osten verschieben und sich somit in eine zentrale Lage bringen*“.

Die Reaktion der USA auf die deutschen Überlegungen fiel anfangs zurückhaltend und skeptisch aus. Als Richard Holbrooke im Frühjahr 1993 als US-Botschafter nach Deutschland kam, war er davon nicht begeistert. Allmählich akzeptierte

Holbrooke die strategische Logik der deutschen Position. Sein Gesinnungswandel wurde verstärkt durch das Auseinanderbrechen von Bosnien und das Versagen der NATO und der EU. Als er im Herbst 1994 nach Washington zurückkehrte, wurde er zur treibenden Kraft einer Politik, die zur zweiten NATO-Osterweiterung im Jahre 1999 führte. Holbrooke vertrat den Standpunkt, Deutschland werde sich anderweitig umsehen, sollte die NATO für die Sicherheitsinteressen des wichtigsten europäischen Verbündeten nicht länger relevant erscheinen. Die russischen und die deutschen Interessen mussten hierbei gegeneinander abgewogen werden, und die Schlussfolgerung war dieselbe, die schon George Bush sen. 1989/90 gezogen hatte, als er sich für den Primat der amerikanisch-deutschen Beziehungen in Europa entschied: „*Deutschland ist die Zentralmacht!*“.¹⁵⁾

Auch die dritte NATO-Osterweiterung im Jahre 2004 wurde von den USA und Deutschland maßgeblich befürwortet und mitgestaltet. Erst der NATO-Gipfel von Bukarest (2008) brachte einen Riss im Verhältnis Washington und Berlin. Mit Rücksicht auf die russische Position verweigerten insbesondere Deutschland und Frankreich den USA die Gefolgschaft, der Ukraine und Georgien eine Beitrittszusage für die Aufnahme in die NATO zu geben. Hingegen wurde die vierte NATO-Osterweiterung, die Aufnahme von Albanien und Kroatien im Jahre 2009, von den beiden europäischen Führungsmächten wieder problemlos unterstützt. Keine Frage: Deutschland wollte mit der Aufnahme neuer Staaten - v.a. in seiner unmittelbaren Nachbarschaft - verhindern, dass es Randstaat der westeuropäischen Wohlstandsregion bleibt. Die „Grenzlinie der Allianz“ sollte nach Osten und Südosten verschoben werden, um räumliche Tiefe zu schaffen. Auch erhöht eine stabile demokratische und prosperierende Nachbarschaft die Sicherheit aller Staaten an der ehemaligen innereuropäischen Trennlinie.

Für die USA ist die NATO-Osterweiterung Teil ihrer Globalstrategie im Kampf um Eurasien. Die übrigen Verbündeten betrachten die NATO-Osterweiterung jeweils aus ihrer historisch-geografischen Interessenlage als mehr oder weniger dringlich.¹⁶⁾

Fazit: Es ist in der sicherheitspolitischen Diskussion unbestritten, dass die USA und Deutschland die beiden Staaten waren, die sich am stärksten für die NATO-Osterweiterung eingesetzt haben; wenn auch zum Teil aus unterschiedlichen Interessen. Die NATO hat mit der Aufnahme der ostmitteleuropäischen Staaten dafür gesorgt, dass eine sicherheitspolitische Grauzone unmittelbar in zentraleuropäischer Nachbarschaft und damit kein neues „Zwischeneuropa“, das die Staaten im Vorfeld Russlands als „Cordon Sanitaire“ betrachtet, entstand. Andererseits steht insbesondere die deutsche Politik vor der permanenten und schwierigen Aufgabe, dass die deutsch-russische Kooperationsachse durch den Gewinn eines „Vorfeldes“ keinen Schaden erleidet! Denn nach der dritten und vierten Erweiterungsrunde ist die NATO auf 28 Bündnisstaaten angewachsen.

Doch von einer abschließenden Konsolidierung ist in NATO-Kreisen immer noch nicht die Rede. Die Aufnahme weiterer Staaten ist Bündnisdoktrin! So streben zurzeit auf dem Balkan - v.a. auf amerikanisches Betreiben - Mazedonien und Kosovo eine Mitgliedschaft an. Und von den ehemaligen Sowjetrepubliken haben die Ukraine und Georgien ihr Bei-

trittsinteresse bekundet. Dieser Umstand macht eines deutlich: Es zeichnet sich eine Entwicklung ab, in der die NATO unmittelbar auf Russlands sicherheitspolitische Interessensphäre trifft. Denn mit der Rolle eines „Zwischeneuropas“ oder einer Art „Cordon Sanitaire“, also einer Pufferzone zwischen dem westlichen Militärbündnis und Russland, wollten und wollen sich die ostmitteleuropäischen und südosteuropäischen Staaten auf keinen Fall zufrieden geben. Für NATO-Europa stellen sich aufgrund dieser Interessenslage umso dringender die Fragen: Wo liegen die Grenzen der Erweiterungspolitik und wie kann mit Russland ein Interessenausgleich gefunden werden?

Die NATO an Russlands Grenzen

Das Ende der Sowjetunion und die Unabhängigkeit der sowjetischen Randländer, die Auflösung des Warschauer Paktes, die Ausweitung der NATO nach Osten bis zum Baltikum und den Balkan, die Umwandlung ganz Südosteuropas bis zum Schwarzen Meer in eine strategisch-politische Interessensphäre der westlichen Allianz, haben die äußeren Voraussetzungen für das Verhältnis Russlands zum Westen fundamental verändert.¹⁷⁾ Alle „roten Linien“ der Begrenzung euro-atlantischer Bündniserweiterung vor Russlands Grenzen, die Moskau seit 1992/93 gegenüber der NATO zu ziehen versuchte, wurden von Westen überschritten.¹⁸⁾ Die letzte liegt jetzt vor der Ukraine mit der Krim als zentraler Schwarzmeerposition und dem Südkaukasus gegenüber der Türkei, dem Eckpfeiler der NATO und Anrainer des Schwarzen Meeres. Die Meerengen zwischen dem Mittelmeer und dem Schwarzen Meer sind insbesondere nach dem Beitritt Bulgariens unter verstärkter euro-atlantischer Kontrolle. Russland ist nicht nur in dieser Region in seiner Operationsfreiheit eingeschränkt und marginalisiert, sondern auch in der Ostsee, seit Polen und die baltischen Staaten zum westlichen Bündnisgebiet gehören. Damit sind die Meere Ostsee und Schwarzes Meer zu Seeräumen der NATO in direkter Angrenzung zu Russland geworden. Denkt man in Einflussphären, dann hat sich aus der Sicht des Kremls der Westen die europäischen Meere in wesentlichen Teilen „einverleibt“. Dies ist die Lage für jede Moskauer Regierung für die nahe Zukunft.

Die russische Position zur NATO-Osterweiterung

Aus russischer Sicht markieren die deutsche Wiedervereinigung und die Räumung des osteuropäischen Vorfeldes eine Wende der fast 300-jährigen Politik der Ausdehnung nach Westen und Süden, die seit Peter dem Großen zu den Grundlagen russischer Staatsdoktrin gehörte.¹⁹⁾ Es verwundert daher nicht, wenn Wladimir Putin erklärt: „*Der Zerfall der Sowjetunion war die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts.*“²⁰⁾

Denn die Politik Russlands bzw. der Sowjetunion ist durch Jahrhunderte und bis in die unmittelbare Gegenwart von zwei ganz unterschiedlichen Tendenzen gekennzeichnet:

- einerseits dem Drang zum eisfreien Meer und zu transkontinentaler Ausdehnung;
- andererseits der Einkreisungsfurcht, die im Kalten Krieg in der amerikanischen *Containment*- und *Rollback*-Politik bestand und seit den 1990er-Jahren durch die NATO-Osterweiterung, amerikanisches Engagement in Zentralasien, den Islam und China eine gewisse Renaissance erfahren hat.

Bezeichnend hierzu ist Peter Scholl-Latours Buch „*Russland im Zangengriff*“.²¹⁾ In diesem Buch greift Scholl-Latour das klassische Thema der russischen Außen- und Sicherheitspolitik, den „Einkreisungskomplex“, wieder auf. Waren früher Deutschland und Japan, später die USA mit ihrer *Containment*-Politik die Kontrahenten, so sind es heute die NATO, China und der Islam. Vorrangig - so Scholl-Latour - werde im postsowjetischen Raum um Einflussphären gerungen. Hierbei gehe es um die Öl- und Gaslagerstätten und die Geopolitik des Pipelinebaus in Eurasien, aber auch um die Nähe zur Krisenzone Naher und Mittlerer Osten. Insbesondere durch den Verlust des ostmitteleuropäischen Vorfeldes und den Streit um Einflussphären mit den Nachbarstaaten in Vorder- und Zentralasien ist das alte „Einkreisungstrauma“ reaktiviert worden. All diese Fakten, Potenziale und Entwicklungen betrachtet die russische Führung als geopolitische Bedrohung.

Keine Frage: Seit den 1990er-Jahren stellen die NATO-Osterweiterung und die künftige Gestaltung des Verhältnisses NATO/Russland die größte Herausforderung für die russische Außen- und Sicherheitspolitik dar und machten den Hauptinhalt der außenpolitischen Diskussion aus. Der außenpolitische Konsens in Russland beruht in erster Linie auf der Ablehnung der NATO-Osterweiterung durch nahezu alle russischen Politiker. Die NATO-Osterweiterung wird von der Mehrzahl der russischen Politik aber nicht nur als eine Bedrohung, sondern auch als ein Versagen der Partnerschaft mit dem Westen und der Politik der Demokraten, die das Vordringen der NATO bis an die russischen Grenzen erlauben, angesehen.

Der im Westen nach wie vor populäre Initiator der *Perestrojka* und ehemalige Präsident der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, hat sich seit Abschluss des 2+4-Vertrages immer wieder gegen die NATO-Osterweiterung ausgesprochen. So schreibt er in seinem Buch „*Wie es war - die deutsche Wiedervereinigung*“, eine Erweiterung der NATO werde eine neue Grenze des Misstrauens durch Europa ziehen. Anstatt Europa zu einigen, werde die NATO erneut zu einem Instrument des Kalten Krieges gemacht.²²⁾ In diesem Zusammenhang lässt er an anderer Stelle einen bemerkenswerten Hinweis folgen: „*Bei Abschluss des 2+4-Vertrages im Jahre 1990, der den Weg zur deutschen Einheit geebnet hat, habe Einigkeit darüber bestanden, auch nach dem Abzug der russischen Truppen aus der damaligen DDR auf eine NATO-Ausdehnung nach Osten zu verzichten. Russland habe hinreichenden Grund zu erklären, dass die NATO-Osterweiterung dem Geist der Vereinbarungen zuwiderläuft, die die Wiedervereinigung Deutschlands gesichert haben.*“²³⁾ Bemerkenswert ist, dass sich westliche Politiker zu dieser Frage bzw. zu diesem Problemkreis auffallend zurückhalten.

Putins und Medwedews Revision

Als Reaktion auf das den USA zugeschriebene Streben nach „Unipolarität“ und auf die Osterweiterung der NATO ist in der politischen Klasse Moskaus unter Führung des ehemaligen Außenministers Jewgenij Primakow die Doktrin einer „multipolaren Weltordnung“ entwickelt worden.²⁴⁾ Das von Primakow entwickelte Konzept postuliert, dass das System der internationalen Beziehungen nach dem Ende des Kalten Krieges zunehmend multipolar geworden ist und sich mehrere weltpolitische Pole - so v.a. die USA, Russland, China, Indien, die EU und Japan - herausgebildet haben. Die „Multipolarität“

würde den russischen Interessen besser dienen als eine von den USA dominierte Weltordnung. Mit dem Amtsantritt Präsident Putins hat der von Primakow eingeleitete realpolitische und pragmatische Ansatz der russischen Politik eine neue Stärkung erfahren.

Schon auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2007 zeigte sich Präsident Putin entschlossen, die bisherige Duldung der amerikanischen „Vorwärtsstrategie“ zu revidieren. Er tadelte die Raketenabwehr der USA, die jetzt durch Basen in Polen und Tschechien vermutlich auch in Georgien ergänzt werden soll. Putin sieht darin den Versuch, auch eine „unipolare Welt“ zu errichten, die von der amerikanischen Überlegenheit zu Lande, zu Wasser und im Weltraum dominiert würde.

Die „NATO-Expansion“ - so auch Putin - gehe weit über das hinaus, was 1991 als Geschäftsgrundlage der friedlichen Neuordnung Europas vereinbart worden sei. So hätten die USA und die NATO mehrere Male Russlands „rote Linien“ übergangen:

- Bei Abschluss des 2+4-Vertrages zwischen den vier Mächten und den beiden deutschen Staaten war keine Rede davon, dass der Raum ostwärts der Oder in den NATO-Bereich einbezogen werden sollte.

- Als die 2. NATO-Osterweiterung mit Polen, Tschechien und Ungarn erfolgte, bekam Russland die Zusicherung, dass keine fremden Truppen, keine Nuklearwaffen und keine militärischen Stützpunkte in diesen Staaten stationiert bzw. installiert werden. Doch dies hielt nicht lange.

- Die gegenwärtigen und geplanten amerikanischen Stützpunkte an der russischen Peripherie und die Allianzangebote an die Ukraine und Georgien wertet Putin als Provokation, die das gegenseitige Vertrauen untergrabe und als direkte Verletzung russischer Sicherheitsinteressen verstanden werde.

Kurzum, so der Tenor von Putins Münchner Rede: Die NATO wie die OSZE haben sich politisch überlebt. Aus diesem Grund gelte es einen europäischen Sicherheitsvertrag auszuarbeiten. Putins Position wurde auch in der Folgezeit von der russischen politischen Führung in Grundsatzreden und Interviews wiederholt vertreten:

- sei es von Putins Nachfolger im Amt, Staatspräsident Medwedew, der einen paneuropäischen Sicherheitspakt vorgeschlagen hat,

- Außenminister Lawrow, der bei einer Rede vor der OSZE Ende Juni 2009 in Wien die russischen Vorschläge präzisiert hat,²⁵⁾ und

- Russlands NATO-Botschafter Rogosin.

Nach dem Regierungswechsel in Washington sieht Moskau die Chance, sein Projekt einer neuen europäischen

Sicherheitsarchitektur voranzubringen. Dabei können Putins und Medwedews bisherige Vorschläge in folgende Grundprinzipien²⁶⁾ zusammengefasst werden:

- Unipolarität und der alte „Atlantizismus“ seien am Ende, ein neuer euro-atlantischer Ansatz als Ausdruck der neuen multipolaren Welt müsse verfolgt werden.

- Stärkung der OSZE als vollwertige Organisation für den gesamten euro-atlantischen Raum auf der Grundlage der UNO-Charta.

- Kein Staat dürfe das exklusive Recht besitzen, für Sicherheit in Europa zu sorgen.

- Staaten haben das Recht auf Neutralität.

- Militärische Bündnisse oder Koalitionen dürfen nicht die Sicherheit in Europa gefährden.

- Und nicht zuletzt dürften diese Bündnisse nicht zum Nachteil Dritter vergrößert werden.

Medwedew trug seine Vorschläge für eine neue euro-atlantische Sicherheitsarchitektur erstmals im Juni 2008 in seiner Berliner Rede vor.²⁷⁾ Die Motivforschung,²⁸⁾ die nach dieser Rede unternommen wurde, ergab, dass wahrscheinlich zwei Ziele erreicht werden sollten. Zum einen versuche Russland, möglicherweise auf dem Weg über einen „europäischen Sicherheitsrat“ mit russischem Vetorecht, seinen Einfluss auf die Entwicklung in Europa zu vergrößern. Zum anderen sei es wohl darum gegangen, Länder im „alten Europa“, die mit der Politik des amerikanischen



Präsidenten Bush nicht einverstanden seien, zu locken und einen Keil zwischen Europa und Amerika zu treiben.

Medwedews Vorschläge richten sich vorrangig an Staaten wie Deutschland, Frankreich oder Italien, die neben den transatlantischen traditionell auch die kontinentaleuropäischen Beziehungen pflegen. Die Europäer sollten deshalb zügig herausfinden, ob das von Medwedew angeregte neue europäische Sicherheitssystem im Sinne jener Einflussphären zu verstehen ist oder ob es konstruktive Anknüpfungspunkte bietet. Der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärten bereits, dass sie einer Debatte über eine europäische Sicherheitsarchitektur nicht ablehnend gegenüberstehen würden.

Bisherige russische Gegenmaßnahmen bzw. -strategien

Seit die Diskussion um die NATO-Osterweiterung geführt wird, hat die russische Führung eine Reihe von Gegenmaßnahmen getroffen bzw. Gegenstrategien entwickelt:

- geplant war die Gründung einer Anti-NATO mit den GUS-Staaten;
- Drohung: Rückkehr zur Strategie des atomaren Erstschlages;
- Aussetzung des KSE-Abrüstungsvertrages;
- Öffentliche Erklärungen maßgeblicher Politiker und Generale: die NATO-Osterweiterung berge die Gefahr eines Dritten Weltkrieges;
- Vorschlag einer Achse „Moskau-Berlin-Paris“ mit antiamerikanischer Zielrichtung;
- Drohung mit der Stationierung u.a. der ballistischen *Iskander*-Rakete im Raum Kaliningrad, sollten die USA an ihren Raketenabwehr-Plänen in Ostmitteleuropa festhalten.

Zurzeit hat die Sicherung des verbliebenen bzw. neuen osteuropäischen „Cordon Sanitaire“ absolute Priorität: Weißrussland, Raum Kaliningrad, Ukraine und einige Kaukasusrepubliken.

Das heißt im Wesentlichen:

- Schutz der russischen Minderheiten;
- Sicherung der Transitwege in die Exklave Kaliningrad;
- Wahrung der seestrategischen Interessen im Schwarzen Meer (Krim/Sewastopol);
- keine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine;
- der Kaukasus bleibt russische Einflusszone.

Generalziel: Zurückdrängung des westlichen Einflusses im postsowjetischen Raum.

Für die Leitlinie russischer Außen- und Sicherheitspolitik wurde im Jahre 2009 eine neue „Nationale Sicherheitsstrategie“ veröffentlicht.

- Da kein strategischer Partner im Westen vorhanden ist, wurde eine „Strategische Allianz“ mit Peking geschlossen. Zudem findet eine verstärkte Zusammenarbeit mit der „Schanghai-Organisation“ und den BRIC-Staaten statt.

- Der Öffnungsprozess für die neuen Mitglieder der NATO ist zwar flankiert von der „NATO-Russland-Grundakte“ und einer Quasi-Mitgliedschaft Russlands in der G8-Gruppe, womit eine „strategische Partnerschaft“ zwischen der NATO und Russland geregelt wurde, doch hält Russland diese Kompensation auf Dauer nicht für ausreichend.

Mit dieser Darlegung der russischen Gegenposition zur NATO-Osterweiterung wird eines deutlich: Russland und die NATO-Osterweiterung - dieses Problem wird weiter ein um-

strittener Punkt auf der internationalen Tagesordnung bleiben. Dies zeigten im Jahre 2008 der Georgien-Krieg und die Folgediskussion um Einflussphären in Europa.

Testfall Georgien: Im Kaukasus treffen die Interessensphären Russlands und der USA aufeinander

Georgien und andere Kaukasusstaaten wie Armenien stiegen im frühen Mittelalter zu Großmächten auf. Ihrem Glanz folgten Jahrhunderte der Fremdherrschaft. Regierte in Istanbul ein starker Osmanen-Sultan, wurde die Region türkisch, regierte in Isfahan ein starker Schah auf dem Pfauenthron, iranisch. Mit dem Vertrag von Georgijesk von 1783 wurde Russland „Schutzherr“ Georgiens gegen Persien. Im Jahr 1801 wurde Georgien dem russischen Staat angegliedert. Aus russischer Sicht gehört Georgien seit dem 18. Jahrhundert fast ununterbrochen zur russischen „Einflussphäre“. Erst mit dem Zerfall der Sowjetunion im Jahre 1991 errang das Land seine Unabhängigkeit wieder.

Georgiens geografische Lage macht es von jeher zu einem Relais zwischen dem Westen und dem Osten, Europa und Asien. Wer es beherrschte, kontrollierte den südlichen Kaukasus und die Länder Zentralasiens.²⁹⁾ Zudem ist Georgien wichtiges Transitland für Öl und Gas. Mit der Türkei und Aserbaidschan verbinden Georgien die beiden großen Pipelineprojekte Baku-Tiflis-Ceyhan (Erdöl) und Baku-Tiflis-Erzurum (Erdgas). V.a. die Erdölleitung von den aserbaidschanischen Fördergebieten am Kaspischen Meer zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan hat für den Westen strategische Bedeutung. Diese Pipeline soll einem internationalen Konsortium unter US-Führung den Zugang zu den Rohstoffen der kaspischen Region sichern. Damit wäre Russland, das die Kaukasusregion als seine Einflussphäre beansprucht, weitgehend aus dem Spiel.³⁰⁾

Bereits der Machtwechsel 2003 von Schewardnadse zu Saakaschwili war das Ergebnis einer Rivalität der beiden Weltmächte: Während Russland fürchtete, den Einfluss auf die Staaten an seiner Südflanke zu verlieren, entwickelten die USA mit diversen Hilfen ihre Präsenz. Zwar hat schon Saakaschwilis Vorgänger Eduard Schewardnadse die Anbindung Georgiens an Europa, die USA und einen möglichen NATO-Beitritt betrieben. Der ehemalige Sowjet-Außenminister Schewardnadse hat aber eines nie vergessen: Amerika ist weit, reich und mächtig, Russland aber nah und bedrohlich. Also versuchte Schewardnadse die Interessen Moskaus im Kaukasus stets zu berücksichtigen - zuletzt, indem er die Energieversorgung Georgiens russischen Firmen übertrug.³¹⁾

In Georgien selbst schwelt seit dem Zerfall der Sowjetunion der Konflikt zwischen der georgischen Regierung und den nach Unabhängigkeit strebenden Regionen Abchasien und Südossetien. Im August 2008 eskalierte der Konflikt. Russland erkannte nach dem so genannten „Fünf-Tage-Krieg“ die georgischen Gebiete Abchasien und Südossetien als unabhängige Staaten an. Georgien hingegen strebt den Beitritt zur NATO an. Nach dem bewaffneten Konflikt im August 2008 beschloss die NATO, eine NATO-GEO-Kommission zu gründen. Die Außenminister der NATO-Staaten beauftragten die Kommission damit, Jahrespläne zur Heranführung Georgiens an die NATO zu entwickeln. Die Fortschritte sollen jährlich evaluiert

werden. Ähnlich wie bei der Irak-Krise haben sich aber auch im Fall Georgien zwei Staatengruppen innerhalb der NATO gebildet: auf der einen Seite die USA, Großbritannien, Kanada, Polen, Tschechien und die baltischen Staaten und auf der anderen Seite die Westeuropäer unter Führung Deutschlands und Frankreichs. Obwohl die USA im Laufe des Jahres 2008 innerhalb der NATO massiv für eine Aufnahme Georgiens in den „Membership Action Plan“ (MAP) votierten und keine Mehrheit erhielten, weil Georgien die Aufnahmekriterien nicht erfüllte, schlossen sie im Januar 2009 eine strategische Partnerschaft mit Georgien ab und führten im Mai 2009 im Südkaukasus eine militärische Stabsrahmenübung mit ca. 19 NATO- und Nicht-NATO-Staaten durch. Russland andererseits verstärkte zur gleichen Zeit seine Militärpräsenz in Abchasien und Südossetien.

Eines hat der „Fünf-Tage-Krieg“ im Südkaukasus verdeutlicht: Die vom Westen seit Anfang der 1990er-Jahre immer wieder überschrittenen „roten Linien“ werden von Russland nicht mehr kampflos hingenommen;³²⁾ zumal sich die USA in einer traditionell russischen Einflussosphäre bewegen. Als die Sowjetunion nach über 40 Jahren Kaltem Krieg infolge Überforderung ihrer Ressourcen zusammenbrach und sich militärisch aus Ostmitteleuropa zurückzog, wurde dieser sensationelle Vorgang mit einer dauerhaften Schwächung, ja sogar Aufgabe der russischen Großmachtinteressen verwechselt. Der Irrtum wurde spätestens am 8. August 2008 offenbar, als Russland den Versuch Georgiens zur militärischen Reintegration seines südossetischen Staatsgebietes gewaltsam verhinderte, Teile Georgiens besetzte und die Eigenstaatlichkeit Südossetiens und Abchasiens anerkannte. Dabei hat man bei Russlands Handeln „zwischen Aggression mit kontraproduktiven Folgen und Machtprojektion mit Einflussgewinn zu unterscheiden“.³³⁾

Fazit: Wenige Regionen der Erde sind so umkämpft wie der Kaukasus - von der Antike bis zur Neuzeit, mit wechselnden Allianzen der regionalen Großmächte und immer neuen Begehrlichkeiten: Das Goldene Vlies und die Kontrolle über den Seidenstraßenhandel gehören zum Grundwissen jeglicher geohistorischer Analyse. Im 19. Jahrhundert begann das „Große Spiel“ (*The Great Game*)³⁴⁾ - so nennen Historiker die Rivalität zwischen den Kolonialmächten Russland und Großbritannien um den Einfluss in Asien. Damals stritt man um die Beherrschung von Territorien. Das Spiel ist weiter aktuell: Heute sind die Amerikaner an die Stelle der Briten getreten, und es geht v.a. um die Ölfelder im kaspischen Raum und um sichere Transitwege zum Verbraucher.³⁵⁾ Einer der Transitstaaten ist Georgien.

Der Georgien-Krieg und die Folgediskussion um „Einflussosphären“

Es wird wieder klassische Großmachtspolitik gemacht, mit wechselnden Allianzen und Einflussosphären. In dieser Lesart wurden während und kurze Zeit nach dem Georgien-Krieg zahlreiche

welthistorische Deutungen versucht.³⁶⁾ So behauptete Robert Kagan, einer der führenden Denker der „Neokonservativen“, in einem Artikel für die „Washington Post“³⁷⁾ künftig würden die Geschichtsschreiber den Tag des Kriegsbeginns als einen Wendepunkt der Geschichte verstehen. „Der russische Angriff auf souveränes georgisches Territorium“, so lautet die zentrale These des Kommentars, „bezeichnet die offizielle Rückkehr der Geschichte zu einem Wettkampf Großer Mächte fast im Stil des 19. Jahrhunderts, voller nachdrücklicher Nationalismen, Schlachten um Ressourcen, Kämpfe um Einflussosphären und Territorien und sogar mit dem Einsatz militärischer Macht zum Erreichen geopolitischer Ziele - so sehr das unsere Empfindlichkeiten aus dem 21. Jahrhundert schockieren mag“.³⁸⁾ Und Roland Asmus ergänzte Kagan mit seiner Studie: „A little War That Changed the World: Georgia, Russia and the Future of the West,“ (Palgrave Macmillan 2009).

In der Folgezeit wurde der Georgien-Krieg in zahlreichen europäischen und amerikanischen Stellungnahmen heftig kritisiert und löste eine Debatte darüber aus, ob die von Russland beanspruchte „Einflussosphäre“ noch zeitgemäß ist. So kritisierte der schwedische Außenminister, Carl Bildt, der Befürworter der „östlichen Partnerschaft“ der EU ist, das russische Vorgehen in Georgien mit den Worten: „Es sieht so aus, als ob wir es mit einem Russland zu tun haben, das ins 19. Jahrhundert zurückfällt, während unser Teil von Europa sich anstrengt, im 21. Jahrhundert anzukommen. Alte Konzepte von Vorherrschaft, Macht und Einflussosphären kommen plötzlich auf eine Weise zurück, die Erinnerungen an ein ziemlich altes Russland weckt.“³⁹⁾ In den ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes fiel die „Georgien-Reaktion“ besonders hart aus. Es gibt „kein Zurück zu einem Europa der Einflusszonen“,⁴⁰⁾ wie der ehemalige polnische Staatspräsident Aleksander Kwasniewski einen seiner Aufsätze titulierte. Der polnische Außenminister Sikorski fordert als aktive Maßnahme von der NATO, die nächste Grenzverletzung durch Russland müsse durch eine „proportionale Antwort“ erwidert werden.⁴¹⁾ In Deutschland stach der journalistische Beitrag von Thomas Kleine-Brockhoff besonders hervor. Das russische Vorgehen in Georgien sah er für den Versuch, „alte Muster der Geopolitik neu zu etablieren. Sich einen



Gürtel von Klientenstaaten mit eingeschränkter Souveränität umzulegen... Der postnationale Friedenskontinent des 21. Jahrhunderts findet sich plötzlich mitten im Großmachtgeschacher des 19. Jahrhunderts wieder. Mit der Errichtung einer traditionellen „Einflusszone“ ist Deutschlands „strategischer Partnerschaft“ mit Russland die Geschäftsgrundlage entzogen ...Anstelle von Verbalprotesten muss Russland klar gezeigt werden, dass das Schaffen von Einflusszonen im Europa des 21. Jahrhunderts nicht akzeptiert wird.“⁴²⁾ Und Josef Joffe, Mitherausgeber der „ZEIT“, richtet seine Kritik an die Realpolitiker unter den Russlandverstehern, indem er lapidar schreibt: „So ist eben der Lauf der Welt; wer näher dran ist, hat mehr zu sagen.“ Also zurück ins 19. Jahrhundert der Einflussphären oder gar ins 17. Jahrhundert (?).⁴³⁾

Die USA und das vermeintliche Ende der Einflussphäre

Bereits Anfang August 2008 erklärte der damalige amerikanische Präsident George W. Bush zur russischen Intervention in Georgien, „Einflussphären“ seien keine politische Kategorie mehr. Folglich hätten die Russen nicht das Recht, in Südossetien zu intervenieren.⁴⁴⁾ George W. Bush wollte damals die Öffentlichkeit überzeugen, dass es heutzutage nicht mehr um Machtpolitik gehe, sondern um Demokratie und Freiheit, wobei es sich für ihn selbstredend verstand, dass Georgien in eine Allianz mit den USA gehören müsse. Ähnlich argumentierte sein Nachfolger im Amt, Präsident Barack Obama.

Während seines Russlandbesuchs Anfang Juli 2009 hat sich Präsident Obama in einer außenpolitischen Grundsatzrede vor Absolventen der Neuen Wirtschaftshochschule (New Economic School) in Moskau u.a. für ein „starkes, friedliches und wohlhabendes Russland“ ausgesprochen.⁴⁵⁾ Russland gebühre ein Platz als Großmacht in der Welt, aber einer Großmacht des

21. Jahrhunderts, die Vorstellungen von Blöcken und Einflussphären überwunden habe: „Die Zeiten, als Imperien souveräne Staaten wie Schachfiguren behandelt haben, sind vorbei. Im Verhältnis zwischen Russland und Amerika müsse das Nullsummenspiel ein Ende haben, wonach der Schaden für ein Land von dem anderen automatisch als Vorteil verbucht werde.“⁴⁶⁾ Deshalb habe er zu einem Neustart in den Beziehungen zu Russland aufgerufen. Kernstück der internationalen Ordnung sei die Respektierung der nationalen Souveränität. Das gelte nicht nur mit Blick auf Amerika und Russland, sondern eben auch für andere Länder wie Georgien oder die Ukraine, sagte Obama in Anspielung auf den von Russland erhobenen Anspruch, das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion sei seine besondere Einflussphäre. Georgien ist dabei für Obama so etwas wie eine rote Linie.

Von amerikanischer Seite wird immer wieder betont, dass souveräne Staaten ein Recht haben, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen und ihre Allianzen selbst zu wählen. Allerdings hat auch die neue amerikanische Regierung ein Wahrnehmungsproblem in den amerikanisch-russischen Beziehungen zur Kenntnis nehmen müssen. Nach Aussagen von Obamas Russland-Berater, Michael McFaul, sind Argwohn und Konkurrenzdenken im Kreml so mächtig, dass sie zurzeit einen umfassenden Neuanfang in den Beziehungen zu Washington blockierten. Von der Agentur AFP wird McFaul mit den Worten zitiert: „Die USA werden als Gegner betrachtet. Der Kreml glaubt, dass es unser oberstes Ziel ist, Russland zu schwächen und Russland einzukreisen.“⁴⁷⁾ Der ukrainische Außenminister Wolodymyr Ohrsisko hält hingegen Russlands Angst vor Einkreisung für vorgeschoben. In einem „Focus“-Interview⁴⁸⁾ sagte er auf die Frage: „Können Sie Einkreisungsängste Russlands nachvollziehen?“ - „Ach, das sind alles Ausflüchte, um Einflusszonen behalten zu können. Was ist schlimm daran, wenn ein demokratisches Bündnis an die Grenzen heranrückt? Zumal Moskau doch immer sagt, es vertrete die gleichen Werte (...). Wir sind seit 1991 unabhängig und wollen nicht irgendwelchen Einflussphären angehören. Wir sind Subjekt und nicht Objekt der internationalen Beziehungen.“⁴⁹⁾ Dies ist im Prinzip richtig, doch sollte der ukrainische Außenminister nicht übersehen, dass sein Land in der NATO-Frage unverkennbar gespalten ist. Ferner, dass nach Barack Obamas Moskaubesuch Washington gewillt ist, russische Interessen im südlichen Kaukasus künftig stärker berücksichtigen zu wollen; als Gegenleistung erwartet Washington von Russland Unterstützung des Westens in der Iran-Frage.⁵⁰⁾ Das Verhandlungsergebnis macht deutlich, in welchen Kategorien Welt- und Großmächte denken und handeln.

Der Streit um die Semantik: Öffnung, Erweiterung oder Expansion der NATO-Osterweiterung

Die Gegner und Befürworter der NATO-Osterweiterung sind leicht zu erkennen: Förderer der Idee sprechen von „Enlargement“, was nach be-



Abb. 5

Mitgliedstaaten der Shanghai-Organisation



hutsamer und wohlgedachter Erweiterung klingt; Kritiker benutzen dagegen den Begriff „Expansion“. Die Befürworter der Erweiterung machen geltend, die NATO besitze eine historisch einmalige Chance, diejenige Region zu stabilisieren, von der so häufig Tragödien ihren Ausgang genommen haben. Die Kritiker einer NATO-Erweiterung befürchten demgegenüber eine neuerliche Teilung Europas.

Seit Anfang 1997 hat sich auch im deutschen Sprachraum die Regelung durchgesetzt, die den Begriff der „Erweiterung“ (analog zum amerikanischen „Enlargement“, siehe auch die NATO-Erweiterungsstudie „Study on NATO Enlargement“ vom September 1995; Office of Information and Press/NATO) vermeidet und an seine Stelle den Begriff der „Öffnung“ („Öffnung nach Osten“) setzt. Damit soll auf der semantischen Ebene einerseits der Eindruck der Ausdehnung des westlichen Bündnisses abgemildert, andererseits das Selbstverständnis eines Teils der Erweiterungsbefürworter zum Ausdruck gebracht werden, es handle sich nicht um die Ausdehnung einer militärischen Allianz - was quasi automatisch beim potenziellen Gegner über Russland Gleichgewichtsüberlegungen induziert -, sondern um die Vergrößerung einer Wertegemeinschaft.⁵¹⁾

In der deutschen operativen Politik kann diese neue Sprachregelung durchaus als „gängig“ bezeichnet werden. So hob der ehemalige Bundesminister der Verteidigung, Volker Rühe, in seiner Rede anlässlich der „Öffnung der Atlantischen Allianz“ am 26.3.1998 vor dem Deutschen Bundestag hervor: „Ich habe die Öffnung der Atlantischen Allianz von Anfang an als die richtige und notwendige Antwort auf das legitime Begehren unserer Nachbarn gesehen, dazugehören zu wollen. Wenn Sie nach einem Schlüsselbegriff fragen: Das ist nicht ‚Erweiterung‘ oder ‚Expansion‘. Es geht darum, dazugehören -, ‚to belong‘. Das ist das zentrale Anliegen: Teil der westlichen Gemeinschaft zu werden, aus politischen, moralischen und strategischen Gründen.“⁵²⁾

Alfred Dregger pflichtete Volker Rühe während der gleichen Debatte bei, indem er sagte: „Wir sollten von der Öffnung der NATO sprechen und von dem Beitritt ihrer neuen Mitglieder; nicht von einer NATO-Erweiterung und schon gar nicht von Expansion. Der Begriff „Erweiterung“ weckt Assoziationen an veraltete Denkmuster in Macht- und Einflussbereichen.“

Keine Frage: Trotz dieser Sprachregelungsversuche bleibt „NATO“ für Russland ein Reizwort! Wie die „New York Times“ berichtete, haben kreative russische PR-Berater bereits dem NATO-Generalsekretär Solana den Vorschlag gemacht, er solle die NATO einfach umbenennen - und viele Probleme lösten sich von selbst. Doch die NATO-Osterweiterung ist nicht nur ein semantisches Problem: Das Projekt NATO-Osterweiterung ist vielmehr - wie die Diskussion zeigt - von geopolitischen, geostrategischen, geoökonomischen und geopsychologischen Interessen der Staaten bestimmt.

Die geopolitische Neuordnung des postsowjetischen Raumes als Aufgabe internationaler Sicherheitspolitik

Unvereinbar stehen sich Amerikaner, Europäer und Russen im Ringen um die Anfang der 1990er-Jahre selbstständig gewordenen Staaten gegenüber, die zuvor Teil der Sowjetunion waren. Die USA will sie näher an den Westen rücken, Russland betrachtet sie als Sphäre seiner „privilegierten Interessen“ (Präsident Medwedew).⁵³⁾ Neben dem Kaukasus birgt die Ukraine das größte Konfliktpotenzial. Mit einem NATO-Beitritt des 46 Mio. Einwohner zählenden Landes, von dessen Hauptstadt Kiew aus einst das russische Großreich seinen Ursprung nahm, würde Russland die Basis seiner Schwarzmeerflotte auf der ukrainischen Halbinsel Krim verlieren.⁵⁴⁾ Bei einem NATO-Beitritt der Ukraine träte wahrscheinlich nur die Westukraine bei. Die Ostukraine würde in diesem Fall unabhängig oder ein De-facto-Staat wie Abchasien.⁵⁵⁾

Zahlreiche Experten haben sich mit der geopolitischen Neuordnung des Raumes der früheren Sowjetunion auseinandergesetzt.⁵⁶⁾ Dies spiegelt sich auch in der Begriffswelt über den postsowjetischen Raum wider. Dieser „Raum“ wurde seit Anfang der 1990er-Jahre mit unterschiedlichen Begriffen wie Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), Neue Unabhängige Staaten (NUS), postsowjetischer Raum und - aus der Sicht Russlands auf die ehemaligen Unionsrepubliken - „nahes Ausland“ bezeichnet. Lange Zeit war nicht klar, ob Russland die GUS als Vorstufe zu einer Reintegration in ein neues russozentrisches Imperium oder eher als Instrument einer „zivilisierten Scheidung“ betrachten würde. Seit dem Amtsantritt Wladimir Putins zeichnete sich ein neuer, eher wirtschaftlich als politisch und militärisch geprägter Umgang Russlands mit seinen Nachbarn aus der GUS ab. Im Unterschied zur Sowjetunion gründet das postsowjetische Russland seinen Machtzuwachs nicht auf militärische Stärke, sondern sieht in der neuen Geopolitik des Öls und der strategischen Rohstoffe die Grundlage seiner Macht.

Neu an der geopolitischen Interessenpolitik in Eurasien ist das Auftreten der EU als primär wirtschaftlicher „Global Player“. Mit ihrer Nachbarschaftspolitik expandiert die EU in den GUS-Raum, ohne jedoch diesen Staaten eine „europäische

Perspektive“ zu bieten. Die europäische Nachbarschaftspolitik fungiert vielmehr als Ersatz von Beitrittswünschen. Sie fixiert zwar schon jetzt die Grenzen, aber davor machen die Probleme nicht halt. Hierbei kommt dem Ringen um Zwischeneuropa, dem Raum zwischen den beiden geopolitischen Machtblöcken Russland und der EU, insbesondere der Ukraine, zentrale Bedeutung zu. Unter den zwischenstaatlichen Kooperationsstrukturen, die sich in der ersten Dekade im postsowjetischen Raum gebildet haben, hebt sich die GUUAM genannte Gruppe (der Name besteht aus den ersten Buchstaben der Staaten Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan und Moldawien) besonders hervor. Sie wird von Moskau am argwöhnlichsten betrachtet, weil ihre Gründungsmotive auf der Ablehnung einer um Russland zentrierten Reintegration basieren und ihre Mitgliedstaaten innerhalb der GUS am deutlichsten eine prowestliche außen- und sicherheitspolitische Ausrichtung vertreten. Hingegen bringt die „Schanghai Organisation“ Russland zurück ins zentralasiatische und weltpolitische Kräftespiel.

Zur Eröffnung der neuen amerikanischen Botschaft in Berlin, zu der die Frankfurter Allgemeine Zeitung im Juli 2008 eine Transatlantik-Konferenz über Geopolitik, Finanzen und Energie ausrichtete, nannte der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, als „gemeinsame transatlantische Aufgabe“ eine Antwort auf Russlands Sorge vor einer geopolitischen Ausweitung des Westens zu geben. Denn die Zukunft des post-sowjetischen Raumes sei bisher zwischen EU, NATO und Russland nicht ausreichend diskutiert worden - ein Fehler, wie sich jetzt zeigt. Die Lösung dieses Kernproblems europäischer Sicherheitspolitik steht an.

Welche Bedeutung haben Einflussphären in unserer Zeit?

Seit der Gründung der Organisation der UNO ist der Errichtung von Interessensphären im herkömmlichen Sinn die rechtliche Grundlage entzogen, da sie mit dem Prinzip der Gleichheit der Staaten, dem Verbot der Intervention und dem Selbstbestimmungsrecht unvereinbar sind. Aus diesen Gründen bedienen sich die Welt- und Großmächte nach dem Zweiten Weltkrieg meist verschleierter Formen der Einflussnahme auf schwächere Staaten. Wenn auch die Welt- und Großmächte den Vorwurf zurückweisen, eine Politik der Interessensphäre zu verfolgen, ist doch ihr Handeln von der Wahrung ihrer Interessen in ihrem Einflussbereich bestimmt.⁵⁷⁾ Dies gilt nicht nur für die beiden großen Rivalen Washington und Moskau in Eurasien. Vielmehr zeugen davon zahlreiche Fallbeispiele der Gegenwart:

- Die aufstrebende Weltmacht China verfolgt im Indischen Ozean die „Strategie der Perlschnur“, die darauf abzielt, sich eine wachsende Zahl von Häfen und Stützpunkten rund um Indien zu sichern.

- Indien wiederum, das sich zum Teil von der chinesischen Strategie eingekreist fühlt, ist deshalb gezwungen, sich eine eigene Interessensphäre aufzubauen.

- Die EU versucht ihr geografisches Umfeld durch Nachbarschaftspolitiken zu sichern (Mittelmeer-Union, Östliche Partnerschaften etc.).

- In der Nordpolarregion streiten die Anrainerstaaten um Hoheits- und Wirtschaftszonen, und in der Südpolarregion

gibt sich die internationale Staatenwelt (noch) mit Sektorenteilen zufrieden.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion sprach man in Russland etwas zurückhaltend vom „Nahen Ausland“, im Laufe der Zeit spricht Moskau offen über seine ureigene Einflussphäre in der postsowjetischen Staatenwelt. Russland will seine Rolle als globale Macht wiedererlangen. Es erwartet von den USA Zurückhaltung in der als Einflussphäre empfundenen Nachbarschaft (besonders in der Ukraine).

Aber nicht nur die russische Machtelite denkt in Einflussphären. Die USA stehen dieser Kategorie des internationalen Handelns nicht im Geringsten nach. Seit nahezu 200 Jahren verstehen sie die „Westliche Hemisphäre“ (den amerikanischen Doppelkontinent) als einen Großraum, in dem keine außeramerikanische Macht intervenieren darf. Nach mehreren „Neuinterpretationen“ der Monroe-Doktrin geht es den USA heute um die Reichweite der Pax Americana in Europa, Zentralasien und im Nahen Osten. Darüber hinaus versucht sie die NATO auf „Globalisierungskurs“ zu bringen.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Kategorie „Einflussphäre“ keineswegs nur ein Begriff des 19. und 20. Jahrhunderts ist, wie er nach dem Georgien-Krieg von zahlreichen Politikern, Wissenschaftlern und Kommentatoren verwendet wurde. Der Begriff wird von den Welt- und Großmächten ebenfalls in ihrer Politik der Gegenwart angewendet, wenn auch die Mittel der Interessenwahrnehmung sich geändert haben.

Michael Stürmer gab bei der Beurteilung von Interessensphären zwischen Russland und den USA in einer seiner Einschätzungen zu bedenken: *„Der russische Bär schätzt es so wenig wie andere Großmächte, beispielsweise der amerikanische Adler, wenn man ihm zu nah auf den Leib rückt. Das mag altes Denken sein - es ist das Denken einer Großmacht“*.⁵⁸⁾

ANMERKUNGEN:

1) Vgl. Interessensphären. In: Staatslexikon, Bd. 10 (2. Ergänzungsband). Freiburg i. Br. 1970, S.348-355.

2) Ebd.

3) Vgl. Franziska Augstein: Führer und Vasallen, in: SZ, Nr. 218, 18.9.2008, S.11.

4) Vgl. Herbert Kraus: Die Monroe-Doktrin in ihren Beziehungen zur amerikanischen Diplomatie und Völkerrecht. Berlin 1913.

5) Winston Churchill: Memoiren. Der Zweite Weltkrieg, Bd. VI, Teil 1: Dem Sieg entgegen. Bern, München 1953, S.269. Vgl. auch John Lewis Gaddis: „Einflussphären“, in: „Der Kalte Krieg“. München 2007, S.33/34.

6) Vgl. statt vieler Viktor Meier, in: FAZ, Nr. 38, 14.2.1985, S.12.

7) Vgl. Irene Reuter-Hendrichs: Jugoslawische Grundsätze und Ordnungsvorstellungen. Köln 1976.

8) Vgl. Heinz Brill: Zentraleuropa: Glacis oder Cordon Sanitaire? Eine geostراتيجية Betrachtung. In: Wehrkunde 1974, S.189-195, 233-239, 354-364, 410-418.

9) Vgl. Klaus von Schubert: Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Teil II. Bonn 1978, S.21/22.

10) Vgl. Heinz Trettner: Die militärischen Aspekte der deutschen Sicherheit, in: Kampfgruppen, 5/1969, S.117-119.

11) Bernhard Friedmann: Einheit statt Raketen. Thesen zur Wiedervereinigung als Sicherheitskonzept. Herford 1987, S.62.

12) Vgl. Heinz Brill: Deutschland im geostrategischen Kraftfeld der Super- und Großmächte. In: ders. Geopolitische Analysen. Bissendorf 2005, S.51-63.

13) Michail Gorbatschow: Wie es war - Die deutsche Wiedervereinigung (Aus dem Russischen von Kurt Baudisch). Berlin 1999, S.174f.

14) Stephen F. Szabo: Ein Projekt „Made in Germany“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.7.1997, S.9.

15) Vgl. Option „Partners in leadership“ für Deutschland, in: Europa-Archiv, 12/1989, S.D356-361.

16) Vgl. Heinz Brill: Die NATO-Osterweiterung und die geopolitischen Inter-

- essen der Mächte, in: ÖMZ 6/1998, S.637-648.
- 17) Vgl. statt vieler die Lagebeschreibung von Lothar Rühl: Zwischenzeit, in: FAZ, Nr. 101, 30.4.08, S.12.
- 18) Vgl. Michael Stürmer: Moskau markiert rote Linien. Soll der Westen sie akzeptieren?, in: Die Welt, 14.11.08, S.8.
- 19) Vgl. Alexander Gurland: Reichsvernichter Gorbatschow, in: Die Welt, 23.5.09, S.3.
- 20) Zitiert nach Michael Stürmer: Ein Reich auf der Suche nach alter Größe, in: Welt am Sonntag, Nr. 37, 14.9.08, S.3.
- 21) Berlin 2006.
- 22) Michail Gorbatschow: Wie es war - die deutsche Wiedervereinigung, Berlin 1999, S.102-107.
- 23) Vgl. Heinz Brill: Gorbatschow zur Frage der deutschen Einheit, in: ders.: Geopolitische Analysen. Bissendorf 2005, S.327 f.
- 24) Vgl. Yevgenii Primkow: A Multipolar World and the United Nations, in: International Affairs, 6/1997, S.4-10.
- 25) Vgl. Burkhard Bischof: Russland präzisiert Sicherheitsplan, in: Die Presse, 24.6.09, S.6.
- 26) Vgl. Michael Ludwig: Das Konzept einer neuen Sicherheitsarchitektur des russischen Präsidenten, in: FAZ, Nr. 260, 6.11.08, S.12.
- 27) Vgl. Medwedew in Berlin: Die NATO hat sich überlebt, in: FAZ, Nr. 130, 6.6.08, S.1.
- 28) Vgl. Ablehnung einkalkuliert, in: FAZ, Nr. 260, 6.11.08, S.12.
- 29) Vgl. Markus Wehner: Geopolitische Rivalen, in: FAZ, Nr. 276, 27.11.03, S.1.
- 30) Vgl. Thomas Urban: Im Griff der Großmächte. Begehrte Rohstoffe im Kaukasus, in: SZ, Nr. 270, 24.11.03, S.2.
- 31) SZ, Nr. 6, 09.1.04, S.4.
- 32) Raimund Krämer: Wohin steuert Russland? Gespräch im Zentrum Russland/Eurasien der DGAP, 15.9.08, Berlin. In: WeltTrends, Nr. 63, Nov./Dez. 2008, S. 136/137.
- 33) Herbert Kremp: Russlands Großmachtinteressen, in: Die Welt, 04.09.08, S.9.
- 34) Vgl. Thomas Urban: Im Griff der Großmächte. Begehrte Rohstoffe im Kaukasus, in: SZ, Nr. 270, 24.11.03, S.2.
- 35) Vgl. Murat Altuglu: The New Great Game. Energiepolitik im kaspischen Raum, Bonn 2006.
- 36) Vgl. statt vieler Markus Schwering: Geopolitik und Großraumordnung. Der Georgien-Konflikt, in: Kölner Stadt-Anzeiger, Nr. 196, 22.8.08, S.8.
- 37) Zitiert nach Gustav Seibt: Rückkehr der Geschichte - Robert Kagans neue alte Geopolitik, in: SZ, Nr. 189, 14.8.08, S.11.
- 38) Zitiert nach Gustav Seibt, ebd.
- 39) Im Gespräch „Carl Bildt“, in: FAZ, Nr. 204, 1.9.08, S.2.
- 40) In: FAZ, Nr. 197, 23.8.08, S.10.
- 41) Vgl. Sikorski droht Russland, in: FAZ, Nr. 273, 21.11.08, S.7.
- 42) Vgl. Thomas Kleine-Brockhoff: Russland will nicht mehr nach Westen, in: SZ, Nr. 198, 26.8.08, S.2.
- 43) Vgl. Josef Joffe: Rote und weiße Zaren, in: die ZEIT, Nr. 36, 28.8.08, S.12.
- 44) Zitiert nach Franziska Augstein: Führer und Vasallen, in: SZ, Nr. 218, 18.9.08, S. 11.
- 45) Vgl. Obama wünscht sich ein „starkes Russland“, in: SZ, Nr. 154, 8.7.09, S.1.
- 46) Vgl. Obama „Auch die Souveränität der Ukraine und Georgiens muss respektiert werden“, in: FAZ, Nr. 155, 8.7.09, S.2.
- 47) Zitiert nach Manfred Quiring: Washington kritisiert Konkurrenzdenken in Moskau, in: die Welt, 4.7.09, S.6.
- 48) Focus-Interview, Nr. 39, 22.9.08, S.178.
- 49) Ebd.
- 50) Vgl. Elke Windisch: Machtspiele - die USA scheinen sich mit Russland Einfluss im Südkaukasus abgefunden zu haben, in: Stuttgarter Zeitung, Nr. 161, 16.7.09, S.8.
- 51) Vgl. Fouzieh Melanie Alamir/August Pradetto: Osteuropa und die Erweiterung der NATO; Identitätssuche als Motiv für Sicherheitspolitik. Hamburg 1997, S.11.
- 52) In: Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 13/224. Stenographischer Bericht, 224. Sitzung am 26.3.1998, S.20446.
- 53) Vgl. Russland, in: Der Spiegel, Nr. 27, 29.6.09, S.86/87.
- 54) Vgl. Störfaktor Krim, in: Die Zeit, Nr. 39, 18.9.08, S.17.
- 55) So Russlands NATO-Botschafter Dmitrij Rogosin, in: Der Spiegel, Nr. 11, 10.3.08, S.123.
- 56) Vgl. Heinz Brill: Rezension zu „Die EU, Russland und Eurasien. Die Rückkehr der Geopolitik“, in: WeltTrends, Nr. 63, Nov./Dez. 2008, S.123/124.
- 57) Vgl. Artikel „Interessensphären“, in: Staatslexikon, a.a.O., S.348-355.
- 58) Michael Stürmer, in: Die Welt, 1.4.08, S.8.

Dr. disc. pol. Heinz Brill

Geb. 1940; Wissenschaftlicher Direktor a. D., zuletzt stellvertr. Fachbereichsleiter für Sicherheitspolitik im Zentralen Forschungs- und Studienbereich des Amtes für Studien und Übungen der Bundeswehr.